Gefahr Stromausfall Experten warnen vor einer Katastrophe Seite 5

Preußische Allgemeine

Nr.1· 3. Januar 2020 | **Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt** | Einzelverkaufspreis: 2,90 €

Brüssel hat´s vermasselt

Die Schuld der europäischen Eliten am Brexit **Seite 3**

Fluchtursachen
Was Menschen aus der Dritten Welt in die Erste treibt **Seite 2**

Fachkräftemangel
Nettoempfänger kommen, Nettozahler gehen **Seite 4**

GEDANKEN ZUM NEUEN JAHR

Die Wunde bleibt offen

Vor 75 Jahren begann die Winteroffensive der Roten Armee. Sie läutete nicht nur den Untergang des Ostens ein, sondern auch das Vergessen ganzer historischer Landschaften. Die Folgen sind bis heute spürbar

VON RENÉ NEHRING

Am 12. Januar 1945, vor fast genau einem Dreivierteljahrhundert, begann die Winteroffensive der Roten Armee gegen die deutsche Ostfront. Binnen Tagen konnten die Russen große Geländegewinne verzeichnen; schon Ende Januar erreichten sie die Oder.

Da das NS-Regime seinen Bürgern jegliche Vorbereitungen untersagt hatte, mussten Millionen Landsleute völlig überstürzt auf eine chaotische Flucht gehen. Sie erlitten Hunger und Erfrierungen, Vergewaltigungen und Ermordungen sowie nicht zuletzt den Verlust der Heimat. Die Ereignisse von damals sind – nach langen Jahrzehnten des Verdrängens – in den letzten Jahren wieder stärker in der Öffentlichkeit thematisiert worden. Fernsehfilme wie „Die Flucht“ oder „Die Gustloff“ und Dokumentationen wie „Die Vertriebenen“ oder „Fremde Heimat“ erreichten ein Millionenpublikum.

Folgen für das Selbstverständnis

Weitaus weniger bewusst – wenn überhaupt – sind den Deutschen die Folgen der mit dem Kriegsende erlittenen Verluste für ihr Selbstverständnis. Wenn ein Land ein Viertel seines Staatsgebietes verliert, dann gehen auf lange Sicht auch bestimmte regionale Lebensarten, Bräuche, Dialekte und Perspektiven verloren. Im heutigen Deutschland, dessen Aufgabe als kontinentale Zentralmacht es ist, die unterschiedlichen Interessen und Konflikte innerhalb Europas auszubalancieren (Herfried Münkler), fehlen diejenigen Landsleute, denen St. Petersburg, Warschau, Riga oder Kiew näher sind als Paris, London, Brüssel oder Amsterdam. Während Deutschland noch immer eine zentrale Beziehungsgröße für Russen, Polen, Balten und Ukrainer ist, sind den Deutschen ihre östlichen Nachbarn meistens egal. Für Konflikte wie in der Ukraine fehlt ihnen jedes Gespür.

Wenn es überhaupt ein Bild von den Ländern und Nationen östlich der Bundesrepublik gibt, dann meistens kein gutes. Galten die Polen, Ungarn, Slowaken, Tschechen und Balten in den 90er Jahren noch als demokratische Musternationen, die sich in friedlichen Revolutionen von Kommunismus und sowjetischer Fremdherrschaft befreit hatten, so werden sie heute – da sie zunehmend ihre Eigenständigkeit bewahren wollen – in westlichen Kommentaren bestenfalls als vormoderne Hinterwäldler dargestellt.

Diese Kultivierung von Klischees gibt es durchaus auch innerhalb Deutschlands: Wann immer hierzulande ein schreckliches Ereignis die öffentlichen Gemüter bewegt und dabei ein Bezug zu den neuen Bundesländern erkennbar ist, wird dies in den Berichten breit herausgestellt. Wenn zum Beispiel in Dresden Neonazis durch die Straßen marschieren, wird dies gern mit „typisch Sachsen“ oder „typisch Osten“ kommentiert – bei einem ähnlichen Aufmarsch in Dortmund unterbleibt jedoch der Verweis auf die Region.

Als nach der Bundestagswahl im Herbst 2017 nach einer Erklärung für das starke Abschneiden der AfD gesucht und schnell der hohe Stimmenanteil der Partei in den neuen Bundesländern in den Blick kam, schrieb der Historiker Magnus Brechtken in der „FAZ“: „Wir haben es in den neuen Bundesländern mit dem verbreiteten Phänomen eines nachhängenden Deutschland-Bildes autoritärer Tradition zu tun, dessen Wurzeln weit in die Zeit vor 1945 zurückreichen.“ Mit anderen Worten: Die „Ossis“ wählen deshalb populistisch, weil „der Osten“ – und damit ist nicht nur der Osten der heutigen Bundesrepublik gemeint, sondern auch der historische preußisch-deutsche Osten – schon immer reaktionär, rückständig und obrigkeitsgläubig war.

Brechtken ist freilich nicht irgendjemand, sondern stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München. Wie kommt ein solcher Mann zu solch einem Urteil? Weiß er nichts von den großen kulturellen Traditionen des Ostens der heutigen Bundesrepublik und des historischen deutschen Ostens? Weiß er nichts von Bach, Händel und Wagner, die allesamt aus Regionen kamen, die zum heutigen Osten der Republik gehören? Weiß er nichts von Immanuel Kant, vom Oberpräsidenten Theodor von Schön, vom ersten Präsidenten des Paulskirchenparlaments Eduard von Simson und von der Philosophin Hannah Arendt, die allesamt in Königsberg geboren oder durch die Stadt am Pregel geprägt wurden? Weiß er nichts von den Sozialdemokraten Ferdinand Lassalle, Karl Schiller und Hans-Ulrich Klose, die ebenso aus Breslau kamen wie der liberale Historiker Fritz Stern und der Theologe Dietrich Bonhoeffer?

Systematische Unwissenheit

Die pauschale Herabwürdigung des Ostens ist keinesfalls Zufall, sondern ein bis heute kaum wahrgenommenes Relikt des Kalten Krieges, als der „Eiserne Vorhang“ Deutschland und Europa in Ost und West trennte und vormals unpolitische Himmelsrichtungen eine symbolhafte Aufladung erfuhren.

Das Berliner Haus der Kulturen der Welt zeigte zum Beispiel im vergangenen Jahr in seiner Ausstellung „Parapolitik. Kulturelle Freiheit und Kalter Krieg“, wie während der Teilung Europas auch Kunst und Kultur in das Wettrüsten der Systeme integriert wurden. So spannte der 1950 in West-Berlin gegründete Congress for Cultural Freedom (CCF) ein weltweites Netzwerk aus führenden Philosophen, Schriftstellern und Publizisten, die in ihren Arbeiten den „Westen“ fortan als Heimat von Freiheit, Fortschritt und Wohlstand schilderten – und den „Osten“ als Ort der Unfreiheit, Stagnation und Verarmung. Derlei Zuschreibungen wirken bis heute.

Das vor uns liegende Gedenkjahr ist somit nicht nur Anlass, die Toten von NS-Herrschaft, Krieg, Flucht und Vertreibung zu beklagen. Vielmehr ist es auch ein geeigneter Rahmen zu fragen, welche Folgen der Verlust des alten Ostens hatte – für Deutschland und Europa. Nicht zuletzt ist es ein guter Anlass, diesen Osten wiederzuentdecken – in den Bibliotheken und Museen sowie persönlich vor Ort.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Bei der Verteidigung setzt Russland auf revolutionäre Technik
Seite 6

Kultur
Ernst Barlach auf der Spur des Rätselwesens Mensch
Seite 9

Geschichte
Terroristen oder Soldaten? Der Status der polnischen Heimatarmee (AK)
Seite 11

Mensch und Zeit
Die Krise der Christen im Orient: Ein Experte schlägt Alarm
Seite 12

Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite preussische-allgemeine.de

4 191814 302902 01

ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Fluchtursachen Die ungesteuerte Massenmigration ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Wer ihr wirksam begegnen will, kommt an einer ehrlichen Analyse ihrer Ursachen nicht vorbei

Agrarflächen-Monopoly

Wie internationale Großkonzerne aus Amerika, Asien und Europa weltweit der Landbevölkerung die Existenzgrundlage rauben

VON WOLFGANG KAUFMANN

Frauen und Kinder bei der Feldarbeit: Nachdem sie enteignet wurden, ist den ärmsten Bauern nur noch kärgliches Land zum Bearbeiten geblieben *Foto: Ullstein*

Eine der derzeit wichtigsten – und zugleich wenig beachteten – Ursachen für die modernen Wanderungsströme ist die Freisetzung von Arbeitskräften in den Herkunftsländern der Emigranten in Verbindung mit dem Verlust der Fähigkeit der Betroffenen, selbst für ihre materiellen Lebensgrundlagen zu sorgen.

Durch den Ankauf oder die langjährige Pacht von landwirtschaftlichen Nutzflächen – insonderheit in Afrika, aber auch anderswo – seitens einer wachsenden Zahl von Großunternehmen aus den USA, Europa, China und Saudi-Arabien verfügen inzwischen Millionen von Bauern in der Dritten Welt über keine Möglichkeit mehr, Nahrungsmittel für den Eigenbedarf zu produzieren. So kontrolliert der saudische Konzern Foras International Investment Company (FIIC), der mit der Organization of the Islamic Conference kooperiert, nun schon 70 Prozent der Reisanbaufläche des Senegal. Alles in allem sind allein in der Zeit zwischen 2000 und 2010 an die 230 Millionen Hektar Ackerland in den Entwicklungsländern an internationale Konzerne gegangen. Das ist deutlich mehr als die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche innerhalb der Europäischen Union, die bei 174 Millionen Hektar liegt.

Verdrängung der Einheimischen

Die Einheimischen, die den Grund und Boden bisher nach traditionellem Gewohnheitsrecht für ihre Subsistenzwirtschaft genutzt hatten, mussten diesen räumen, wobei es nicht selten zur Anwendung von Gewalt kam. Wie im August 2001 beim Abriss von vier Dörfern in Uganda mit rund 4000 Einwohnern, auf deren Gemeindeland anschließend eine Plantage der deutschen Neumann-Kaffee-Gruppe entstand.

In der Regel werden auf den gekauften oder gepachteten Flächen keine Nahrungsmittel für die einheimische Bevölkerung mehr angebaut, sondern sogenannte Cash Crops. Das sind landwirtschaftliche Produkte, die in allererster Linie für den Export bestimmt sind, wie Bananen, Kaffee, Tabak und Baumwolle. Den Menschen der Region, die ihr Land und ihr Auskommen verloren haben, bleibt dann oft nur der Weggang aus der Heimat, weil die Großplantagen sehr viel weniger Arbeitskräfte benötigen – und selbst diese kommen teilweise aus dem Ausland. Chinesische Firmen setzen zumeist lieber auf ihre eigenen Leute als auf Ortsansässige.

Am Ende müssen für die Kosten der Massenflucht bzw. -immigration von Landvertriebenen die Steuerzahler der Aufnahmeländer aufkommen, während die für das Problem verantwortlichen Konzerne erhebliche Gewinne erzielen, welche jedoch in die Taschen einiger Weniger fließen.

Fleischmarkt in Afrika: Wo europäische Produkte billig verkauft werden, haben einheimische Erzeuger keine Chance *Foto: imago*

Die Fehler der Europäischen Union

Fatal wirkt sich in diesem Zusammenhang auch die Poliik der EU aus. Erst werden durch „Partnerschaftsabkommen“ angebliche „Handelshindernisse“ beseitigt, dann strömen von Brüssel subventionierte Agrarprodukte aus der EU in die Entwicklungsländer, was viele der dortigen Erzeuger in den Ruin treibt. So ging der Marktanteil heimischen Geflügels in Ghana innerhalb von zehn Jahren von 95 auf 11 Prozent zurück. Die hierdurch um ihren Arbeitsplatz gebrachten Ghanaer trifft man heute in den Agrarbetrieben Süditaliens und Spaniens, wo sie Produkte herstellen, die weiteren afrikanischen Bauern die Existenzgrundlage rauben. Eine planvolle „Bekämpfung von Fluchtursachen“ sieht definitiv anders aus.

UN-STUDIE

Es kommen keineswegs die Schwachen

Im Rahmen des UN-Entwicklungsprogramms United Nations Development Programme (UNDP) wurde kürzlich eine Befragung von 1970 Personen aus 39 afrikanischen Ländern durchgeführt, die als illegale Einwanderer nach Europa gekommen waren. Das Ergebnis erschien in Broschürenform unter dem Titel: „Scaling Fences“ (zu deutsch: „Zäune überwinden“). Das 124-Seiten-Heft widerspricht vielen Legenden, die über Immigranten aus Afrika kursieren und die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung in den Aufnahmeländern stimulieren sollen.

71 Prozent der illegalen Immigranten kamen aus vergleichsweise friedlichen und wohlhabenden Regionen Westafrikas wie dem Senegal. Viele davon sind wiederum deutlich besser ausgebildet als die Mehrheit der Menschen in ihren Heimatländern. Das hatte zur Folge, dass diese Migranten zu Hause überwiegend in Arbeit standen und zu den Gutverdienern gehörten: Laut dem UNDP-Bericht lag ihr Einkommen in der Regel um etwa 60 Prozent über dem nationalen Durchschnitt. Sie zählten also ganz gewiss nicht zu den „Armen und Abgehängten“, sondern eher zu den Privilegierten.

Einmal in Europa angekommen, versuchen solche vormals relativ gut situierten Immigranten erneut, in reguläre Arbeit zu gelangen, was jedoch nur einer Minderheit gelingt. Die selbige verfügt dann nach Abzug der üblichen Lebenshaltungskosten in etwa über gleich viel Geld wie in Afrika. Das heißt, die ganze „Flucht“ erweist sich sogar im Falle glücklicher Umstände als finanzielles Nullsummenspiel.

Das legt die Frage nahe, warum dann derartig viele wenig benachteiligte Afrikaner ihr Glück in Europa suchen. Laut dem UNDP-Bericht resultiert das vor allem aus der Sicherheitslage und dem politischen Klima in der Heimat, was aber wohl nur die halbe Wahrheit ist, wenn man die Situation in den Herkunftsländern der westafrikanischen Immigranten betrachtet. Gleichzeitig blenden die UN-Experten den Punkt „Falsche Versprechungen“ komplett aus. *W.K.*

HINTERGRUND

Kriege, Verfolgung und Umweltprobleme

Warum Migranten weltweit ihre Heimat verlassen

Wer heutzutage die Ursachen der weltweiten Migrationsbewegungen bekämpfen will, der steht vor einer wahren Sisyphusaufgabe. Denn neben der Zerstörung der Lebensgrundlagen größerer Menschengruppen in Kombination mit ungebremster Bevölkerungsvermehrung und wachsendem Wohlstand, der die Emigration überhaupt erst finanzierbar macht, gibt es unzählige weitere Gründe für das Verlassen der angestammten Heimat.

Direkte und indirekte Ursachen

Das sind unter anderem Kriege, die immer wieder ausbrechen, und zwar oft durch Machinationen des Westens. Dazu kommen Umweltprobleme, die im Gegensatz zur „Erderwärmung“ zweifelsfrei auf menschliches Wirken zurückgehen. Ebenso sorgt religiöse Verfolgung für Migrationswellen, wobei der Islam als Hauptunruhestifter fungiert, da sich die Emigration aus Regionen, in denen diese Religion nicht präsent ist, doch sehr in Grenzen hält. Ein weiterer Grund für die Flucht aus manchen Staaten der Dritten Welt ist politische Verfolgung, wie sie insbesondere unter korrupten Regimes vorkommt.

Außerdem verursacht auch das zunehmende Wohlstandsgefälle Wanderungsbewegungen, weil es durch den technischen Fortschritt nun auch von den ärmsten Teilen der Weltbevölkerung wahrgenommen werden kann.

Folgen des Fortschritts

Darüber hinaus ermöglicht die Technik heute nahezu jedermann, von einem Kontinent zum anderen zu gelangen. Und schließlich gibt es noch diverse Zugfaktoren wie ausdrückliche Einladungen an „Fachkräfte“, an denen angeblich Mangel herrsche, sowie die Existenz von Lobby-Organisationen, welche eine verantwortungslose „Willkommenskultur“ praktizieren.

Fluchtursachen tatsächlich zu beseitigen, hieße also beispielsweise, wirksam gegen radikalislamische Staaten und Terrorregime vorzugehen, die modernen Verkehrsverbindungen zu kappen oder auch schlechte Regierungen in der Dritten Welt zu ächten. Desgleichen müssten aber auch diejenigen in den Zielländern, die mit großen Versprechungen noch mehr Immigranten anlocken und sie dadurch auf eine oftmals lebensgefährliche Flucht locken, stärker zur Verantwortung gezogen werden.

> Die moderne Technik ermöglicht heute nahezu jedermann, von einem Kontinent zum anderen zu gelangen

Das alles wird natürlich nicht geschehen. Somit stellt sich das Gerede von der „Bekämpfung der Fluchtursachen“ meist sehr schnell als das heraus, was es in Wirklichkeit ist: ein politischer Placebo.

W.K.

Ein europäisches Lehrstück

Wie Eliten in Politik und Medien versuchten, das Ausscheiden der Briten aus der EU zu verhindern – und doch daran mitwirkten, dass es nun zum Brexit kommen wird

VON RENÉ NEHRING

Setzte ganz auf den Willen seiner Landsleute: Premierminister Boris Johnson Foto: ddp images

Die Geschichte des Brexits ist in mehrerlei Hinsicht ein Lehrstück. Vor allem ist sie ein Beispiel dafür, wie die Ignoranz eines Teils der europäischen Eliten in Politik und Medien gegenüber dem Willen eines Volkes genau jene EU-Verdrossenheit schürt, die diese ansonsten immer beklagen.

Die vergessene Vorgeschichte

Doch der Reihe nach. Das britische Drama begann lange vor jenem 23. Juni 2016, als die Bürger des Vereinigten Königreichs für den Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union votierten. Schon seit den 90er Jahren hatte auch auf der Insel das Unbehagen über den Wandel der Gesellschaft infolge der Globalisierung kontinuierlich zugenommen.

Damals gründete sich die auf dem europäischen Kontinent lange kaum wahrgenommene United Kingdom Independence Party (UKIP). Zwar konnte die UKIP in Wahlen nie viele Mandate erringen, doch reichte ihr wachsender Einfluss im britischen Mehrheitswahlrecht aus, den konservativen Tories zunehmend entscheidende Stimmen wegzunehmen. Bei der Unterhaus-Wahl 2010 war die UKIP schließlich so stark, dass die Tories die absolute Mehrheit im Parlament verfehlten. Dass diese sich unter ihrem eigentlich pro-europäischen Vorsitzenden David Cameron fortan EU-kritisch zeigten, war eine Reaktion auf die zunehmende EU-Skepsis im Lande.

Gemeinsam mit dem liberalen niederländischen Regierungschef Mark Rutte, der in seinem Lande ebenfalls eine wachsende EU-Skepsis vernahm, überlegte Cameron, wie sich die Anti-Brüssel-Stimmung wieder in pro-europäische Bahnen lenken ließe. Beide entwickelten einen Reformplan für die Europäische Union, der unter anderem weniger Eingriffe und Vorgaben aus Brüssel, niedrigere EU-Ausgaben und wieder mehr Kompetenzen für die Mitgliedstaaten vorsah.

Doch parallel zu Cameron und Rutte bastelte der deutsche EU-Spitzenbeamte Martin Selmayr an seinem eigenen Plan. Selmayr strebte den Aufbau einer „politischen EU-Kommission“ an, die ihr Mandat aus dem Europaparlament und durch ein Spitzenkandidaten-System bei den Wahlen bekommen und somit nicht mehr den Regierungen der Mitgliedstaaten verpflichtet sein sollte. Für diesen Plan war Jean-Claude Juncker der perfekte Kandidat. Die Wahl des Luxemburgers zum EU-Kommissionspräsidenten im Jahre 2014 bedeutete das Ende der Pläne von Cameron und Rutte. Als Cameron mit Juncker die Mitgliedschaft seines Landes neu verhandeln wollte, wurde er brüsk abgewiesen. Zwischen dem Erstarken der UKIP und der zunehmend zentralistischen EU blieb dem Premierminister keine andere Wahl, als sein Volk selbst entscheiden zu lassen, welchen Weg es gehen will.

Wäre die EU 2014 auf Cameron und seinen Kollegen Rutte eingegangen, hätte es den Brexit vermutlich nicht gegeben. Doch Juncker & Co. gingen andere Wege.

Die Einseitigkeit der Medien

Kritische Stimmen in der Öffentlichkeit brauchten sie kaum zu befürchten. Vielmehr schlugen sich die Medien – allen voran die deutschen öffentlich-rechtlichen – als es zum Referendum auf der Insel kam und ein heftiger Streit zwischen dem Pro-EU-Lager und den Brexit-Befürwortern ausbrach, fast ausnahmslos auf die Seite der EU-Anhänger.

Natürlich wird niemand erwarten, dass die Sender offen Stellung gegen einen Staatenbund beziehen, dem das eigene Land angehört. Doch war es angesichts der knappen Meinungsumfragen erstaunlich, dass kaum jemand auf die Idee kam zu fragen, warum so viele Briten die EU verlassen wollten. Stattdessen wurden den deutschen Fernsehzuschauern fast ausnahmslos „pro-europäisch“ gesinnte Einwohner Londons und anderer Metropolen gezeigt. Und wenn doch einmal Befürworter des Austritts zu sehen waren, dann waren es meist Verlierer des gesellschaftlichen Wandels. Der Fortschritt, so die Botschaft, stand auf Seiten der EU.

Dass die Briten am 23. Juni 2016 für den Austritt ihres Landes aus der EU votierten, konnte folglich nicht mit rechten Dingen zugegangen sein. Entweder waren sie verantwortungslosen Verführern wie Boris Johnson, Jacob Rees-Mogg und Nigel Farage auf den Leim gegangen oder aber sie mussten sich ganz einfach verwählt haben. Vollkommen ausgeblendet wurde die Mitverantwortung der deutschen Regierung für das Brexit-Ergebnis: Dabei dürfte die unkontrollierte Migrationswelle, die im Zuge der Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin seit 2015 auch die Insel erreichte, angesichts des knappen Referendumergebnisses eine entscheidende Rolle in der Entscheidungsfindung der Briten gespielt haben. Doch statt ehrlicher Analysen kam schnell die Forderung nach einem zweiten Referendum auf. Was für ein Demokratieverständnis steckt hinter einer solchen Forderung?

Mehr als fragwürdig verhielten sich die Spitzen in Politik und Medien auch in der Folgezeit. Als sich infolge des Referendums das politische Establishment Londons beinahe selbst zerstörte, wurde dies auf dem Kontinent wohlwollend zur Kenntnis genommen. Anstatt das Ergebnis einer demokratischen Volksabstimmung zu akzeptieren und mit der neuen Führung unter Theresa May die beste Lösung aus der Situation zu suchen, versuchte Brüssel, allen voran Chef-Unterhändler Michel Barnier, den Briten ihren Austritt aus der EU so schwer wie möglich zu machen.

Seltene Denkanstöße

Einer der wenigen, die mit offenen Augen auf das britische Geschehen blickten, war der Londoner „FAZ“-Korrespondent Jochen Buchsteiner. In seinem Buch „Die Flucht der Briten aus der europäischen Utopie“ fragte er unter anderem, ob die Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, gar nicht so irrational ist, wie es gemeinhin dargestellt wird, und ob in der britischen Unlust, den Argumenten „überzeugter Europäer“ zu folgen, womöglich sogar eine höhere Rationalität stecke.

Buchsteiner sah in dem Brexit einen Angriff auf den europäischen Dreifachkonsens: dass die EU 1. als „immer engere Union“ permanent weiterzuentwickeln ist; dass es 2. die Nationalstaaten zu schwächen und nicht zu stärken gilt; und dass 3. aufgeklärte demokratische Gesellschaften ihren Wohlstand über die kulturelle Identität stellen.

Zugleich hinterfragte der „FAZ“-Korrespondent den Umgang der EU mit den Briten. Schließlich gehe das Vereinigte Königreich nicht im Groll, es bettele geradezu um Zusammenarbeit. Warum, so Buchsteiner, reagieren die Europäer nicht souveräner und demonstrieren nach innen wie nach außen, dass sie jeden, der so töricht ist wie die Briten, mit einem mitleidigen Kopfschütteln ziehen lassen?

Die Lösung des Konflikts

Doch derlei mahnende Stimmen blieben in der Minderheit. Ganz im Gegenteil nahmen die abschätzigen Kommentare über die Lage Großbritanniens noch einmal zu, als Boris Johnson – einer der Köpfe der Brexit-Bewegung – im Juli 2019 Premierminister wurde.

Zugegeben: Johnsons Agieren entsprach kaum dem Stil eines Gentlemans. Nachdem die glücklose Theresa May hingeworfen und er sich im Gerangel um die Nachfolge durchgesetzt hatte, versuchte er sogleich, das renitente Parlament in einen verlängerten Zwangsurlaub zu schicken. Als das Oberste Gericht des Königreichs dieses Vorgehen für rechtswidrig erklärte, wurde dies in den hiesigen Medien unisono als „Klatsche“ und „Ohrfeige“ gewertet. Johnson wurde vorgeworfen, mit dem Unterhaus die Demokratie als Ganzes aushebeln zu wollen; den Parlamentariern freilich, die seit 2015 alles dafür taten, den Brexit durch Verfahrenstricks doch noch zu verhindern, wurde dieser Vorwurf nie gemacht.

Als sich Johnson in Brüssel mit seinen Ideen für einen neuen Brexit-Deal eine Abfuhr einfing, wurde er in den Kommentaren als amateurhafter Trottel dargestellt. Als er einige Abweichler aus der eigenen Fraktion ausschließen ließ, avancierte er zum „kalten Machtpolitiker“. Und als er dann auch noch im Unterhaus mit seinen Anträgen auf Neuwahlen scheiterte, wurde ihm genüsslich das baldige Scheitern attestiert. Dass Johnson nach jeder Niederlage im Unterhaus fröhlich lächelte, wurde ebenso ignoriert wie die Frage, was den Mann eigentlich umtreibt.

> Noch nicht einmal als feststand, dass der Brexit definitiv kommen wird, gingen die Leitmedien in sich

Und so bemerkten die Leitartikler und Kommentatoren nicht, dass Johnson mit jedem seiner Schritte nach und nach auch die Spielräume der anderen Akteure in Brüssel und London verkleinerte – und diese letztlich zu einem überarbeiteten Austrittsvertrag und zu Neuwahlen zwang. Stattdessen träumten sie bis kurz vor der Schließung der Wahllokale am 12. Dezember 2019 von einem Sieg des linken Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn.

Doch noch nicht einmal als feststand, dass Johnson mit seinem konsequenten Pro-Brexit-Kurs das beste Wahlergebnis seit Jahrzehnten eingefahren hatte, und als klar wurde, dass der Brexit definitiv kommen wird, gingen die deutschen Leitmedien in sich. Stattdessen stellten sie umgehend Mutmaßungen darüber an, dass der Premierminister schon bald seine Wahlversprechen brechen könnte.

Und nun?

Mit ihrer fortgesetzten Ignoranz gegenüber dem Willen einer Mehrheit der britischen Wähler waren die Verantwortlichen in Politik und Medien im gesamten Brexit-Prozess nicht nur erfolglos, sondern in ihrem eigenen Sinne geradezu kontraproduktiv. Eine Werbung für EU-Skeptiker, in dem Staatenbund zu bleiben, war ihr Verhalten gewiss nicht. Vor allem haben sie es in all den Jahren versäumt, darüber nachzudenken, wie sich die EU aufstellen müsste, damit ihre Kritiker aus Überzeugung verstummen.

Die Unterhaus-Wahl im Dezember 2019 brachte zudem die Erkenntnis, dass die bürgerlichen Parteien der Mitte noch immer in der Lage sind, große Wahlerfolge zu erzielen – wenn sie auf den Willen ihrer Wähler hören und diesen konsequent in Politik umsetzen.

KASSENBONPFLICHT

Handelt die SPD auf eigene Rechnung?

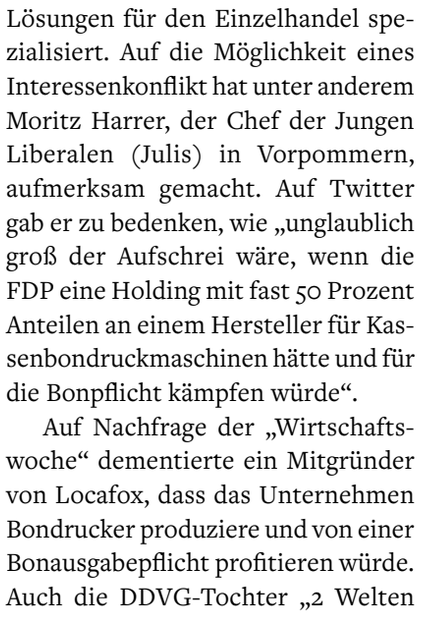
Noch kurz vor ihrer Einführung sorgt die Kassenbonpflicht im Einzelhandel in der Großen Koalition für politischen Streit. In einem Brandbrief fordert CDU-Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier seinen Kabinettskollegen SPD-Bundesfinanzminister Olaf Scholz auf, die sogenannte Belegausgabepflicht „komplett abzuschaffen“. Die umstrittene Regelung sieht vor, dass seit dem Beginn dieses Jahres an Kunden ein Bon ausgehändigt wird, wenn der Einkauf über eine elektronische Kasse abgewickelt wird. In seinem Brief an den Finanzminister warnte Altmaier vor einem Bürokratie-Mehraufwand durch „Milliarden zusätzlicher Bons“.

Der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss, Johannes Kahrs, verteidigte die Belegausgabepflicht als wirksames Mittel zur Bekämpfung von Kassenbetrug. Kahrs wies darauf hin, dass die Belegerstellung auch in digitaler Form erfolgen könne. Gegenüber dem „Handelsblatt“ sagte der SPD-Politiker: „Hier ist die Wirtschaft gefragt, praxistaugliche Lösungen zu entwickeln.“

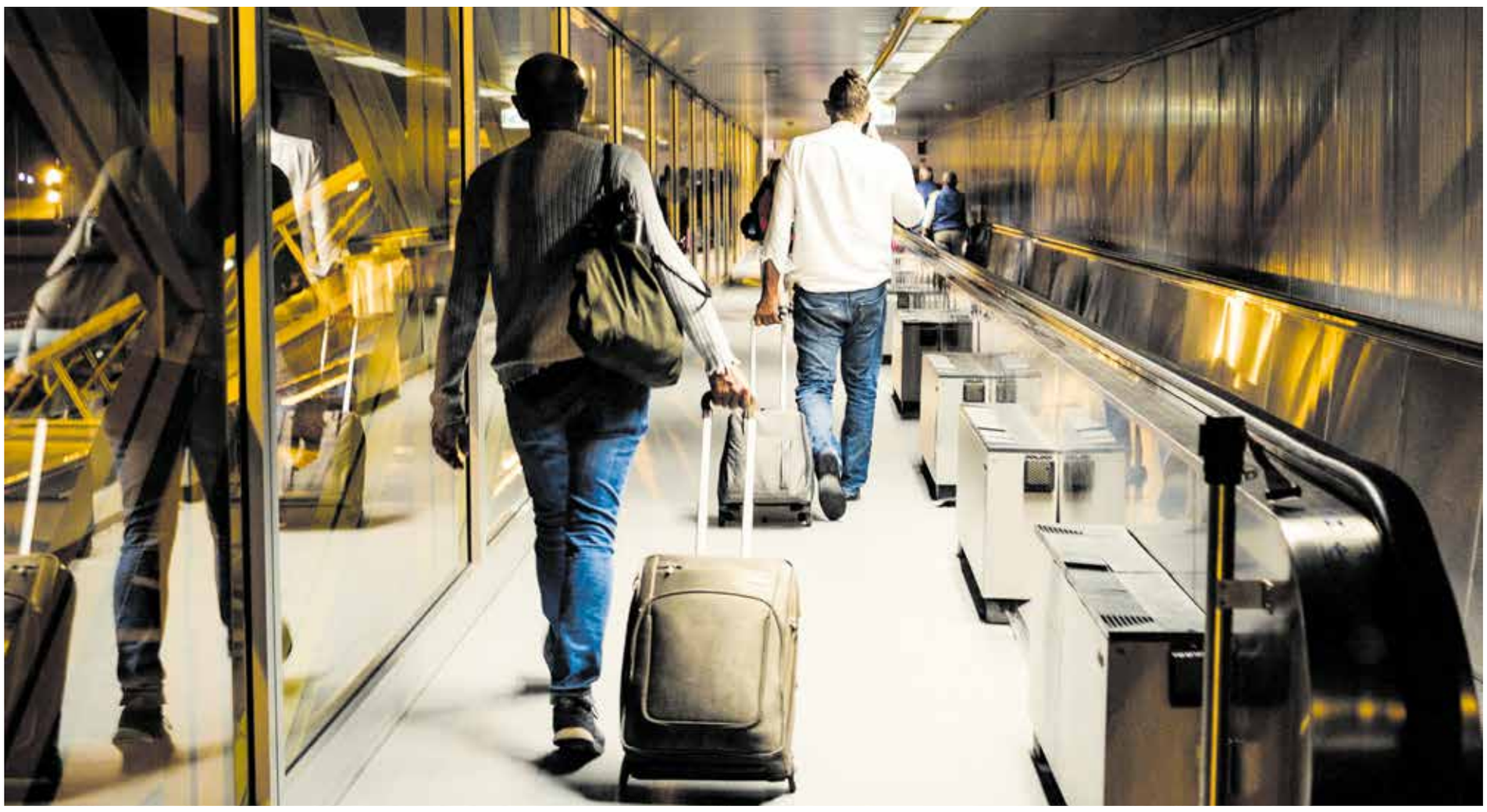
Ein Geschmäckle hat, dass die SPD über die Tochter „2 Welten Investment“ der parteieigenen Beteiligungsgesellschaft und Medienholding „Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft“ (DDVG) einen Anteil an dem Unternehmen LocaFox hält, das möglicherweise von der Bonpflicht profitiert. Die Berliner Startup-Firma ist nämlich auf Kassensysteme und Lösungen für den Einzelhandel spezialisiert. Auf die Möglichkeit eines Interessenkonflikt hat unter anderem Moritz Harrer, der Chef der Jungen Liberalen (Julis) in Vorpommern, aufmerksam gemacht. Auf Twitter gab er zu bedenken, wie „unglaublich groß der Aufschrei wäre, wenn die FDP eine Holding mit fast 50 Prozent Anteilen an einem Hersteller für Kassenbondruckmaschinen hätte und für die Bonpflicht kämpfen würde“.

Auf Nachfrage der „Wirtschaftswoche“ dementierte ein Mitgründer von Locafox, dass das Unternehmen Bondrucker produziere und von einer Bonausgabepflicht profitieren würde. Auch die DDVG-Tochter „2 Welten Investment“ verneint einen Zusammenhang zwischen der Beteiligung an Locafox und der neuen Kassensicherungsverordnung. Laut der DDVG-Tochtergesellschaft erfolgte das Investment bei Locafox, um die Digitalisierung voranzutreiben.

Norman Hanert



Sieht die Genossen beim Kassenbon in einem Interessenkonflikt: der Jung-Liberale Moritz Harrer *Foto: Julis*



Deutsche Auswanderer: Vor allem junge Akademiker kehren Deutschland vermehrt den Rücken *Foto: Mauritius*

ARBEITSMARKT

Weniger als ein Nullsummenspiel

Während die Regierung tausende Fachkräfte aus dem Ausland anwerben will, zeigt eine aktuelle Studie, dass allein im vergangenen Jahr hunderttausende Hochqualifizierte Deutschland den Rücken kehrten

VON JOSEF KRAUS

Die Zuwanderung nach Deutschland soll für Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten leichter werden. Pro Jahr sollen es laut Bundesregierung rund 25 000 sein. Dazu hatte der Bundestag am 7. Juni 2019 das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen. 369 Abgeordnete stimmten dafür, 257 dagegen. Gefeiert wurde dies soeben Mitte Dezember mit einen „Fachkräftegipfel“ im Kanzleramt.

25 000? Da fällt einem eine andere Zahl ein: Binnen fünf Jahren sind rund zwei Millionen Migranten/Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Wären die erhofften 25 000 Fachkräfte, sieht man von rechtlichen Implikationen (Schutzstatus, Duldung usw.) ab, nicht aus den zwei Millionen rekrutierbar? Angeblich ja. Der spätere SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz (SPD) meinte 2015: „Was die Flüchtlinge zu uns bringen, ist wertvoller als Gold.“ Daimlers damaliger Chef Dieter Zetsche dachte damals ähnlich: „Genau solche Leute suchen wir doch.“

Überzogene Erwartungen

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) als wissenschaftliches Institut der Bundesagentur für Arbeit wurde nicht müde, auf das angeblich hohe Bildungsniveau von Flüchtlingen und Asylbewerbern hinzuweisen. Ein Professor Herbert Brückner, tätig am IAB, meinte noch im August 2016 in der „Tagesschau24“, fast die Hälfte der jungen Flüchtlinge habe ein Gymnasium besucht. Woher diese Zahlen? Brückner hatte 123 Flüchtlinge befragt. Das ist alles andere als repräsentativ. Ganz zu schweigen davon, dass international längst nicht alles Gymnasium ist, was sich Gymnasium nennt.

Das ifo-Institut war von Anfang an realistischer: „Zwei Drittel der Achtklässler in Syrien haben 2011, also noch vor Ausbruch des Bürgerkrieges, nicht einmal ein Kompetenzniveau erreicht, das der untersten Stufe des Pisa-Tests entspricht ... Der Rückstand der jungen Syrer entspricht vier bis fünf Jahren Schulbildung.“ Das heißt: Sie bewegen sich auf Grundschulniveau. Hans Werner Sinn, ifo-Chef bis 2015, kritisierte dies: Bei seiner Abschiedsvorlesung sagte er: „65 Prozent der Bevölkerung in Syrien können die Grundrechenarten nicht.“ Sehr wenig Aussagekraft haben auch manche Diplome, die Zuwanderer mitbringen. Der Psychologe Heiner Rindermann von der Universität Chemnitz sprach Anfang 2016 davon, dass Flüchtlinge, die mit einem Ingenieursdiplom aus dem Nahen Osten kommen, eher auf dem Realschulniveau einzustufen sind.

Abwanderung von Qualifizierten

Nun also kommt das Fachkräftezuwanderungsgesetz, das pro Jahr 25000 Qualifizierte nach Deutschland locken soll. Ein „braingain“ – ein Gewinn an „brain“, also Hirn und Verstand? Nein, denn dieser – wenn er denn kommt – Gewinn wird mehr als zunichte gemacht durch einen dauerhaft massiven „braindrain“, also einen Verlust an „brain“: 2019 wanderten rund 180000 Deutsche aus. Deren Durchschnittsalter ist 32 Jahre; zu 76 Prozent sind es Akademiker, so eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung von Anfang Dezember 2019 mit dem Titel „German Emigration and Remigration Panel“. Seit 2001 sind daraus fast zwei Millionen Emigranten geworden. Deutschland ist längst kein Traumland für „Köpfe“ mehr, wenn sie in anderen Ländern weit mehr verdienen können, dort keine überbordende Bürokratie, keine hohen Sozialabgaben und Steuern haben.

Ansonsten darf man nicht vergessen, dass der Fachkräftemangel in Deutschland hausgemachte Gründe hat. Das sollte man mehr als 14 Jahre nach Antritt von mittlerweile vier Kabinetten einer Bundeskanzlerin Merkel nicht übersehen. Irrwege und Schlafmützigkeiten waren angesagt. Die „Rente mit 63“ wirkte massiv: 2017 ergab eine Auswertung des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), dass die Zahl der Beschäftigten im Alter von 63 bis 65 Jahren in der Branche nach Einführung der neuen Regelung um mehr als zwölf Prozent gesunken war. Über Vorruhestandsregelungen werden zudem pro Jahr hunderttausende Mitarbeiter qua Abfindung in Rente geschickt. Beides sind Maßnahmen zur Vergeudung von Wissen und Können.

> „Zwei Drittel der Achtklässler in Syrien haben 2011, also noch vor Ausbruch des Bürgerkrieges, nicht einmal ein Kompetenzniveau erreicht, das der untersten Stufe des Pisa-Tests entspricht“
>
> Aus einer Studie des **ifo-Instituts**

Zahlen zum Fachkräfteproblem

25 000

Fachkräfte sollen mit dem Fachkräftezuwanderungsgesetz künftig jährlich nach Deutschland gelockt werden.

180 000

Deutsche wanderten im Jahr 2019 ins Ausland ab. Seit dem Beginn dieses Jahrhunderts sind es insgesamt rund zwei Millionen.

12 %

der 63- bis 65-jährigen Beschäftigten im Maschinen- und Anlagenbau ergriffen laut einer Studie im Jahre 2017 die Gelegenheit, vorzeitig in Rente zu gehen.

Zudem ist das Bildungswesen von gewaltigen Schieflagen geprägt, die maßgeblich verantwortlich sind für einen Fachkräftemangel bei gleichzeitiger Pseudo-Akademisierung: Mitte der 1990er Jahre gab es in Deutschland pro Jahr eine Viertelmillion Studienanfänger, jetzt sind es mehr als eine halbe Million. Seit fünf Jahren haben wir mehr Studienanfänger als junge Leute, die eine berufliche Bildung anfangen. Jetzt haben wir in Deutschland 330 Berufsbildungsordnungen und 17000 Studienordnungen. Auch das eine völlige Schieflage! Obendrein finden diese „akademischen“ Expansionen vor allem in den „Diskurs“-, also in den Geistes- und Sozialwissenschaften statt, die eher eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst oder im staatlich alimentierten Sektor der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) garantieren, aber keine Fachkräftelücke schließen lassen.

Stellenabbau überall

Übersehen darf man auch nicht, dass sich Deutschland inmitten eines Abbaus (!) von Arbeitsplätzen befindet. Die Deutsche Bank will 18000 Stellen streichen, allein in Deutschland eine „substanzielle Zahl“. Bei Continental sollen 20000, davon 7000 in Deutschland, wegfallen, bei Siemens 10000, bei VW 7000, bei Ford 5400, bei Thyssenkrupp 4000, bei Airbus „Tausende“ von 12000, bei C&A 100 Filialen von 450. Auch das ist „braindrain“ – oft genug in die Arbeitslosigkeit. Und ausgerechnet jetzt will man vonseiten des Staates neue Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern anwerben.

Ein Kernproblem bleibt obendrein, auch wenn kaum jemand bereit ist, es auszusprechen: Die wirklich qualifizierbaren und qualifikationswilligen Migranten werden dringendst in ihren Herkunftsländern gebraucht, um ihr Heimatland voranzubringen. Alles andere wäre ein Stück Kolonialismus 2.0. Wie hieß das Motto doch? „Fluchtursachen bekämpfen“.

● **Josef Kraus** war von 1987 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Zuletzt erschien „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt“ (Herbig 2017).

BLACKOUT-GEFAHR

Feuerwehr warnt vor Stromausfällen

Zusammenbruch der Energieversorgung: Nach 24 Stunden herrschen katastrophale Verhältnisse

VON NORMAN HANERT

Opfer des Blackouts vom Februar 2019: Das Bürgeramt Köpenick blieb wegen Stromausfalls geschlossen *Foto: pa*

Zumindest bislang ist die Versorgungssicherheit des deutschen Stromnetzes im internationalen Vergleich sehr hoch. Sicherheitsexperten warnen inzwischen allerdings immer eindringlicher vor den schwerwiegenden Folgen, die ein großflächiger und länger andauernder Stromausfall haben kann.

Der bisherige Chef des Technischen Hilfswerks, Albrecht Broemme, hat inzwischen mehrfach sehr deutlich gemacht, welche Sorgen ihm die Gefahr eines sogenannten Strom-Blackouts bereitet. Noch kurz bevor Broemme am 20. Dezember in den Ruhestand ging, benannte Broemme als eines der Hauptprobleme die mangelnde Vorbereitung der Bevölkerung auf einen längeren Stromausfall.

Christoph Unger, der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, hatte vor einigen Monaten in einem Interview den Ausfall der Stromversorgung sogar als „die zentrale Herausforderung“ bezeichnet und gewarnt: „Nach 24 Stunden ohne Strom hätten wir katastrophale Verhältnisse“.

Deutschlands oberster Katastrophenhelfer wies dabei ausdrücklich auf den Stromausfall hin, zu dem es im Februar des Vorjahres in Berlin-Köpenick gekommen war: In den Nachmittagsstunden des 19. Februar hatten Bauarbeiter bei einer Horizontalbohrung in Köpenick nicht nur ein 110-Kilovolt-Hauptkabel durchtrennt, sondern auch gleich das parallel laufende Ersatzkabel. Die Folge war der größte Stromausfall, den Berlin in den letzten Jahrzehnten erlebt hatte. Schlagartig waren im Berliner Südosten 30000 private Haushalte, 2000 Gewerbebetriebe, zwei Blockheizkraftwerke und auch zwei Krankenhäuser von der Stromversorgung abgeschnitten. Obendrein dauerte es bis in die Abendstunden des Folgetages, bis der Netzbetreiber die Stromversorgung wiederherstellen konnte.

Feuerwehr nicht erreichbar

Bei ihrer nachträglichen Auswertung kam die Berliner Feuerwehr zu dem Schluss, dass die Arbeit der Behörden während des 31 Stunden andauernden Versorgungsausfalls im Großen und Ganzen funktioniert habe. Allein für die Bevölkerung in den betroffenen Ortsteilen Köpenicks waren 300 Feuerwehrleute und Helfer und 400 Einsatzkräfte der Berliner Polizei aufgeboten worden. In ihrem Abschlussbericht wies die Feuerwehr auch auf das besonnene Verhalten der Bevölkerung hin und lobte die nachbarschaftliche Hilfe.

Allerdings finden sich in der Einschätzung auch besorgniserregende Punkte. Offensichtlich wurde die mangelnde Vorbereitung vieler Bürger kritisiert, zudem fielen in Teilen Köpenicks auch das Telefonfestnetz und die Mobilfunknetze aus. Damit waren auch die Notrufnummern von Polizei und Feuerwehr nicht mehr erreichbar. Zur Abhilfe wurden alle Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehr in den betroffenen Ortsteilen Köpenicks mit Feuerwehrleuten besetzt, zusätzlich richteten Feuerwehr und Polizei auch mobile Wachen an Straßenkreuzungen ein, die als Anlaufstellen für hilfesuchende Bürger dienten.

Berlins Innenverwaltung will bei künftigen Notfällen beispielsweise in Rathäusern sogenannte „Katastrophenschutzleuchttürme“ einrichten. Diese sollen mit einer Notstromversorgung ausgerüstet sein, um auch nach dem Zusammenbruch des Stromnetzes als Anlaufpunkte für die Bürger bereitzustehen.

Dass die Situation im vergangenen Februar in Köpenick noch glimpflich endete, ist auch dem Umstand zu verdanken, dass sich die Berliner Feuerwehr bereits seit Jahren intensiv mit der Blackout-Problematik beschäftigt. Schon seit dem Jahr 2013 beteiligt sich die Feuerwehr etwa an dem Forschungsprojekt „TankNotStrom“. Dabei geht es um die Entwicklung eines Systems, das wenigstens Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben weiter einsatzfähig hält, wenn das Stromnetz zusammenbricht.

Patienten wurden evakuiert

In Köpenick sichtbar wurde allerdings auch, wie extrem wichtig eine sichere Notstromversorgung für Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser ist. Während im Alexianer-Krankenhaus Hedwigshöhe eine hauseigene Notstromversorgung reibungslos funktionierte, fiel in den DRK-Kliniken Köpenick ein Notstromaggregat nach sieben Stunden aus. Feuerwehr und Technisches Hilfswerk verhinderten Schlimmeres, indem sie für das Krankenhaus schnell eine weitere Notstromversorgung installierten. Patienten, die sich in einem kritischen Zustand befanden, waren bereits zuvor in andere Krankenhäuser evakuiert worden.

Wie vor Kurzem bekannt wurde, will das Bundesinnenministerium dem Technischen Hilfswerk (THW) und auch dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zweistellige Millionenbeträge zur Verfügung stellen, um besser auf solche Gefahrenlagen vorbereitet zu sein. Demnach sind im aktuellen Haushaltsplan des Bundesinnenministeriums für das Technische Hilfswerk allein 33,5 Millionen Euro für die Beschaffung von 670 Notstromaggregaten vorgesehen. Ähnlich wie dies vergangenen Februar in Berlin-Köpenick geschehen ist, sollen die THW-Ortsverbände mit den Aggregaten im Notfall zum Beispiel Krankenhäuser mit Strom versorgen.

KOLUMNE

Kein Friede in Berlin

VON VERA LENGSFELD

Die Zeiten, da Weihnachten und die Tage zwischen den Jahren eine besinnliche, friedliche Zeit waren, sind längst vorüber. Aus ganz Deutschland kamen 2019 die Meldungen von Gewalttaten und Angriffen auf Weihnachtsmärkte. Berlin ist auch in dieser traurigen Beziehung die deutsche Hauptstadt.

So musste der Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz, der 2016 traurige Berühmtheit erlangte, als ein den Behörden zuvor längst wohlbekannter Attentäter einen Lkw in die feiernde Menge fuhr, auch in diesem Jahr wegen Terrorverdachts geräumt werden. Diesmal kamen die Besucher mit dem Schrecken davon.

Aber wieder handelte es sich bei den Verdächtigen um Personen, die den Behörden schon länger als mögliche Gefährder aufgefallen waren. Während die Opfer des Anschlags von der Politik vernachlässigt werden, sodass es der Senat nicht für nötig gehalten hat, die Betroffenen zur diesjährigen Gedenkfeier einzuladen, können die Amris sich immer noch frei bewegen.

Täglich kommen neue mögliche Gefährder, zum Teil direkt von den Schlachtfeldern Syriens. Wenn sie bei Straftaten erwischt werden, sorgt eine Kuschel-Justiz dafür, dass die Konsequenzen gering ausfallen. Die Frage ist nicht, ob der nächste Anschlag kommt, sondern nur wann. Zwischen den Jahren gab es zahllose Übergriffe von Gewalttätern auf die Polizei.

Wir tun jeden Tag so, als ob unser Leben ganz normal weiterginge. Aber unsere Art zu leben ist bereits zerstört. Die Leichtigkeit unseres Seins ist uns längst genommen, unsere Sorglosigkeit dahin. Wir können reden, lachen, genießen, Musik hören, mit unseren Kindern spielen, aber nichts mehr davon können wir unbeschwert tun. Merkelpoller, Sicherheitsdienste bei Veranstaltungen, die Unsicherheit des öffentlichen Raums sind mittlerweile unser Alltag. Bald wird man vergessen haben, dass es einmal eine Zeit gab, in der sich auch Frauen und Kinder angstfrei bewegen konnten. Wir müssen uns gegen diese Tendenz wehren. Wer schweigt, stimmt zu!

DIENSTLEISTUNG NICHT GEWÜRDIGT

Service-Idee endet als Eklat

Eine gute Absicht als diskriminierend gewertet – „Polenkasse“ in Cottbus gescheitert

Ein Edeka C+C Großmarkt im südbrandenburgischen Cottbus hat mit einem besonderen Angebot für polnische Kunden zum Teil heftige Reaktionen ausgelöst. Der Markt hat zur Betreuung von Großkunden aus dem Nachbarland eigens polnischsprachiges Personal eingestellt und an einer seiner Kassen ein Schild mit dem Hinweis, „Achtung! Diese Kasse ist vorrangig für polnische Kunden“, angebracht. Bei einer weiteren Kasse war ein Hinweis „Vorrangig für deutsche Kunde“ zu finden.

Nachdem Fotos der Hinweisschilder auf sozialen Netzwerken im Internet aufgetaucht waren, fühlten sich einige Kommentatoren an „dunkelste Zeiten der deutsch-polnischen Geschichte“ erinnert oder fragten, „Ist das diese ‚deutsche Ignoranz‘, die viele in Polen spüren?“ Andere nahmen die Fotos der Supermarktkassen stattdessen mit Ironie und Humor auf. Auf dem Internetdienst Twitter kommentierte ein polnischer Nutzer beispielsweise: „Wir hatten eigene Kassen und nun muss man wieder mit Deutschen und anderen Nationen zusammenstehen. Immer wieder etwas gegen Polen!“

Auf Facebook wunderte sich ein anderer Nutzer: „Ich frage mich, wie viele Polen sich als Deutsche betrachten und sich an die deutsche Kasse stellen?“ Eine polnische Zeitung, die den Vorgang aufgriff, berichtete wiederum, polnische Bürger hätten die Schilder als Diskriminierung empfunden. Schließlich forderte sogar Polens Botschafter in Deutschland, Andrzej Przyłębski, das Unternehmen Edeka zu einer Stellungnahme auf, da aus seiner Sicht die Aufteilung die polnischen Kunden diskriminiere, die in der Nähe wohnen. Als Reaktion hängte das Unternehmen inzwischen die Schilder wieder ab und entschuldigte sich.

FOTO: IMAGO IMAGES/UDO GOTTSCHALK

Die Polen lieben Edeka nicht mehr ganz

In einem Brief räumte Edeka ein, die separaten Kassen hätten den Eindruck einer Diskriminierung polnischer Kunden erwecken können. Weiter wies das Unternehmen darauf hin, dass der Supermarkt bei polnischen Großkunden, beispielsweise Restaurant- und Cateringbetrieben, beliebt sei und man versucht habe, den Handel zu verbessern. Um diesen Kunden einen besonderen Service zu bieten, wurde nach Angaben des Supermarktes sogar polnisches Personal eingestellt. In seiner Reaktion versicherte der Markt zudem, polnische Kunden seien willkommen und könnten ihre Einkäufe an allen Kassen bezahlen. *N.H.*

MELDUNG

Berlin eifert Pjöngjang nach

Berlin – Neben Havanna auf Kuba und Pjöngjang in Nordkorea setzt auch die deutsche Hauptstadt auf den Ausbau von Straßenbahnen statt der U- oder S-Bahnlinien. Auf der für den Weiterbau der U-Bahnlinie 5 vom Hauptbahnhof vorgesehenen Trasse will der Senat eine Straßenbahn bis zum Bahnhof Jungfernheide bauen lassen. Dort treffen bereits die U-Bahnlinie 7, die S-Bahn und die Regionalbahn zusammen. Auf dem U-Bahnhof ist bereits ein Bahnsteig für eine verlängerte U5 vorhanden. Verkehrssenatorin Regine Günther (Grüne) will den Straßenbahnbau nutzen, um 875 Parkplätze wegfallen zu lassen. Straßenbahnen haben im Vergleich zur U-Bahn eine geringere Transportkapazität und Geschwindigkeit. *F.B.*

MELDUNGEN

Ärger wegen Prager Frühling

Prag – Tschechien plant, zum Gedenken an die blutige Niederschlagung des Prager Frühlings von 1968 einen Feiertag einzuführen. Moskau kritisierte diese Pläne. Diese Kritik wiederum bezeichnete der eigentlich als prorussisch geltende tschechische Präsident Milos Zeman als „Unverschämtheit“ und kündigte an, sich vorzubehalten, seine schon zugesagte Teilnahme an der 75-Jahrfeier zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Moskau abzusagen. Das Prager Parlament hatte Anfang Dezember ein Gesetz verabschiedet, mit dem der 21. August als Feiertag zum Gedenken an die „Opfer der Invasion und der Besetzung durch die Truppen des Warschauer Pakts“ bestimmt wurde. Das russische Außenministerium verwies auf ein tschechisch-russisches Abkommen von 1993, mit dem ein „Schlussstrich unter die totalitäre Vergangenheit in Zusammenhang mit der inakzeptablen Gewaltanwendung gegen die Tschechoslowakei 1968“ gezogen wurde. *MRK*

Kiew hält an Blockade fest

Kiew – Gemäß den vor gut zwei Wochen in Paris getroffenen Vereinbarungen im Rahmen des Minsker Abkommens ist es in der Ostukraine zu einem weiteren Gefangenenaustausch und zur Einhaltung einer Waffenruhe gekommen. Im Kernkonflikt gibt es jedoch weiter keine Lösung, da Kiew eine Änderung der sogenannten Steinmeier-Formel anstrebt, die vorsieht, dass zunächst Wahlen in den Separatistengebieten abgehalten werden und die selbsternannten Republiken Lugansk und Donezk einen begrenzten Autonomiestatus erhalten sollen. Dies wollen vor allem nationalistische Kräfte in der Ukraine verhindern. Die Regierung fordert daher die Kontrolle über die Grenze zu Russland, ehe sie Wahlen zustimmen will. Gedrängt von Gegnern, drohte ein Berater des Präsidenten in Kiew noch kurz vor dem Gipfeltreffen in Paris die Abriegelung der Separatistengebiete im Osten mit dem Bau einer Mauer. *MRK*

Netanjahu kämpft ums Amt

Jerusalem – Bei einer parteiinternen Wahl des Likud (Zusammenschluss) hat Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu mit 72,5 Prozent der Stimmen seinen Herausforderer Gideon Saar, der 27,5 Prozent der Stimmen erhielt, klar besiegt. Trotz Korruptionsanklage und zweimaliger gescheiterter Regierungsbildung erhob seine Partei den 70-Jährigen erneut zu ihrem Vorsitzenden. Nach diesem Sieg gibt Netanjahu sich zwar zuversichtlich, auch bei der im März bevorstehenden Parlamentswahl Erfolg zu haben, jedoch rechnen Experten mit einer erneuten Pattsituation zwischen Netanjahus rechts-religiösem Lager und dem Mitte-Links-Lager. Zunächst geht es allerdings um Netanjahus politisches Überleben. Er muss entscheiden, ob er beim Parlament Immunität gegen Strafverfolgung beantragt. Politikwissenschaftler vermuten, dass Netanjahu seinen Wahlkampf auf der Behauptung, Opfer einer Hexenjagd zu sein, aufbauen wird. *MRK*

Start vom Raketenstützpunkt Dombarowskij im südlichen Ural: Hyperschall-Gleitflugkörper „Awangard“ *Foto: Mil.ru*

SICHERHEIT

Russland rüstet auf

Bei der Verteidigung seiner Zweitschlagskapazität setzt Präsident Putin auf technischen Fortschritt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im März 2018 kündigte der russische Präsident Wladimir Putin in einer Rede vor der Moskauer Föderationsversammlung die baldige Indienststellung von neuartigen Waffensystemen an, die „technische Durchbrüche und … Garanten der Sicherheit Russlands auf mehrere Jahrzehnte hinaus“ seien. Als Grund hierfür nannte er die Bedrohung seines Landes durch den einseitigen Austritt der USA aus dem ABM-Vertrag über die Begrenzung der ballistischen Raketenabwehrsysteme und den nachfolgenden Ausbau derselben. Hierdurch, so Putin, könne Russland die Fähigkeit verlieren, atomare Angriffe mit einem erfolgreichen Zweitschlag zu vergelten. Deshalb brauche es technologisch ausgeklügelte Waffensysteme, gegen welche die US-Raketenabwehr nicht ankomme. Und solche scheinen nun tatsächlich bereitzustehen oder sich zumindest in der Endphase ihrer Entwicklung zu befinden.

Letzteres gilt beispielsweise für den schätzungsweise zehn Meter langen und rund sechs Tonnen schweren, Kernwaffen tragenden strategischen Marschflugkörper 9M730 „Burewestnik“. Dieser soll einen Mini-Nuklearantrieb besitzen und die Erde dadurch gleich mehrmals in niedriger Höhe umfliegen können. Das erlaubt Angriffe aus für die Abwehr gänzlich unerwarteten Richtungen. Zwar gab es wohl im August 2019 einen schweren Unfall im Zusammenhang mit der Erprobung der Waffe, aber der scheint ihre Fertigstellung nicht verhindert zu haben, wie aus einer weiteren Rede Putins vom 22. November vorigen Jahres hervorgeht.

Im Gegensatz zum wuchtigen „Burewestnik“, der aller Wahrscheinlichkeit nach nur Geschwindigkeiten bis Mach 0,9 zu erreichen vermag, bewegt sich der schnittige Gleitflugkörper „Awangard“ mit etwa 27-facher Schallgeschwindigkeit oder 33000 Kilometern in der Stunde auf sein Ziel zu. Das resultiert aus dem Start vermittels einer Interkontinentalrakete vom Typ UR-100NUTTH oder R-36M2. Für die Zukunft ist die Verwendung der Interkontinentalrakete RS-28 „Sarmat“ geplant, deren Einführung bei den Streitkräften noch bevorsteht. Diese „Awangard“, die ebenfalls Atomsprengköpfe tragen soll, basiert auf dem epochalen Raumgleiter-Konzept des österreichischen Luft- und Raumfahrtpioniers Eugen Sänger aus den 1930er Jahren. Weil das „Awangard“-System so extrem schnell und dabei ungewöhnlich manövrierfähig ist, kann es von den bisher existierenden Abwehrraketen der USA ebenfalls nur schwer oder gar nicht vom Himmel geholt werden. Es wurde bis zum 26. Dezember 2018 viermal erfolgreich getestet und dürfte nun regulär im Dienste der russischen Raketenstreitkräfte stehen.

Für den Einsatz unter Wasser konstruierten die russischen Ingenieure die nukleargetriebene torpedoförmige Drohne „Poseidon“. Inoffiziellen Angaben zufolge soll das Gefährt Geschwindigkeiten von über 200 Kilometer in der Stunde erreichen und 1000 Meter tief tauchen können bei einer Reichweite von 10000 Kilometern. Da die „Poseidon“ Kernwaffen bis zu 100 Megatonnen Sprengkraft zu tragen vermag, wäre sie in der Lage, gegnerische Marinestützpunkte, Flugzeugträgerkampfgruppen oder auch Küstenstädte wie New York zu vernichten. Für den Transport der etwa 23 Meter langen und 40 Tonnen schweren „Weltuntergangstorpedos“, gegen die es gleichfalls keine nennenswerten Abwehrmöglichkeiten gibt, baut Russland derzeit zwei spezielle große Träger-U-Boote. Die K-139 „Belgorod“ wurde im April 2019 zu Wasser gelassen, während der Stapellauf der „Chabarowsk“ unmittelbar bevorzustehen scheint.

> Russland fühlt sich durch den einseitigen Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem ABM-Vertrag bedroht

Parallel zu diesen nuklearen Waffensystemen entwickelte Russland die mobile Laser-Kanone „Peresvet“, die inzwischen nachweislich einsatzbereit ist. Ihre Aufgabe besteht darin, feindliche Raketen, Drohnen und Kampfflugzeuge abzuschießen. Aufgrund der hohen Geschwindigkeit des Laserstrahls können damit auch Angreifer ausgeschaltet werden, die im Hyperschall-Bereich fliegen. Ebenso eignet sich „Peresvet“ für die Bekämpfung von Schwärmen kleiner Drohnen, mit der die konventionelle Luftabwehr Russlands überfordert wäre.

Wolfgang Kaufmann

„DIE ALLIANZ FÜR ÖSTERREICH“

Strache-Freunde spalten sich von der FPÖ ab

Drei Wiener blaue Landtagsabgeordnete haben vor Weihnachten eine neue Fraktion gebildet

Die drei Wiener Landtagsabgeordneten Karl Baron, Dietrich Kops und Klaus Handler haben wenige Tage vor Weihnachten den Freiheitlichen Klub, also die Fraktion der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), verlassen und eine eigene Partei gegründet. Mit „Die Allianz für Österreich“ (DAÖ) haben die Parlamentarier auf den sich bereits Wochen zuvor abzeichnenden Parteiausschluss des früheren Chefs der Freiheitlichen, Heinz-Christian Strache, reagiert.

Ihren ersten Auftritt hatte die neue Fraktion beim Wiener Sonderlandtag. Auf Verlangen der liberalen Parlamentspartei NEOS soll anlässlich des „Ibiza-Skandals“ über Parteifinanzen diskutiert werden. Tatsächlich erhält DAÖ zwar eine Klub-, aber noch keine Parteienförderung.

Reaktion auf Straches Ausschluss

Als erstes Ziel für seine Partei hat DAÖ-Gründer Baron acht bis zehn Prozent bei der Wiener Gemeinderatswahl im kommenden Jahr festgelegt. Zum Vergleich: Mit Strache an der Spitze wurde die FPÖ 2015 in Wien noch zweitstärkste Partei mit 30,8 Prozent; bei der Nationalratswahl 2019 – allerdings ohne Strache – erreichte die FPÖ in der Bundeshauptstadt nur 12,8 Prozent.

Die Allianz für Österreich hofft auch auf prominente Unterstützung durch den früheren FPÖ-Chef. Um Strache als Wunschkandidat macht Baron keinen Hehl. „Wir brauchen Strache als Spitzenkandidaten für Wien. Da ist kein besserer zu finden“, gibt sich Baron überzeugt.

Strache selbst erklärte zunächst, er hoffe auf ein nachhaltigeres Projekt. „Nach drei Tagen kann man ja auch kein nachhaltiges Projekt haben, das ist klar“, sagte dazu Baron. Er denke daran, spätestens Ende Januar so weit zu sein, „nachhaltig genug, dass er auch beitritt“, so Baron.

DAÖ sei „aufgrund der Entwicklungen der letzten Wochen entstanden“, man habe ihm durch seine Suspendierung aus der FPÖ „alle demokratischen Rechte“ genommen, sagte Strache in Bezug auf Spekulationen über seinen etwaigen Vorsitz. Ob man in der Politik überhaupt mit seinem Comeback rechnen könne, wollte er erst nach Weihnachten entscheiden. Es wird spekuliert, dass Strache bei der Wien-Wahl für DAÖ ins Rennen gehen könnte.

Michael Link

Nun soll auch die Insel Frøya so etwas bekommen: Windpark auf der norwegischen Insel Smola *Foto: Mauritius*

ERNEUERBARE ENERGIEN

Stadtwerke München bauen einen Windpark in Norwegen

Wegen massiven Protests der Anwohner wurde die Anzahl der Windturbinen erheblich verringert. Norwegens Anti-Windkraft-Bewegung setzt auf antideutsche Ressentiments

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Auf der kleinen norwegischen Insel Frøya baut der der bayerischen Landeshauptstadt gehörende Energieversorger Stadtwerke München (SWM) seit Anfang dieses Jahres zusammen mit einem norwegischen Partner 14 Windräder, jedes von ihnen 180 Meter hoch.

Der massive Protest der Anwohner konnte den Bau zwar nicht verhindern, aber die Anzahl der Windturbinen wurde erheblich verringert. Auftrieb erhielt auch die Anti-Windkraft-Bewegung im Land, was die norwegische Regierung zur Aufgabe ihres Konzeptes zum Ausbau der Windenergie veranlasste. Bei den einheimischen und ausländischen Akteuren der Windbranche herrscht dementsprechend Ernüchterung vor.

Obwohl die Energieversorgung in Norwegen überwiegend durch Strom aus Wasserkraft erfolgt und weiterer Windstrom derzeit gar nicht benötigt wird, befürworten die Norweger in Umfragen bisher mehrheitlich den Ausbau der Windkraft für zukünftige Bedarfe. So erklärt sich der von den Investoren aus München und Trondheim entworfene kühne Plan, im Einvernehmen mit der norwegischen Regierung im unbewohnten Teil von Frøya 63 Windräder zu errichten. Diese hohe Anzahl schrumpfte dann auf 14.

Die felsige Insel hat 4500 Einwohner und gehört zu einer Inselkette vor der Küste Mittelnorwegens, die das zusammenhängende Naturschutzgebiet Froan bildet. Nach Genehmigung der Windkraft-Pläne durch die Gemeinde 2016 nahm der Protest zunächst nur langsam Fahrt auf, später kulminierte er sogar in Sabotageakten. Unterstützung erhielten die Inselbewohner von Aktivisten des Vereins „La Naturen Leve“, auf: Deutsch „Lasst die Natur leben“. Pressevertreter wurden eingeladen, um die Einwände der Bewohner anzuhören und öffentlich zu machen. Wie in Deutschland wird auch in Norwegen die Regierung mit der Frage konfrontiert, wie man es zulassen könne, dass Natur unwiederbringlich zerstört wird, um „grüne Energie“ zu erzeugen.

14 statt 63 Windräder

Zudem monieren die norwegischen Windkraftgegner, dass die meisten ausländischen Investoren der unbeliebten Windkraftprojekte aus Deutschland kommen. Der Tenor lautet, dass die Deutschen auf Kosten der Norweger vor deren Haustür Windstrom produzierten. Dem Münchner Investor schallte der Vorwurf entgegen: „Bei euch in Bayern wäre ein solches Projekt nicht genehmigt worden!“

Spruchbänder mit der Aufschrift „Die Deutschen besetzen wieder unser Land“ trugen womöglich mit dazu bei, dass die Mitte-Rechts-Koalition von Premierministerin Erna Solberg ihren im April dieses Jahres veröffentlichten „Nationalen Rahmenplan für Windkraft“ bereits im Oktober auf Eis legte. Von der Entscheidung in Mitleidenschaft gezogen wurden auch mehrere Vorhaben mit Beteiligung der Stadtwerke München. Im Ausbauplan für die Windenergie waren 13 Gebiete ausgewiesen, in denen aus Sicht der öffentlichen Hand vorzugsweise Windfarmen gebaut werden sollten. Betroffen waren 98 Gemeinden, von denen gerade einmal drei Zustimmung signalisierten. Alle anderen forderten, von den Plänen ausgenommen zu werden.

FORD

Schatten in Westdeutschland – Licht in Spanien

In Saarlouis und Köln macht man sich Sorgen um die Arbeitsplätze beim US-Autobauer

Es wird ein rundes Jubiläum mit gemischten Gefühlen. Am 16. Januar 1970 eröffnete der US-amerikanische Autobauer Ford in Saarlouis ein Werk. Dort wird derzeit der Focus produziert, und die Belegschaft hofft, dass dies auch künftig so sein wird. Doch sicher ist das keineswegs, denn die Autokrise hat auch Ford längst erwischt.

Die Zukunft des Kölner Werks hängt am seidenen Faden, und im Saarland hat sich ebenfalls Ratlosigkeit breitgemacht. Der Focus soll definitiv bis 2024 in Saarlouis gebaut werden. Außerdem investiert der Konzern 210 Millionen US-Dollar in das Werk, um den aktuellen Focus zu überarbeiten und die Produktion für die Modelle Focus Active und Focus Kombi zu erweitern. Die Firmenzentrale in Detroit hatte Mitte März angekündigt, rund 5000 Arbeitsplätze in Deutschland abbauen zu wollen.

50 Jahre Ford-Werk in Saarlouis

Bundesweit hat Ford etwa 24000 Mitarbeiter davon rund 18000 in Köln, 6000 in Saarlouis und 200 in Aachen. Im Saarland wurden bereits 1600 Stellen gestrichen, weitere 700 könnten folgen. Weitere sollen – zunächst einmal – nicht folgen.

Ford-Deutschland-Chef Gunnar Herrmann sagte kürzlich, er sei verhalten optimistisch, die Rückmeldungen aus Detroit seien positiv. Dort werde registriert, dass es mit dem Umbau, auch der deutschen Standorte, vorangehe und auch die Belegschaften den Kurs mittrügen. Die mussten harte Einschnitte hinnehmen. Nicht nur in Saarlouis, sondern auch in Köln.

Rund drei Viertel des geplanten Abbaus von 5400 Arbeitsplätzen in Deutschland sind mittlerweile unter Dach und Fach. 4000 Mitarbeiter haben Ford gegen Abfindungen verlassen, gehen in vorgezogenen Ruhestand oder hörten als Leiharbeiter auf, weil Verträge ausgelaufen sind. Nun hat das Warten eingesetzt. „Wir brauchen aber auch klare Aussagen der Geschäftsleitung, welche Perspektive Ford in Deutschland und in Köln hat“, sagte der Kölner Betriebsratschef Martin Hennig: „Die Leute brauchen eine ordentliche Zukunftsplanung. Es kann nicht immer nur um Stellenabbau gehen.“

Es könne derzeit noch nicht verlässlich gesagt werden, an welchen Standorten künftig welche Modelle gebaut werden, erklärt die Deutschland-Zentrale. Ford werde jedoch bei den neuen Technologien vorne mit dabei sein. Weitere Arbeitsplätze könnten geschaffen werden, wenn das Geschäft mit der E-Mobilität funktioniere.

Während beim deutschen Autobauer Katzenjammer herrscht, ist man in Spanien auf der Sonnenseite. Seit 2011 hat der fünfgrößte Autohersteller der Welt rund drei Milliarden Euro im Königreich investiert. Zugleich wurden rund 500 Arbeitsplätze geschaffen. *Peter Entinger*

BOEING 737 MAX

Fertigung ausgesetzt

Der Airbus-Rivale Boeing setzt ab diesem Monat vorübergehend die Fertigung seines bislang größten Umsatzbringers, der 737 MAX, aus.

Nach zwei Abstürzen mit 346 Todesopfern hatten vergangenen März weltweit Flugaufsichtsbehörden ein Startverbot für diesen Flugzeugtyp verhängt. Als Folge des Flugverbots stehen bei Boeing inzwischen rund 400 produzierte Maschinen auf Parkflächen, weil sie nicht an die Besteller ausgeliefert werden können. Noch im November hatte Boeing Hoffnungen verbreitet, die Wiederzulassung der Maschinen durch die US-Luftfahrtbehörde FAA könne noch vor dem Jahreswechsel erfolgen. Mitte Dezember verpasste Steve Dickson, der Chef der FAA, Boeing jedoch einen Dämpfer, indem er darauf hinwies, der Flugzeugbauer verfolge bei der 737 MAX einen „unrealistischen“ Zeitplan. Der nun verhängte Produktionsstopp hat weitreichende Folgen für Zulieferfirmen und vor allem für Boeing selbst.

Der Flugzeugbauer aus der Region Seattle ist das größte Exportunternehmen der USA und steuert einen nennenswerten Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt des Landes bei. Auf die 737-Serie entfielen bei Boeing bislang sieben Zehntel sämtlicher Auslieferungen in der zivilen Luftfahrtsparte. Mit der Produktionspause in der 737-Linie steht bei Boeing fast die Hälfte des Betriebes still. Wegen der weltweiten Flugsperre für die 737 MAX mussten Fluglinien Tausende Flüge streichen oder gegen Leasinggebühren Ersatzmaschinen einsetzen. Als Folge der 737-MAX-Desasters trat kurz vor Weihnachten Boeing-Chef Dennis Muilenburg zurück. Sein Nachfolger, der 62-jährige David Calhoun, muss nun darauf gefasst sein, dass gegenüber Boeing hohe Schadensersatzansprüche erhoben werden.

Airbus, Boeings europäischer Erzrivale, wird von dem Desaster um die 737 MAX allerdings nur bedingt profitieren können. Für das europäische Konkurrenzprodukt, die A320-Baureihe, liegen bei Airbus bereits mehr als 6000 Bestellungen vor. Fluggesellschaften, die nun eine A320 bei Airbus ordern, können deshalb frühestens ab dem Jahr 2024 mit einer Lieferung rechnen. *Norman Hanert*

WOHNIMMOBILIEN

Preise ziehen weiter an

Entgegen den Warnungen vor einer Blase und der Gefahr eines abrupten Preisverfalls haben sich Wohnimmobilien in Deutschland erneut verteuert. Zum dritten Quartal 2019 stieg ihr Preis um durchschnittlich 4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Preise für Eigentumswohnungen in den sieben größten Städten (Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart und Düsseldorf) stiegen um 9,0 Prozent. Ein- und Zweifamilienhäuser waren hier 7,5 Prozent teurer als ein Jahr zuvor. In den übrigen kreisfreien Städten ab 100000 Einwohner verteuerten sich dagegen vor allem Häuser mit einem Plus von 7,8 Prozent, während Eigentumswohnungen hier 5,8 Prozent mehr kosteten als ein Jahr zuvor. In kleineren Städten stiegen Häuserpreise um 5,1 und jene für Eigentumswohnungen um 4,5 Prozent. *H.H.*

KOMMENTARE

Hartz für Ausländer

HANS HECKEL

Wie aus der Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer hervorgeht, ist die Zahl ausländischer Hartz-IV-Empfänger von August 2007 bis August 2019 von 1,3 auf zwei Millionen gestiegen, während die Menge der deutschen „Hartzer“ im selben Zeitraum von 5,8 auf 3,4 Millionen zurückging. Die Kosten für ausländische Leistungsbezieher haben sich in den genannten Jahren verdoppelt. Springer sieht die Zahlen als Beleg dafür, dass „die Regierung die Einwanderung in die Sozialsysteme und die daraus resultierenden finanziellen Lasten völlig unterschätzt hat“ und fordert „eine sofortige Kehrtwende in der Migrationspolitik“.

Da kann man ihm nur zustimmen. Was hier zutage tritt, ist eine bizarre Umkehrung dessen, was Einwanderung seit jeher gekennzeichnet hat: Immigranten, ob Hugenotten in Preußen oder Deutsche in Amerika, leisteten zunächst meist weit mehr als die einheimische Bevölkerung. Dies war ihre Gegenleistung für die Aufnahme in das neue Land. Und es war ihre Eintrittskarte in die neue Heimat. Hatten sie sich endlich nach oben gearbeitet, konnten sie sich zu Recht als stolze Mitglieder der Gesellschaft fühlen, die ihren Beitrag geleistet hatten, um als angesehene Glieder des Volkes anerkannt zu werden.

Die Deutschen müssen dagegen mehr und mehr auch für arbeitslose Einwanderer arbeiten und auch dafür die weltweit zweithöchsten Steuern und Abgaben zahlen. Wehe aber, wenn ein Einheimischer diese Einwanderung in die Sozialsysteme kritisiert oder gar Unzufriedenheit darüber äußert, dass sich die ethnische Zusammensetzung seines Stadtteils in Windeseile derart verändert, dass er ihn kaum noch als seine Heimat erkennen kann. Dann ist er ein Rassist. Stattdessen soll er malochen, zahlen und den Mund halten.

Dass ein Großteil der ausländischen Leistungsempfänger als „Verfolgte“ Asyl bekommen hat, statt regulär einzuwandern, tut übrigens kaum noch etwas zur Sache. Das deutsche Asylrecht ist längst zum alternativen Einwanderungsrecht verkommen.

Bloß nicht „deutsch“

ERIK LOMMATZSCH

Das beschauliche Erzgebirgsstädtchen Schneeberg brachte es kurz vor Weihnachten zu einem „Skandal“, wie die Funke Mediengruppe titelte. Im Schaufenster eines leer stehenden Geschäfts am Markt war gut sichtbar ein Zettel angebracht: „Allen deutschen Familien ein ruhiges und friedliches Weihnachtsfest.“ Der Kriminaldienst wollte die „strafrechtliche Relevanz“ prüfen. „Leider“, so der Bürgermeister laut „Bild“-Zeitung, habe man „momentan keine rechtliche Handhabe“, den Zettel entfernen zu lassen. Der Besitzer, „bekannt für derartige Provokationen“, erklärte: „Ich kann doch allen deutschen Landsleuten schöne Weihnachten wünschen, weiß doch nicht, ob die anderen überhaupt Weihnachten feiern.“

Ein zweiter „Skandal“ hatte sich wenige Tage zuvor in Dresden ereignet. „Diesen Bus steuert ein deutscher Fahrer“ stand auf einem Zettel an der Scheibe des Linienbusses. Diese Angelegenheit hatte bereits Konsequenzen. Die Dresdner Verkehrsbetriebe wollen den Fahrer nicht mehr zum Einsatz bringen. Der entsprechende Subunternehmer sei „erschrocken“ gewesen, der Mann sei bisher „nie negativ aufgefallen“.

Ebenfalls im Dezember wurde ein 81-jähriger Wohnungseigentümer in Augsburg wegen „Diskriminierung“ zu einer Entschädigungszahlung verurteilt, weil er ausdrücklich nur an Deutsche vermieten wollte. Geklagt hatte der aus dem afrikanischen Burkina Faso stammende Mietinteressent Hamado Dipama, der bereits mehrfach wegen „Rassismus“ am Einlass zu Münchener Klubs vor Gericht gezogen war.

Verständlich, dass das Agieren des Ladenbesitzers, des Busfahrers und des Vermieters verschieden bewertet werden. Unverständlich ist hingegen, dass das derzeitige Deutschland das einzige Land der Welt ist, in dem der Bezug auf das eigene Volk nicht nur großflächig verpönt ist, sondern handfeste negative Folgen nach sich zieht. Meinungsfreiheit und Recht am Eigentum scheinen hier obsolete Begrifflichkeiten zu sein.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

FOTO: IMAGO IMAGES/EIBNER

Ihre Politik zieht ausländische Nettoempfänger an und schreckt einheimische Nettozahler ab: Bundeskanzlerin Angela Merkel

KOLUMNE

Ein- und Auswanderung

FLORIAN STUMFALL

Kanzlerin Angela Merkel ruft nach Fachkräften. Solche seien dringend notwendig für die deutsche Wirtschaft und das in zunehmendem Maße. Was diese Aussage angeht, so muss man Merkel zustimmen. Dennoch bleibt ihr Vorstoß rätselhaft. Denn sie hat doch anno 2015 die Grenzen geöffnet, und als unkontrolliert Hunderttausende von der Einladung Gebrauch machten, bekam der deutsche Bürger zu hören, bei den Zuwanderern handle es sich zum guten Teil um entschlossene Handwerker, geübte Facharbeiter oder feinsinnige Ärzte.

Wo also sind diese geblieben? Wieder abgewandert sind sie nicht, denn die Kriminalstatistik, der Wohnungsmarkt und die Lage in vielen Schulen zeugen vom weiteren Verbleib in Deutschland. Nur scheint sich nicht zu erfüllen, was vor vier Jahren versprochen wurde: dass diese Zuwanderung für Deutschland ein Glück sei und eine große Chance.

Doch Merkels Ruf nach Fachkräften ist nicht nur durch Art und Wesen der meisten Zuwanderer erklärbar, sondern auch durch das Abwandern deutscher Fachkräfte. Nach aller Lebenserfahrung ist es zulässig, einen der Gründe dafür in der 14 Jahre andauernden Regierungsweise Merkels zu suchen. Deutschland befindet sich in einer Phase der Deindustrialisierung, ob fahrlässig oder absichtlich herbeigeführt, sei dahingestellt.

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) stellt fest, dass der durchschnittliche Auswanderer unter 40 Jahre alt ist, mit einem akademischen Abschluss und beruflich erfolgreich. Diesen Leistungsträgern, die der deutschen Wirtschaft verloren gehen, stehen, um als Beispiel Eritrea, Somalia und Nigeria zu nehmen als die drei größten afrikanischen Herkunftsländer, Zuwanderer gegenüber, die in Deutschland zu fast 52, 40 beziehungsweise 18 Prozent Sozialhilfe beanspruchen. Unter den Syrern liegt die Quote bei 73 Prozent, unter allen Ausländern bei 16,5 Prozent unter den deutschen Staatsbürgern bei 5,3 Prozent.

Seit dem Jahr 2010 sind mehr als 1,8 Millionen Deutsche ausgewandert. Da sind allerdings nur diejenigen erfasst, deren Adresse im Ausland den deutschen Behörden bekannt ist. Bei ihnen handelt es sich keineswegs um Verlierer und Enttäuschte. Marcel Erlinghagen vom Institut für Soziologie an der Universität Duisburg-Essen sagt: „Der Weg ins Ausland ist chancengetrieben.“ Das heißt, deutsche Eliten sehen anderswo bessere Möglichkeiten fürs Weiterkommen als zu Hause in der Heimat. Eine Umfrage unter 10000 Auswanderern hat ergeben, dass sich für rund 60 Prozent das Einkommen um zirka 1200 Euro erhöht hat.

Angesichts der Entwicklung der deutschen Wirtschaft könnte die Zahl der hochqualifizierten Auswanderer in nächster Zeit noch deutlich zunehmen. Vor allem Deutschlands Paradebranchen sind gefährdet. Der Automobilbau sowie die Pharma- und die chemische Industrie befinden sich am Rande einer ernsten Krise.

> Sozialhilfeempfänger wandern ein. Leistungsträger wandern aus

Was den Automobilbau angeht, so stagniert dieser seit 2014. Seit 2018 geht er zurück. Im Jahr 2019 wurden in Deutschland so wenig Autos gebaut wie seit 20 Jahren nicht mehr. Die Zahl der Mitarbeiter, die im abgelaufenen Jahr entlassen wurden, kommt auf volle 50000. Das sind rund sechs Prozent der 820000 Arbeitnehmer im Autosektor. Allein bei Daimler will man die Personalkosten bis 2022 um 1,4 Milliarden Euro senken. Die Lage bei den Zulieferern wie Bosch, aber auch vieler anderer kleinerer, ist damit jedoch noch nicht beschrieben. Dort ist ebenfalls ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen zu erwarten, einzelnen Produktionsstätten droht die Schließung.

Freilich schlägt sich diese Entwicklung vorerst noch nicht in der Arbeitslosenstatistik nieder. Die Firmen nämlich verzichten nach Möglichkeit auf betriebsbedingte Entlassungen. Das bedeutet aber auf der anderen Seite, dass frei werdende Stellen nicht mehr besetzt werden. Die Firmen stellen weniger ein, was völlig zulasten junger Berufseinsteiger geht. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis die Auto-Krise auch in der Arbeitslosenstatistik sichtbar wird. Dass es sich dann dabei hauptsächlich um junge Leute handelt, macht die Sache nicht besser.

Üble Verhältnisse herrschen auch in der Chemie- und Pharmaindustrie. Der Hauptgeschäftsführer des Chemieverbandes, Utz Tillmann, sagte zu den jüngsten Schätzungen Anfang Dezember: „Mit der aktuellen Lage zeigen sich immer weniger Chemie- und Pharmaunternehmen zufrieden. Auch für die weiteren Aussichten nimmt der Pessimismus zu.“ Wenn man dann noch lesen muss, dass es in Deutschland, der einstigen Apotheke der Welt, zu Engpässen bei der Versorgung mit Medikamenten kommt, mag man das Ausmaß der Schwierigkeiten ermessen. Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) erwartet für das Jahr 2019 einen Rückgang von 3,5 Prozent.

Merkels Energiewende hat zu den weltweit höchsten Strompreisen und zu einer eingeschränkten Versorgungssicherheit geführt. Wer den Ausstieg aus der Kernenergie und gleichzeitig das Ende fossiler Energieträger befiehlt, steuert geradewegs auf das Ende der Versorgungssicherheit zu – für einen Industriestaat eine katastrophale Aussicht. So sind im Sommer in Deutschland mehrere großflächige Stromausfälle knapp verhindert worden.

Die Methode ist bekannt. Beim unkontrollierbaren Aufkommen von Wind- und Solarstrom ist es alltäglich, dass bei einem stärkeren Angebot Strom günstig oder gratis in Nachbarländer geliefert wird, während bei einem schwachen Deutschland dort Strom teuer einkaufen muss, wobei der gescholtene Atomstrom noch am billigsten ist. Wie die Politik angesichts einer derartigen Entwicklung von Hunderttausenden von E-Autos faseln mag, ist unerfindlich.

Doch nicht nur die Energieversorgung und die Vorzeigesparten sind von einer bedrohlichen Entwicklung betroffen. Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sieht die deutsche Wirtschaft insgesamt im Abschwung. Der Einkaufsmanager-Index ist im Dezember um 0,7 auf 43,4 Prozentpunkte gefallen, gemäß einer Umfrage von Reuters war aber eine Steigerung erwartet worden. Erst ein Wert über 50 Punkte signalisiert Wachstum. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat der deutschen Wirtschaft für das neue Jahr einen weiteren Rückgang vorausgesagt.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“

SCHÖPFER DER „SCHWEBENDEN“

Dem Rätselwesen Mensch auf der Spur

Bildhauer, Schriftsteller und Spökenkieker – Vor 150 Jahren wurde Ernst Barlach geboren

VON VEIT-MARIO THIEDE

Gesichtszüge der ostpreußischen Künstlerin Käthe Kollwitz: Schwebender Engel im Güstrower Dom *Foto: pa*

Der am 2. Januar 1870 in Wedel bei Hamburg geborene Ernst Barlach bezog mit seiner Kunst Stellung. Denn er wusste, „dass das Gesicht in allen Dingen sich nicht enthüllt, wenn man selbst nicht sein Gesicht zeigt“.

Das ist ihm jedoch nicht immer gut bekommen. In den 1920er Jahren schuf er eindrucksvolle Ehrenmale für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs, die sogleich Anfeindungen ausgesetzt waren. Die Nationalsozialisten entfernten seine Werke aus Museen, Kirchen und dem öffentlichen Raum. Heute aber wird der 1938 gestorbene Barlach als einer der bedeutendsten deutschen Bildhauer des 20. Jahrhunderts gefeiert. Auch als Grafiker und Schriftsteller tat er sich hervor.

Barlach bekannte: „Das Phänomen Mensch ist auf quälende Art von jeher als unheimliches Rätselwesen vor mir aufgestiegen. Ich sah im Menschen das Verdammte, gleichsam Verhexte, aber auch das Ur-Wesenhafte, wie sollte ich das mit dem landläufigen Naturalismus darstellen!“ Die Antwort ließ lange auf sich warten. Erst mit 36 Jahren fand er zur eigenen künstlerischen Handschrift. Seine auf das Wesentliche beschränkten Plastiken verkörpern Freude oder Not, Verzweiflung oder Zuversicht – und werden so zu Sinnbildern des „Rätselwesens Mensch“.

Und wie wird Barlach selbst gesehen? Der zeitgenössische Kunstkritiker Karl Scheffler urteilte: „Der erste Eindruck schon ließ einen Außenseiter und ein Original erkennen.“ Der Kunsthistoriker Wolfgang Tarnowski charakterisiert ihn in seinem aktuellen Buch „Auf den Spuren von Ernst Barlach“ als „intelligent, hochsensibel, ahnungsvoll (ein ‚Spökenkieker‘, wie man in Norddeutschland sagt), dabei ernst, unruhig bis nervös, oft Stimmungen unterworfen, scheu und misstrauisch“. Die Güstrower beargwöhnten ihn als Sonderling. Er hatte sich 1910 mit seinem unehelichen Sohn aus Berlin in die ehemalige mecklenburgische Residenzstadt zurückgezogen, um ungestört arbeiten zu können. Hier lernte er das Bildhauerehepaar Bernhard und Marga Böhmer kennen, das sich 1927 scheiden ließ. Marga wurde Barlachs Lebensgefährtin. In ihrem Haus am Inselsee bezog er die Dachwohnung und erbaute auf dem Nachbargrundstück sein Atelierhaus.

Käthe Kollwitz als Modell

Heute ist das Atelierhaus Sitz der Ernst-Barlach-Stiftung. Sie betreut den Nachlass, präsentiert Sonderausstellungen im benachbarten Graphikkabinett und bietet im Atelierhaus einen Überblick über Barlachs Plastiken. Da vermittelt der auf zwei Krücken gestützte „Bettler“ (1930) mit nach oben gerichteten Augen Gottvertrauen, während der „Singende Mann“ (1928) Lebensfreude verkörpert. Den „Träumer“ (1925) ließ sich Barlach ans Sterbebett stellen. Werkmodelle geben Einblick in den Entstehungsprozess von Großplastiken wie die des im Magdeburger Dom aufgestellten Ehrenmals. Von den drei hinter einem Grabkreuz stehenden Soldaten ist der linke vor Schrecken erstarrt, der mittlere stiert uns verängstigt an und der rechte scheint zu zittern. Die drei Halbfiguren unter ihnen verkörpern Trauer, Tod und Entsetzen.

Barlachs für Magdeburg, Kiel, Hamburg und Güstrow geschaffene Ehrenmale waren unerhört neuartig. Denn sie sind Denkzeichen und Mahnmale gegen Krieg und Gewalt. Das aber kam bei vielen Zeitgenossen nicht gut an. Sie wollten lieber den heldenhaften Soldatentod gefeiert wissen. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten dauerte es nicht lange bis zur Entfernung der Ehrenmale. Der Kieler „Geistkämpfer“ und das Magdeburger Ehrenmal blieben immerhin unversehrt. Das zerstörte Relief des Hamburger Ehrenmals befindet sich als Rekonstruktion und der zu Kriegszwecken eingeschmolzene „Schwebende“ des Güstrower Doms als Nachguss heute wieder am alten Platz. Die Gesichtszüge der Bronzegestalt des an Ketten vom Gewölbe hängenden „Schwebenden“ erinnern an die von Käthe Kollwitz, die im Ersten Weltkrieg einen Sohn verlor. Barlach sagte über seine künstlerische Absicht: „Es galt, eine schwer ruhende Unbeweglichkeit als Ausdruck nie versiegenden Grams, hängend, weil der irdischen Bedingtheit entrückt“ im Dom zu platzieren.

Seit 1953 ist Güstrows gotische Gertrudenkapelle stimmungsvolle Barlach-Gedenkstätte. Sie beherbergt Plastiken. „Das Wiedersehen“ (1926) zeigt die Begegnung des ungläubigen Jüngers Thomas mit dem auferstandenen Christus. Ein Bronzeexemplar der Figurengruppe stellten die Nationalsozialisten 1937 in der Schau „Entartete Kunst“ an den Pranger. In dieser Zeit der persönlichen Anfeindungen und der Bekämpfung seines Schaffens verlieh Barlach der Figur des „Wanderers im Wind“ (1934) seine Gesichtszüge. Unbeirrt schreitet er trotz Gegenwind seiner Bestimmung gemäß auf dem Lebensweg voran.

STADT IM MITTELALTER

Die Verheißung der Freiheit

Das frühe Stadtleben im Zeichen des Rechts – Große Mittelalter-Ausstellung in Magdeburg

Vom mittelalterlichen Stadtleben versprachen sich die Bürger persönliche Unabhängigkeit und wirtschaftlichen Aufstieg. Deren Grundlage waren die von den Stadtherren gewährten Rechte, Privilegien und Freiheiten. Hinsichtlich seiner Verbreitung war das Magdeburger Recht das erfolgreichste unter den mittelalterlichen Stadtrechten. Auf das konnten sich rund 1000 Orte berufen, die zwischen Elbe und Dnjepr liegen.

Vom Stadtleben im Zeichen des Magdeburger Rechts erzählt die mit 400 Exponaten ausgestattete Schau „Faszination Stadt“. Sie ist bis 2. Februar im Kulturhistorischen Museum Magdeburg zu sehen.

Das Magdeburger Recht zeichnete sich durch die ausgewogene Verteilung der Macht zwischen dem Stadtherren und den Gremien der Bürgergemeinde aus. Es galt in zahlreichen Abwandlungen, die an die lokalen Notwendigkeiten und Gebräuche angepasst waren. Im Deutschordensland etwa war es in der Variante des „Kulmer Rechts“ verbreitet. Erstaunlicherweise gibt es vom Magdeburger Recht jedoch keine schriftlich fixierte Urfassung. Überliefert ist es in Form Tausender Schöffensprüche. Einige werden gezeigt. Sie ergingen in strittigen Fragen an Städte, die das Magdeburger Recht übernommen hatten. Ihnen lieferte der Schöffenstuhl von Magdeburg Rechtsratschläge und auch Urteile in konkreten Fällen.

Schöffenbank vom Berliner Rathaus

Wiederholt orientierten sich die Schöffensprüche am sächsischen Gewohnheitsrecht in der Form des von Eike von Repgow niedergeschriebenen „Sachsenspiegels“. Von den rund 500 vollständig oder fragmentarisch erhaltenen Exemplaren sind die aus Dresden, Heidelberg, Oldenburg und Wolfenbüttel illustriert. Diese vier Bilderhandschriften sind die Hauptattraktion der Schau. Die aus Heidelberg entliehene ist die älteste. Sie stammt aus dem frühen 14. Jahrhundert. Die aufgeschlagene Seite illustriert Bestimmungen zur Beweisführung. Gestikulierend fordert der Richter die Vorgeladenen auf, ihren Eid abzulegen. Sie leisten Folge, indem sie mit den Schwurfingern ein Reliquienkästchen berühren.

Aus Tangermünde ist ein Reliquiar zu sehen, das als Schwurkästchen (1461) diente. Es kam bei der Vereidigung der Ratsherren zum Einsatz. Zahlreiche weitere Leihgaben aus Orten des Magdeburger Rechts veranschaulichen die Repräsentationslust der Stadtverwaltungen, Kaufleute und Handwerker. Eher unscheinbar, aber eine Attraktion, ist die Schöffenbank (um 1264) aus dem alten Berliner Rathaus. Sie ist das einzige Möbelstück dieser Bestimmung, das im deutschen Sprachraum erhalten geblieben ist. Eine prunkvoll bestickte Stiftung von Kaufleuten war der Chormantel (15. Jh.), der zum Paramentenschatz der Danziger Marienkirche gehörte. Imposant sind die Fragmente der überdimensionalen Stendaler Rolandsfigur (1525), die einst als Rechtssymbol vor der Gerichtslaube des Rathauses aufragte. *V.-M. Thiede*

● **Infos** Kulturhistorisches Museum, Otto-von-Guericke-Straße 68–73, geöffnet täglich 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 15 Euro, Internet: www.faszination-stadt2019.de

● MELDUNGEN

Fazit des Fontanejahrs

Potsdam – Mit einer Abschluss- und Geburtstagsfeier in der Fontanestadt Neuruppin endete am 30. Dezember, dem 250. Geburtstag des Schriftstellers Theodor Fontane, das Fontanejahr 2019. Bei der Gelegenheit erhielten Harald Bölk, der Leiter der Kreismusikschule, sowie der Märkische Jugendchor den Fontane-Kulturpreis, der alle zwei Jahre vergeben wird und mit 2000 Euro dotiert ist. Insgesamt konnte man ein positives Fazit der zahlreichen Veranstaltungen, Konzerte und Lesungen ziehen. So konnte man im Rahmen des Themenjahrs „fontane.200/Spuren – Kulturland Brandenburg 2019“ 350000 Besucher registrieren. Zu den Höhepunkten gehörte die Ausstellung „Fontanes Pflanzen“ im Tempelgarten Neuruppin, zu der 13000 Besucher kamen. Knapp 7000 Gäste besuchten die 83 Veranstaltungen der Fontane-Festspiele von Neuruppin, die aufgrund des großen Erfolgs in diesem Jahr in einem erweiterten Format fortgesetzt werden sollen. Vom 21. bis 24. Mai finden regulär zum siebten Mal die Festspiele statt, an die sich dann bis in den Herbst hinein weitere Lesungen und Fontane-Ausflüge anschließen. Infos im Internet: www.fontane-festspiele.com *tws*

Letztes Gericht eines Briten

Berlin – Bis zum 12. Juli präsentieren die Staatlichen Museen zu Berlin in der Wandelhalle der Gemäldegalerie am Kulturforum „The Last Judgement Sculpture“, ein Hauptwerk des britischen Künstlers Anthony Caro. Die monumentale, 25-teilige Installation bildet in unmittelbarer Nähe zu den Alten Meistern ein raumgreifendes Ensemble zum übergreifenden Thema „Jüngstes Gericht“. Sir Anthony Caro (1924–2013) zählt zu den bedeutendsten Bildhauern der Moderne. Zu Beginn seiner Karriere schuf der Schüler Henry Moores figurative Werke; ab den frühen 1960er Jahren wurde er zu einem führendenden Vertreter der abstrakten Bildhauerei. *tws*

Drei Meister auf einen Streich

Hamburg – Mit der Ausstellung „Goya, Fragonard, Tiepolo. Die Freiheit der Malerei“ widmet die Hamburger Kunsthalle einem der folgenreichsten Kapitel der europäischen Kunstgeschichte eine umfassende Schau: dem 18. Jahrhundert. Die Blüte- und Umbruchszeit der europäischen Kunst hat so unterschiedliche Maler wie den Spanier Francisco José de Goya y Lucientes, den Franzosen Jean-Honoré Fragonard und den Italiener Giovanni Battista Tiepolo hervorgebracht. Die Präsentation versammelt rund 150 bedeutende Gemälde und Grafiken aus Museen wie dem Prado in Madrid, dem Rijksmuseum in Amsterdam oder dem Nationalmuseum von Stockholm. Die Hamburger Kunsthalle verfügt selbst über die bedeutendste Sammlung an spanischer Grafik außerhalb Spaniens. *tws*

TECHNIK

Montgolfiers, Erfinder des Heißluftballons

Der Heißluftballon hat gleich zwei Erfinder: die beiden Brüder Joseph Michel und Jacques Étienne Montgolfier. Der ältere der beiden Papierfabrikantensöhne, Joseph, kam am 26. August 1740 in Annonay bei Lyon zur Welt und der Jüngere ebenda am 6. Januar 1745, also vor 275 Jahren.

Ungeachtet ihrer engen Verwandtschaft gelten die beiden als unterschiedlich, Etienne als fleißig und verbindlich, Joseph als vergesslich, träumerisch und für Experimente wie Erfindungen aufgeschlossen. So wird denn auch Letzterem nachgesagt, dass ihm die entscheidende Idee zum Heißluftballon kam, als er einen zum Trocknen über einem Ofen aufgehängten Unterrock seiner Ehefrau sich unter dem Einfluss der aufsteigenden warmen Luft in die Höhe bauschen sah.

Im Dezember 1782 und im Juni des darauffolgenden Jahres unternahmen die beiden erfolgreiche Versuche mit Heißluftballons, den zweiten sogar vor Publikum. Ihr König, Ludwig XVI., wurde auf sie aufmerksam und lud sie zu einer Vorführung ihrer Erfindung in seine Hauptstadt. Dort kam es am 19. September 1783 zum wohl bekanntesten Flug der Montgolfiers. In Anwesenheit des Monarchen hob ein reich verzierter prächtiger Ballon von 17 Meter Höhe und zwölf Meter Durchmesser ab. Erstmals waren bei diesem Flug Lebewesen an Bord, ein Hammel, eine Ente und ein Hahn.

Der Flug verlief reibungslos, und so erteilte der Souverän die Erlaubnis zu bemannten Flügen. Noch im selben Jahr brachten die beiden den ersten Menschen in die Luft. Im darauffolgenden Jahr übertrieben sie es aber mit sieben Personen. Niemand kam zu Schaden, aber die überladene Montgolfière konnte sich nur zwölf Minuten in der Luft halten.

Die Brüder sahen ein, dass ihr Heißluftballon, dem ungefähr zeitgleich von Jacques Alexandre César Charles entwickelten, mit Wasserstoff statt mit heißer Luft gefüllten Gasballon unterlegen war, weil man bei Wasserstofffüllung nicht ständig nachfeuern musste. Die beiden Montgolfiers konzentrierten sich auf das Geschäft ihres Vaters. Aber auch auf dem Gebiete der Papierherstellung erwiesen sich die beiden als innovativ. So entwickelten sie in ihrer Fabrik ein Verfahren zur Herstellung von Transparentpapier. Und der fleißige, verbindliche Étienne gründete später die erste Fachschule für Papiermacher. Noch elf Jahre vor seinem älteren Bruder starb Étienne Montgolfier. Im 55. Lebensjahr ereilte ihn am 2. August 1799 der Tod. *Manuel Ruoff*

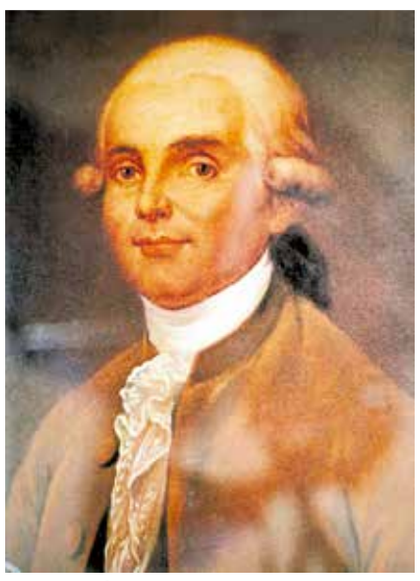


FOTO: WIKIPEDIA

Jacques Étienne Montgolfier

DESERTEURE

Verbrecher, Opfer oder Widerstandskämpfer?

Wie die Alliierten mit Fahnenflüchtigen des Zweiten Weltkrieges damals umgegangen sind und bis heute umgehen. Vor 75 Jahren exekutierte die US-Armee Edward Donald „Eddie“ Slovik

Die Hinrichtung des Soldaten Slovik: Darstellung in dem gleichnamigen Film aus dem Jahre 1974 mit Martin Sheen in der Titelrolle *Foto: ddp images*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Waren jene Wehrmachtssoldaten, die zwischen 1939 und 1945 desertierten und deswegen hingerichtet wurden, Verräter und Feiglinge oder ehrenwerte Kriegsgegner und Widerstandskämpfer? In der Bundesrepublik ist diese Frage nach wie vor umstritten, obwohl der Gesetzgeber 2002 alle Urteile der Militärgerichtsbarkeit des Dritten Reiches gegen Deserteure pauschal aufgehoben hat. Insofern bietet sich ein vergleichender Blick auf die Praxis beim Kriegsgegner an.

Am Morgen des 23. Dezember 1944 fand der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Nordwesteuropa, General of the Army Dwight D. Eisenhower, ein handgeschriebenes Gnadengesuch auf seinem Schreibtisch vor. Sein Absender war Private (Schütze) Edward Donald Slovik von der G-Kompanie des 109. US-Infanterieregiments der 28. Infanteriedivision. Der frühere Kleinkriminelle polnischer Herkunft hatte sich im Gefecht von der Truppe entfernt und danach wiederholt ganz entschieden geweigert, an weiteren Kampfhandlungen teilzunehmen – deswegen war er am 11. November 1944 von einem Militärgericht zum Tode verurteilt worden. Obwohl Eisenhower sehr wohl wusste, dass die letzte Exekution eines US-Soldaten ausschließlich wegen Fahnenflucht inzwischen schon fast 80 Jahre zurücklag, bestätigte er den Hinrichtungsbefehl. Daraufhin wurde Slovik am 31. Januar 1945 erschossen.

Die Härte des Generals resultierte aus der militärischen Lage. Eine Woche nach Beginn der deutschen Ardennenoffensive standen Eisenhowers Truppen extrem unter Druck und erlitten große Verluste. Jetzt Gnade zu zeigen, wäre in seinen Augen fatal für die Moral der kämpfenden Truppe gewesen.

Mehr Glück als Slovik hatten die restlichen 21048 verurteilten US-Deserteure. Zwar verhängte die Militärjustiz der Vereinigten Staaten noch weitere 48 Todesurteile, diese wurden aber nicht vollstreckt und in Zwangsarbeit von mehreren Jahren Dauer bis lebenslänglich umgewandelt.

Abhängigkeit von der Kriegslage

Vor dem Erschießungskommando oder am Galgen endeten hingegen 70 Delinquenten, die zusätzlich zur Fahnenflucht noch weitere schwere Straftaten wie Mord, Vergewaltigung oder Plünderung von Nachschubtransporten für die Front begangen hatten. Einer von ihnen war der 23-jährige Private Werner Schmiedel. Er war Chef der in Italien operierenden und mit der örtlichen Mafia kooperierenden Lane-Gang gewesen, auf deren Konto auch der Raub eines Army-Tresors mit 133000 US-Dollar Bargeld ging.

Der weitgehende Verzicht auf die Exekution von Deserteuren, denen keine weiteren Delikte nachgewiesen werden konnten, resultierte aus der Angst der US-Armee vor der öffentlichen Meinung in der Heimat. Hinrichtungen von Fahnenflüchtigen wären von den Medien aufgegriffen worden und hätten die katastrophalen Zustände in manchen Kampfeinheiten publik werden lassen. Außerdem wollte man dem Kriegsgegner keine propagandistische Munition liefern, schließlich kämpften die GI angeblich überzeugt gegen Hitler statt ans Desertieren zu denken.

Vergleichbares galt für die britischen Streitkräfte, in denen es während des Zweiten Weltkriegs zu etwa 100000 Fällen von Desertion kam. Im Gegensatz zu den USA und dem Ersten Weltkrieg ließ die Gesetzeslage in Großbritannien während des Zweiten Weltkrieges keine Verhängung der Todesstrafe zu, wenn auch hochrangige Truppenkommandeure wie Field Marshal Bernard Montgomery vehement deren Wiedereinführung forderten.

Das alles heißt aber nicht, dass die Westalliierten ihre Fahnenflüchtigen nachsichtig behandelt hätten. Die Urteile ihrer Militärgerichte fielen oftmals höchst ungerecht und überhart aus. So wurde der hochdekorierte 19-jährige Frontsoldat Stephen Weiss von Offizieren ohne jedwede Kampferfahrung oder juristische Kompetenz in einem hanebüchenen Schnellverfahren zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, weil er die erneute Teilnahme an einer militärisch völlig sinnlosen Operation verweigert hatte. Ähnlich symptomatisch ist der Fall von Lieutenant Albert Homcy, der nicht mit eilends zusammengetrommelten Köchen, Bäckern und Offiziersdienern gegen anrückende deutsche Panzer kämpfen wollte und dafür mit 50 Jahren Haft büßen sollte.

Des Weiteren herrschten in den zahlreich vorhandenen Straflagern für Deserteure, wie dem Loire Disciplinary Training Center nahe Le Mans mit seinen 4500 Insassen, verbreitet Zustände ähnlich einem Konzentrationslager. Die Wachmannschaften drangsalierten die Verurteilten dermaßen, dass es zu Todesfällen kam und manche der Aufseher schließlich selbst vor Gericht landeten.

Keine pauschale Rehabilitierung

Der sich gegen Kriegsende abzeichnende Sieg der Alliierten über Deutschland verbesserte in den USA die Situation der verurteilten Fahnenflüchtigen. Nun obsiegte die Meinung der Militärpsychologen, die in den Deserteuren keine „Feiglinge“, sondern „Opfer des Krieges“ sahen und auf die extrem hohen Verluste in manchen Einheiten von bis zu 75 Prozent sowie die oftmals schlechte Menschenführung vonseiten völlig ungeeigneter Offiziere verwiesen. Daraus resultierte eine große Zahl von Begnadigungen ohne Aufhebung der ursprünglichen Urteile.

Im Großbritannien hingegen machte die Militärpolizei noch Jahre nach Kriegsende Jagd auf die rund 40000 Deserteure, die auf der Insel untergetaucht waren und für rund neun Zehntel aller Straftaten dort verantwortlich zeichneten. Allerdings gingen die großangelegten Razzien zumeist aus wie das Hornberger Schießen, weil die Fahnenflüchtigen Rückhalt in der Bevölkerung hatten. Deshalb blieb dem wiedergewählten Premierminister Winston Churchill im Februar 1953 kaum eine andere Wahl, als eine offizielle Amnestie zu verkünden.

Oberflächlich betrachtet steht den schätzungsweise 23000 hingerichteten Deserteuren der Wehrmacht nur der Einzelfall Slovik gegenüber. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, dass auch die Westalliierten äußerst wenig Verständnis für Soldaten zeigten, die das Kämpfen verweigerten, und diese mit dem maximal opportunen Maß an Härte behandelten, solange der Sieg nicht feststand. Hätte die Militärjustiz der Briten und US-Amerikaner nicht Rücksicht auf die öffentliche Meinung nehmen müssen, wäre die Zahl der exekutierten Fahnenflüchtigen vermutlich ähnlich hoch gewesen wie die im Dritten Reich. Wobei Letztere schon wieder geradezu niedrig erscheint, wenn man sie denn mit der Zahl der vollstreckten formellen Todesurteile gegen Deserteure der Roten Armee vergleicht, die um die 150000 liegt. Eine spätere pauschale Rehabilitierung blieb in diesen Fällen ebenso aus wie im Falle der britischen und US-amerikanischen Verurteilungen.

Polens besondere Streitmacht

Welchen völkerrechtlichen Status hatte die Armia Krajowa, die den Warschauer Aufstand unternahm? Ist der AK der Kombattantenstatus zuzubilligen?

VON BJÖRN SCHUMACHER

Am Ende des Warschauer Aufstandes: Übergabeverhandlungen der Armia Krajowa (links) mit deutschen Streit- und Sicherheitskräften Foto: akg images

Polen wurde am 1. September 1939 von der Wehrmacht und am 17. September 1939 von der Roten Armee attackiert. Am 28. September kapitulierte das heftig bombardierte Warschau vor den deutschen Belagerern. Ein deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag bestätigte das (geheime) Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 24. August 1939. Die Gebiete östlich der von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs am 8. Dezember 1919 als Ostgrenze der neugeschaffenen Republik Polen festgelegten Curzon-Linie wurden mit einigen angrenzenden Bezirken von der Sowjetunion, der Rest von Deutschland okkupiert.

Nationalsozialisten und Kommunisten agierten äußerst brutal. Die von der Wehrmacht besetzten Gebiete wurden teils annektiert, darunter die vorher reichsdeutschen Gebiete Westpreußen/Pommerellen, Provinz Posen, Ostoberschlesien und die 1919 unter Völkerbundmandat gestellte „Freie Stadt Danzig“, teils zum „Generalgouvernement“ für die besetzten polnischen Gebiete erklärt. Unter deutscher Besatzung starben nach polnischen Recherchen etwa 5,5 Millionen Menschen, darunter drei Millionen Juden.

Zweifellos befanden sich das Deutsche Reich und die Republik Polen von Anfang an in einer brisanten völkerrechtlichen Gemengelage. Dessen ungeachtet hat Deutschland mit dem Angriff auf Polen mehrere Verträge gebrochen. Dazu gehört das I. Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung von Streitfällen vom 18. Oktober 1907. Dazu gehören ferner ein im schweizerischen Locarno geschlossener deutsch-polnischer Schiedsvertrag vom 16. Oktober 1925 und ein Nichtangriffspakt vom 26. Januar 1935, der sogenannte Piłsudski-Hitler-Pakt. Die Annexion der Freien Stadt Danzig verstieß gegen den Versailler Vertrag, den das Deutsche Reich nach massiven alliierten Drohungen am 28. Juni 1919 unterzeichnet hatte.

Vor allem aber verletzte der Polenfeldzug ein Schlüsseldokument des modernen Friedensvölkerrechts, den Briand-Kellogg-Pakt vom 27. August 1928, in dem sich Deutschland mit anderen Vertragsstaaten auf die Ächtung von Angriffskriegen verständigt hatte. Erlaubt war nur die Teilnahme an Sanktionen des Völkerbunds. Der Briand-Kellogg-Pakt stützte Anklagepunkte im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess von 1945/46.

Kein Untergang 1939

Hitlers Angriffskrieg lässt sich auch nicht mit Demokratiedefiziten der Republik Polen rechtfertigen. Nichtsdestoweniger waren dort Minderheiten, vor allem Deutsche, Russen und Ukrainer, markanten Repressalien ausgesetzt. Unter Marschall und Machthaber Józef Piłsudski entwickelte sich Polen zu einem Militärstaat, dessen Gebietsgewinne auf Waffengängen gegen Litauen und die Sowjetunion beruhten. In Oberschlesien kam es ab 1919 zu Aufständen paramilitärischer Verbände, die in eine umstrittene Aufteilung des Gebiets mündeten. Ostoberschlesien mit seiner Montanindustrie fiel an Polen. Auch das Verhalten der polnischen Regierung in der hektischen Diplomatie des Jahres 1939 beschäftigt die Geschichtsforschung. Eine Mitschuld des Landes am Zweiten Weltkrieg ist Gegenstand kontroverser Debatten (siehe Gerd Schultze-Rhonhof, „Der Krieg, der viele Väter hatte“, und Stefan Scheil, „Fünf plus Zwei“).

Ebenso spannende Fragen ranken sich um die völkerrechtliche Stellung Polens im Zweiten Weltkrieg. War die Zweite Polnische Republik mit der Zerschlagung ihrer Institutionen tatsächlich untergegangen? Lässt sich eine fortlebende polnische Staatlichkeit zumindest für das Generalgouvernement reklamieren? Die Antwort bemisst sich unter anderem nach der Drei-Elemente-Lehre des Staats- und Völkerrechtlers Georg Jellinek (1851–1911). Dieser definierte den modernen Staat als soziales Gebilde mit den Merkmalen Staatsgebiet (von Grenzen umgebenes Territorium), Staatsvolk (dort ansässige Gruppe von Menschen) und Staatsgewalt (tatsächliche Herrschaftsmacht über das Territorium). Eine maßgebende Rolle könnten insoweit die polnische Heimatarmee, der sogenannte Untergrundstaat und die polnische Exilregierung spielen.

Die polnische Heimatarmee, gegründet Ende September 1940 als Służba Zwycięstwu Polski (Dienst für den Sieg Polens), war die größte europäische Widerstandorganisation des Zweiten Weltkriegs. Sie bestand aus Soldaten der zerschlagenen polnischen Armee und weiteren Freiwilligen. Umbenannt in Armia Krajowa (AK, Landesarmee) gehörten ihr 1944 über 350000 Partisanen an. Mit spektakulären Anschlägen und Aufständen agierte die Heimatarmee vor allem im Generalgouvernement. Sie sprengte 40 Eisenbahnbrücken, beschädigte 19000 Waggons und 6900 Lokomotiven, zerstörte 4300 deutsche Militärfahrzeuge, verübte 25000 Sabotageakte in Rüstungsfabriken und setzte 130 Waffen- und Ausrüstungslager sowie 1200 Tankwagen in Brand.

Bei der „Operation Gewitter“ agierte die Heimatarmee auch außerhalb des Generalgouvernements erfolgreich, etwa in Wilna. Ende Juli 1944 eroberten ihre Einheiten das im Russlandfeldzug von der Wehrmacht besetzte galizische Lemberg. Am Warschauer Aufstand im August/September 1944 beteiligten sich 45000 nicht optimal ausgerüstete Kämpfer der Heimatarmee, die vergeblich auf Unterstützung der bis zur Weichsel vorgerückten Rotarmisten hofften, sich letztlich der Wehrmacht ergeben mussten und in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten.

Der polnische Untergrundsstaat

Im mittlerweile komplett von der Roten Armee kontrollierten Polen setzte die Heimatarmee 1945 ihren Widerstand fort – nun gegen das kommunistische Regime. Über 20000 Partisanen wurden von den Kommunisten ermordet. Man darf sie nicht mit jenen zirka 25000 polnischen Offizieren verwechseln, die 1940 unter anderem beim Massaker von Katyn von NKWD-Geheimdienstagenten auf Befehl Stalins ermordet wurden.

Die Heimatarmee war der militärische Arm eines sogenannten Untergrundstaats (Polskie Państwo Podziemne), der über den bewaffneten Widerstand hinaus der Republik Polen eine Art Kontinuität verschaffen sollte. Sein Schwerpunkt lag auf dem Bildungssektor, speziell auf Schul- und Hochschulaktivitäten. Konspirative Ausbildungen fanden unter anderem in Warschau und Krakau, später auch Wilna und Lemberg statt. Zudem etablierte sich ein geheimes Presse- und Sozialfürsorgewesen. Aus dem Ausland flossen Spenden, die von den Okkupanten kaum abgefangen werden konnten. Leitidee des Untergrundstaats war die Überzeugung, die Besetzung Polens mit allen daraus resultierenden institutionellen Konsequenzen sei illegal und eröffne völkerrechtlichen Spielraum für eine parallele, von autochthonen Institutionen getragene polnische Staatlichkeit.

Ranghöchstes Element polnischer Untergrundstaatlichkeit war die Exilregierung. Sie konstituierte sich 1939 in Paris als Nachfolgerin der nach der Kapitulation geflüchteten und in Rumänien internierten (regulären) Regierung. Weil diese den ersten Präsidenten der Exilregierung ernannte, blieb die Kontinuität der Amtsführung im Wesentlichen gewahrt. Im Juni 1940 verließ die Exilregierung das militärisch unterlegene Frankreich und zog in Abstimmung mit dem britischen Premierminister Winston Churchill nach London.

Als „Hauptfeind“ Polens deklarierte die Exilregierung am 18. Dezember 1939 das Deutsche Reich. Dagegen suchte sie, auch auf Drängen Churchills, zeitweise den Ausgleich mit der Sowjetunion. Im Sikorski-Maiski-Abkommen vom 30. Juli 1941 vereinbarten beide Seiten einen Botschafteraustausch und die gemeinsame Fortführung des Kampfes gegen Deutschland. Der endgültige Bruch mit Stalin bahnte sich an, als dessen Urheberschaft am Massaker von Katyn kaum noch zu leugnen war. Zudem erkannte die Exilregierung, dass Stalin die Gebiete östlich der Curzon-Linie auf jeden Fall behalten und auf polnischem Territorium einen kommunistischen Vasallenstaat errichten würde. Im August 1943 schloss sie eine weitere Zusammenarbeit mit der Sowjetunion aus.

Den Kampf für ein freies, unabhängiges Polen gab die Exilregierung bis zum Fall des Eisernen Vorhangs nicht auf. Am 22. Dezember 1990 übergab ihr letzter Präsident, Ryszard Kaczorowski, die Insignien des Präsidentenamtes der Zweiten Polnischen Republik an das neue, demokratisch gewählte Staatsoberhaupt Lech Wałęsa.

Status des Generalgouvernements

Unkompliziert ist die Frage nach dem Fortbestand polnischer Staatlichkeit in den von Deutschland und der Sowjetunion annektierten Gebieten. Sie wurden in neue Herrschaftssysteme integriert, die sogleich eigene Hoheitsmacht entfalteten. Eigene polnische Staatsgewalt gab es hier nicht mehr. Dass die Annexionen gegen Artikel 10 Satz 1 der Satzung des Völkerbunds verstießen, ändert daran nichts. Staatsgewalt ist ein Faktum, das nicht an der Moralität oder Legalität von Herrschaftsstrukturen hängt.

Anders verhält es sich mit dem vom Reich durch eine Währungs- und Zollgrenze getrennten Generalgouvernement. Das völkerrechtliche Prinzip der „Gebietsausschließlichkeit“, das die Anerkennung mehrerer Staatsgewalten auf demselben Territorium verhindern soll, greift hier nicht. Auch wenn der NS-Staat dieses Gebiet zum „Reichsnebenland“ mit deutscher „Raumhoheit“ erklärte, blieb dessen Verwaltung ein Flickenteppich. Eine durchorganisierte deutsche Staatsgewalt gab es nicht. Das Generalgouvernement diente der Versorgung der Wehrmacht und der Vollstreckung des nationalsozialistischen Unterdrückungsprogramms. Das daraus resultierende Machtvakuum nutzten die Heimatarmee und der gesamte polnische Untergrundstaat für ihre Aktivitäten.

Maßgebende Restbestände polnischer Staatlichkeit sind 1939 also nicht untergegangen. Die Anerkennung der polnischen Exilregierung durch diverse Staaten war keineswegs nur ein symbolischer Akt; sie hatte eine völkerrechtliche Grundlage in Gestalt der Drei-Elemente-Lehre. Obendrein lässt sich die Duldung der Exilregierung auf britischem Boden auch damit begründen, dass das Vereinigte Königreich mit Deutschland Krieg führte.

Ebenso konsequent entzogen Großbritannien und die USA der Exilregierung am 6. Juli 1945 die Anerkennung. Der Krieg war vorüber; und in Polen hatte sich eine aus dem „Lubliner Komitee“ geformte kommunistische „Volksrepublik“ mit eigener, wenn auch von Moskau gelenkter Staatsgewalt konstituiert.

● **Björn Schumacher** ist Jurist und Publizist mit den Schwerpunkten Völkerrecht, neuere Geschichte sowie Rechts- und Staatsphilosophie.

Bedrohte syrische Christen: Gottesdienstbesucher nähern sich in der Stadt Qamishli unter bewaffnetem Schutz ihrer Kirche *Foto: imago/Sebastian Backhaus*

SYRIEN-KRIEG UND ASYLKRISE

„Sie lernen erlogene Sätze auswendig, um ein Visum zu bekommen“

Der Direktor der französischen Hilfsorganisation „SOS Chrétiens d‘Orient“, Benjamin Blanchard, bringt Licht ins Dunkel von Legenden, Propaganda und Blendwerk rund um den Syrien-Konflikt

VON EVA MICHELS

Die Kriege in Syrien und im Irak haben die christliche Minderheit stark dezimiert. *PAZ*-Korrespondentin Eva Michels sprach in Paris mit Benjamin Blanchard, dem Direktor der französischen Hilfsorganisation „SOS Chrétiens d‘Orient“, über die Lage und die Aussichten der orientalischen Christen, über eine verlogene Asylpolitik und die Hoffnung in der Region auf Frieden.

PAZ: *Was können Sie mir zur aktuellen Lage in Syrien und im Irak, insbesondere in Bezug auf die Christen erzählen?*

Benjamin Blanchard: Grundsätzlich ist die Situation heute sowohl im Irak als auch in Syrien wesentlich besser als 2012 bis 2015. Seit dem Abzug der Amerikaner wird nur noch im Nordosten und Nordwesten Syriens gekämpft.

PAZ: *Offiziell ist der Islamische Staat (IS) besiegt. Bleibt seine Ideologie in der sunnitischen Bevölkerung verankert, oder war er ein ausländischer Export?*

Blanchard: Die Ausbreitung von Wahhabismus, Salafismus, Muslimbruderschaft findet schon seit Langem statt. Unter dem ehemaligen syrischen Präsidenten Hafiz al-Assad wurden unglaublich viele Moscheen gebaut. Es war seine Art, sozialen Frieden zu erkaufen. Unter dem aktuellen Präsidenten wurden die Medien liberalisiert. Heute kann jeder al-Jazeera oder al-Arabija empfangen, die diese Ideologien verbreiten. Doch während die radikalsten Syrer heute unter den sieben Millionen Flüchtlingen im Ausland zu finden sind, sind sie im Irak im Landesinneren. Es gibt dort keinen funktionierenden Zentralstaat mehr. Die Organisation des IS kam mehrheitlich aus dem Ausland.

PAZ: *Was können Sie zu den syrischen Kurden sagen?*

Blanchard: Die YPG (Volksverteidigungseinheiten) sind der militärische Arm der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die von Abdullah Öcalan geleitet wird und in Europa als terroristische Vereinigung gilt. Sie ist eine terroristisch-separatistische, marxistisch-leninistische Gruppierung, die man der westlichen Öffentlichkeit als Demokratische Kräfte Syriens (DKS, Syrian Democratic Forces, SDF, QSD) verkauft.

PAZ: *Was sind die Ziele der YPG-PKK?*

Blanchard: Die YPG-PKK will nicht komplett unabhängig werden, weil sie sonst von den Türken plattgemacht wird. Sie führte vor den Augen Frankreichs und der USA, ihrer Schutzmächte, ethnische Säuberungen an den Arabern und den Christen, hauptsächlich nicht arabischsprachigen Armeniern, Syrisch-Orthodoxen und Chaldäern, durch und versucht nun, die Bevölkerungsmehrheit zu stellen. Ursprünglich waren nur 30 Prozent der Bevölkerung im Norden Syriens Kurden.

PAZ: *Sind die Kurden nicht ein wichtiger Verbündeter gegen den IS?*

Blanchard: Gegen die Islamisten kämpfte die YPG-PKK-DKS tapfer, insbesondere in der Schlacht von Aïn al-Arab, auf Kurdisch Kobané, und an einigen anderen Orten. Wenn der IS Christen angriff, wie im Khabbour-Tal, ließen sie ihn jedoch weitestgehend gewähren.

PAZ: *Welche Konsequenzen hat jetzt die türkische Offensive für Syrien?*

Blanchard: Durch die amerikanische Anwesenheit wurde der Konflikt im Nordosten eingefroren. Nun hat der Abzug eine Kettenreaktion ausgelöst: Die Türkei geht massiv gegen die YPG-PKK-DKS vor, die sich nun wieder der syrischen Regierung zuwendet. Diese hat bisher den Kurden den Schutz verweigert wegen des Verrats 2013. Nun bittet Assad die Russen um Vermittlung.

PAZ: *Will Erdogan nur die PKK zerstören, oder will er auch die Christen verjagen?*

Blanchard: Die Türkei verfolgt mehrere Ziele. Erstens die Entwaffnung der kurdischen Milizen, das zweite Ziel ist die Schaffung einer Zone unter türkischer Kontrolle zur Ansiedlung der 3,5 Millionen syrischen Flüchtlinge, die gegenwärtig auf türkischem Boden sind. Die Christen, die vor allem in den Städten Hassaké, Qamishli und Malkieh leben, sind von der türkischen Offensive bisher kaum betroffen. In keiner Region Syriens ging ihre Anzahl seit 2011 stärker zurück, doch dies ist vor allem der Kurdisierungspolitik der YPG-PKK geschuldet, die für die meisten Christen unerträglich war.

Erdogan benutzt Dschihadisten als Infanterie. Diese Hilfstruppen kämpfen in Syrien seit 2012 innerhalb von den Muslimbrüdern nahestehenden Gruppen, die nicht nur von der Türkei und Katar unterstützt werden, sondern bis vor Kurzem auch von den USA und mehreren westlichen Staaten, insbesondere Frankreich unter François Hollande. Noch heute gewähren die USA den Weißhelmen, dem humanitären Ableger von al-Nusra, dem syrischen Ableger von al-Kaida, Hilfen in Höhe von 4,5 Millionen US-Dollar.

PAZ: *Wird sich die Türkei aus Nordsyrien zurückziehen oder dort langfristig bleiben?*

Blanchard: Der syrische Präsident Baschar al-Assad versichert, dass er das gesamte Land zurückerobern werde. Der russische Präsident hat kürzlich bekräftigt, dass Russland die Souveränität und die territoriale Unversehrtheit der Syrischen Republik anstrebe.

PAZ: *Es besteht also Hoffnung, dass der Krieg in Syrien zu Ende geht?*

Blanchard: Ja, er scheint langsam seinem Ende entgegenzugehen.

PAZ: *Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen den syrischen Christen und der Hisbollah? Im Libanon unterstützt ja ein Teil der Christen die Hisbollah aktiv.*

Blanchard: Die Hisbollah hat viele christliche Dörfer befreit. Deshalb sind ihr die Christen in Syrien, wo es weniger als ein Prozent Schiiten gibt, dankbar. Im Irak sind 60 Prozent Schiiten. Sobald die Hisbollah dort ein Dorf einnimmt, errichtet sie eine Moschee, eröffnet Büros der Schiitenpartei, Koranschulen. Aus der schiitischen Großstadt Basra ziehen die Christen weg. Sie sind zwar keiner Gewalt ausgesetzt, können aber nicht arbeiten.

PAZ: *Ist die syrische Revolution Ihrer Meinung nach etwas, das aus dem Ausland importiert wurde, oder gab es eine echte Unzufriedenheit im Lande?*

Blanchard: In Syrien gab es sicherlich große soziale Veränderungen, denn das Land erlebte in den letzten zehn Jahren unter Assad ein starkes Wirtschaftswachstum, private Unternehmen und Banken wurden zugelassen. Das Bildungsniveau war sehr hoch, und die Medien wurden liberalisiert. Doch natürlich gab es auch Verlierer. Diese Menschen waren für radikale Ideen empfänglich.

Doch auch die Allianzen Syriens spielten eine Rolle. Syrien war mit der Türkei und Katar verbunden. Die königliche katarische Familie verbrachte ihre Ferien in Syrien, und sie investierte viel Geld. Vielleicht gab es Abkommen, dass Katar als Gegenleistung für die Investitionen Imame in die Moscheen senden durfte.

Die Revolution wurde von langer Hand vorbereitet: Sehr viele Waffen gelangten in den Jahren vor dem Krieg nach Syrien, obwohl Partei und Bevölkerung von sechs Geheimdiensten sehr streng überwacht wurden. Neben der Versuchung des schnellen Geldes durch Schmuggel muss eine Unterwanderung der Geheimdienste und von Assads Baath-Partei durch Muslimbrüder und Salafisten ursächlich sein, damit Kriegswaffen ins Land gelangen konnten. Geheimdienste und Partei sind repräsentativ für die Gesellschaft, die zu 80 Prozent aus Sunniten besteht. Die Obersten sind zwar eher Alawiten, aber die lokalen Chefs und Mitarbeiter sind Sunniten. Die Tatsache, dass die Aufstände immer in Grenznähe begannen, beweist die Auslandsverbindung der Rebellen.

PAZ: *Assad muss aber eine gewisse Beliebtheit im Lande genießen, wenn er nach all den Jahren immer noch an der Macht ist.*

Blanchard: Assad war nicht schwach, sondern hatte die Unterstützung eines Teils der Bevölkerung. Es gelang ihm, den Aufstand extrem brutal niederzuschlagen und zugleich durch geschickte Verhandlungen seine internationalen Allianzen mit Russland und dem Iran zu festigen. Ohne diese Allianzen hätte die syrische Regierung mit Sicherheit den Krieg verloren. Zudem gibt es in Syrien einen richtigen, funktionierenden Staat. Selbst während des Krieges liefen zum Beispiel die Müllabfuhr, die Elektrizitätswerke – auch wenn es insgesamt wenig Elektrizität gab – und die Schulen normal weiter. Sogar in den Zonen des IS wurden die Lehrer weiterbezahlt und unterrichteten. Diese Verwaltungsstruktur hat dazu beigetragen, dass der Staat den Krieg überlebte.

PAZ: *Glauben Sie an die Rückkehr der Flüchtlinge nach Syrien und in den Irak?*

Blanchard: Die 1,5 Millionen Syrer im Libanon müssen zurückkehren, weil sie den Libanon destabilisieren. Die Regierung ist darüber wahrscheinlich nicht glücklich, aber es sind Syrer. Ob diejenigen, die in der Türkei sind, wiederkommen, weiß ich nicht. Die Türkei ist zufrieden mit der aktuellen Situation. Die Flüchtlinge sind eine starke Wechselwährung. Sie fordern Geld und können sie nach Europa losschicken, wenn es ihnen passt, und dort Panik verbreiten. Diejenigen, die in Europa sind, werden nie wieder heimkehren. Für die Iraker sieht es etwas anders aus: In den meisten Fällen sind sie schon zu lange vertrieben, um zurückzukehren. Eventuell werden diejenigen, die aus mehrheitlich christlichen Städten wie Karaqosh kommen, zurückkehren. Doch wenn sie aus Mossul stammen, wo die Christen zehn Prozent der Bevölkerung ausmachten, kehren sie nicht zurück. Sie haben Angst und keine Zukunft. Es waren ihre Nachbarn, die sie vertrieben.

PAZ: *War es grundsätzlich eine gute, humanitäre Idee, die Flüchtlinge nach Europa zu holen?*

Blanchard: Es ist falsch, anlässlich der großen Einwanderungswelle 2015 von syrischen Flüchtlingen zu sprechen. Sie kamen aus der Türkei, wo sie seit mehreren Jahren im Frieden und ohne Gefahren lebten, oder aus Damaskus, Tartus oder Latakia, das heißt aus Gegenden, die kaum vom Krieg betroffen waren. Ich habe viele Familien gefragt, warum nur Männer kommen. Sie antworteten alle, dass sie als Familie nicht das Risiko einer Überfahrt über das Mittelmeer eingehen würden. Weil es aufgrund der Wirtschaftssanktionen in Syrien aber keine Arbeit und damit kein Geld mehr gibt, ziehen die Männer alleine los, während ihre Familien in Syrien in Sicherheit sind.

PAZ: *Müssten die europäischen Staaten ihre Asylpolitik ändern?*

Blanchard: Unsere Kriterien für die Aufnahme von Flüchtlingen beruhen auf Lügen. Die offiziellen Reden bei Asylanträgen sind genau das Gegenteil der Realität. Im Irak sind viele Syrer, die Syrien aus wirtschaftlichen Gründen verlassen haben und nun Visa für Australien und so weiter beantragen. Wir kennen die Dörfer, aus denen diese Syrer kommen. Sie lernen erlogene Sätze auswendig, die ihnen beigebracht werden und mit denen sie ihre Chancen auf ein Visum erhöhen. Nicht der IS verfolgt sie demnach, sondern die Alawiten – selbst wenn sie aus Gegenden kommen, in denen es absolut keine Alawiten gibt. Ich habe Menschen aus Mharde gesehen, einer 100-prozentig christlichen Stadt, in der die Mädchen bis nachts drei Uhr im Minirock herumlaufen und Alkohol trinken, die erklärten, dass sie nach 20 Uhr nicht mehr vor die Haustür gehen könnten, weil die Alawiten sie verfolgten. Unglaublich, denn bei den Alawiten ist donnerstags und freitags Nacht immer bis drei Uhr Party.

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung | Gegründet 1950 | Nr. 1 · 3. Januar 2020

SCHWIERIGE HAUSHALTSLAGE

Allenstein schlägt strikten Sparkurs ein

Einschnitte und Kürzungen in sämtlichen Bereichen – Familien sind besonders betroffen

VON DAWID KAZANSKI

Rathaus in Allenstein: Beamte und Mitarbeiter der untergeordneten Behörden könnten ihre Stellen verlieren. *Foto: D.K.*

Bei den Neujahrsvorsätzen und Investitionsplanungen für das kommende Jahr sind die polnischen Kommunen sehr zurückhaltend. Wegen der Regierungspolitik, die unter anderem die Herabsenkung der Einkommenssteuer um ein Prozent versprach, verringern sich die Einnahmen der Städte und Gemeinden. Die finanzielle Situation der Kommunen verschlechtert sich überdies aufgrund hoher Aufwendungen für die Bildung.

Mit dem Lehrerstreik im April vergangenen Jahres haben sich die Pädagogen Zuschläge erkämpft, die das Bildungsministerium aber nicht bezahölen will. Per Gesetz wurden diese finanziellen Verpflichtungen den Städten und Gemeinden auferlegt. Die polnischen städtischen Selbstverwaltungen planen deshalb im kommenden Jahr tiefe Einschnitte bei den kommunalen Leistungen.

Auch in Allenstein sind Kürzungen im Haushaltsplan vorgesehen. 2020 wird unter anderem die Kinderbetreuung teurer, da die Zuwendungen für Kinderkrippen und -gärten gekürzt werden. Dagegen haben Eltern von Kleinkindern mehrfach vor dem Rathaus protestiert. Aus Geldmangel haben die Stadtbehörden entschieden, den Ausbau des Straßennetzes aufzuschieben. Das Projekt, infolgedessen ein neues Gleisbett gebaut und zwei weitere Straßenbahnlinien errichtet werden sollten, kommt nicht zustande.

Wegen der Sparmaßnahmen wird in fast allen Bereichen gestrichen und reduziert. Im Rahmen der Haushaltseinsparungen verlieren beispielsweise die Allensteiner Schüler die Möglichkeit, Sportunterricht im Schwimmbad zu erhalten. Ausflüge ins Kino oder in die Philharmonie für die schulische Jugend werden nicht mehr bezuschusst. Gleichzeitig sind ab Januar die Stromkosten sowie die Gebühren für die Müllabfuhr gestiegen, wovon jeder Stadtbewohner betroffen ist und deshalb tiefer in die Tasche greifen muss. Fast jede Woche gibt es Informationen über weitere Einsparungen des Rathauses in Allenstein. Die Stadt ist gezwungen, einen strikten Sparkurs einzuschlagen.

Kindergartenzulage gekürzt

Beispielsweise wurde bekannt, dass die Behörde, die für Straßenverwaltung, öffentlichen Nahverkehr und Grünanlagenpflege zuständig ist, umgerechnet gut 2,4 Millionen Euro weniger für Straßenreparaturen und -wartungen erhalten wird. Auch den Bildungseinrichtungen stehen nach dem neuen Finanzplan weniger Gelder für Reparaturen zur Verfügung. Die Beschränkungen beziehen sich auch auf die Ausgaben für Geschäftsreisen, Aus- und Weiterbildung, Werbeaktivitäten, Wirtschaftsförderung, Bürgerbildung von Kindern und Jugendlichen oder kostenfreie Impfungen für Senioren.

Da man in der Stadtkasse mit jedem Pfenning rechnen muss, leistet die Stadt auch keinen finanziellen Beitrag mehr zum polenweit populären Studentenfest in Kortau. Darüber hinaus fehlen die Mittel für Zuschüsse, die zur Verschönerung von Allenstein beitragen. Deswegen müssen die Bewohner der alten Vorkriegshäuser weiter in unrenovierten Häusern leben.

Wie sich herausstellte, wird nicht nur bei kommunalen Investitionen, sondern auch im Rathaus selbst nach Einsparungsmöglichkeiten gesucht. Alles deutet darauf hin, dass einige der Angestellten ihre Stellen verlieren könnten. Der Grund dafür ist die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns, die den geschrumpften Haushalt zusätzlich belasten würde. „Wir suchen in vielen Bereichen nach Einsparungen. Einer davon ist auch die Frage der Einstellung bei der Stadtverwaltung und die Anzahl der Beamtenstellen in den untergeordneten Behörden. Im Rathaus selbst werden wir 30 vakante Stellen nicht neu besetzen. Für ausscheidende Mitarbeiter, die in den Ruhestand gehen, suchen wir keine Nachfolger“, sagte die Sprecherin des Rathauses, Marta Bartoszewicz.

● MELDUNGEN

Die Bahn wird schneller

Allenstein – Die Polnische Staatsbahn (PKP) soll künftig schneller, sicherer und sehr komfortabel werden. Sie stellte kürzlich ihre diesbezüglichen Pläne vor. Ende Dezember trat der neue Fahrplan in Kraft. Das bedeutet auch die Inbetriebnahme zweier modernisierter Strecken, von Allenstein nach Soldau und von Ortelsburg nach Lyck. In wenigen Monaten werden dort die Züge schneller fahren. Ziel ist, dass sich die Fahrt von Allenstein nach Soldau von 67 auf 59 Minuten verkürzt, und für die Strecke von Allenstein über Ortelsburg nach Lyck sollen die Züge nicht mehr drei Stunden und 36 Minuten benötigen, sondern ihr Ziel in zwei Stunden und 25 Minuten erreichen. In diesem Jahr wird darüber hinaus die Modernisierung und Elektrifizierung des Abschnittes Lötzen–Lyck erfolgen. *PAZ*

E-Visum erfolgreich

Königsberg – Seit dem 1. Juli 2019 gibt es die Möglichkeit, ein elektronisches Visum für Reisen bis zu acht Tagen ins Königsberger Gebiet zu erhalten. Laut der Hamburger Reiseagentur „Russland Reisen Romanova“ sind die bisherigen Erfahrungen positiv. Die Beantragung dauert nur fünf Minuten. Wichtig ist, dass das Formular fehlerfrei ausgefüllt wird, da sonst die Visumerteilung verweigert wird. Neben einem mindestens noch sechs Monate gültigen Pass ist der Nachweis einer Auslandskrankenversicherung zwingend erforderlich. Das elekronische Visum wird an 16 Grenzübergängen des Königsberger Gebiets anerkannt. Wichtig ist, dass man an dem Grenzpunkt wieder ausreisen muss, über den man eingereist ist. Für die grenznahen Sonderzonen müssen vor Ort Zusatzgenehmigungen eingeholt werden. Unter „www.electronic-visa.kdmid.ru“ kann das E-Visum beantragt werden. *MRK*

FESTIVAL AUF DEM KNEIPHOF

Ein Wochenende im Zeichen des Bernsteins

Dreitägiges Bernsteinwochenende neben dem Königsberger Dom lockte zahlreiche Besucher an

Erstmals hat auf dem Kneiphof, der auch Kant-Insel genannt wird, ein dreitägiges „Bernsteinwochenende“ stattgefunden. Gefördert wurde die Veranstaltung vom russischen Ministerium für Industrie und Handel sowie von den örtlichen Bernstein-Verbänden.

Der Ort wurde nicht zufällig ausgewählt, denn der Kneiphof liegt mitten im Stadtzentrum und ist ein beliebter Ort, an dem die Städter ihre Freizeit mit Spaziergängen und Ähnlichem verbringen. Teilnehmer des Bernstein-Wochenendes waren unter anderem örtliche Meister und Künstler der Bernsteinverarbeitung, die ihre Erzeugnisse vorstellten. Während des Fests luden viele Arbeitsgruppen die Besucher zur Teilnahme ein.

Bernstein war die Hauptattraktion des Festivals, jedoch gab es neben dem beliebten Schmuckstein noch Stände mit einem vielfältigen kulinarischen Angebot, durch das sich die Besucher mit Begeisterung hindurchprobierten. Drei Tage lang traten die besten Musikgruppen Königsbergs auf der Insel auf, und für die Unterhaltung der Kinder sorgten Animateure.

Königsberger Dom als Kulisse für das Bernsteinfestival *Foto: J.T.*.

Auf der Hauptbühne mit dem symbolischen Namen „Bernstein-Feier“ traten Diskjockeys von Königsberger Klubs auf, eine von Folklorestudios des Königsberger Gebiets gemeinsam zusammengestellte Gruppe sowie zahlreiche Gesangsgruppen zeigten ihr Können. Für die Besucher, die mit der ganzen Familie gekommen waren, gab es einen eigenen Teil mit der Bezeichnung „Familieninsel“, in dem verschiedene Wettbewerbe stattfanden.

Auf der sogenannten Sportinsel trafen sich viele Menschen. Die Festivalgäste freuten sich über die Vorführungen von Athleten und Capoeira-Meistern, Straßen-Ballspiele und eine neue Art des Straßenfußballs mit Mini-Toren, dem „Panna-Fußball“. Wer wollte, konnte an Wettläufen, Armdrücken und Langhantelturnieren teilnehmen. Unter der Anleitung von erfahrenen Trainern konnten diejenigen mit besonderem Bewegungsdrang an einem Zumba-Tanztraining teilnehmen.

Erwähnenswert ist, dass die professionellen Bernsteinverarbeiter jedes Jahr in Rauschen ein großes internationales Bernsteinforum veranstalten. Im vergangenen Sommer hatten sie in Königsberg eine große internationale Bernsteinwoche organisiert. Diese Aktivitäten sind Teil der Umsetzung der Strategie für die Entwicklung der Bernsteinindustrie, die zuvor von der russischen Regierung genehmigt worden war.

Das Bernsteinwochenende soll zukünftig regelmäßig stattfinden und wird vermutlich in jährlichem Rhythmus durchgeführt. Auf diese Weise ist Königsberg in der Zwischensaison um eine beliebte Veranstaltung reicher. *Jurij Tschernyschew*

Wir gratulieren …

Beliebter Wintersport Hervorragende Windverhältnisse und ein Gästeheim sorgten für ideale Bedingungen für die Eissegelregatta auf dem Schwenzaitsee vor dem Waldhaus Jägerhöhe bei Angerburg *Foto: Archiv PAZ*

ZUM 100. GEBURTSTAG

Schmidt, **Elli**, geb. **Luick**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 4. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bauer, **Gertrud**, geb. **Kupiczenski**, aus Lyck, Von-Mackensen-Straße 2, am 7. Januar
Kunert, **Rosemarie**, geb. **Maeckelburg**, aus Treuburg, am 3. Januar
Richardt, **Johanna**, geb. **Berger**, aus Wehlau, am 3. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Borowy, **Gertrud**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 6. Januar
Eckstein, **Hildegard**, geb. **Jopp**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 9. Januar
Plath, **Anni**, geb. **König**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 5. Januar
Rogowski, **Erna**, geb. **Joswig**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 7. Januar
Walleit, **Anneliese**, geb. **Just**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 3. Januar
Wiegmann, **Hildegard**, geb. **Szesny**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 4. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Deinas, **Margot**, aus Sassenau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Januar
Hedrich, **Margarete**, geb. **Lutz**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 4. Januar
Höppner, **Ilse**, geb. **Tobleck**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 6. Januar
Kugge, **Gertrud**, geb. **Scharnowski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Januar
Mühlfellner, **Edith**, geb. **Broszeit**, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 4. Januar
Salecker, **Kurt**, aus Ebenrode, am 7. Januar

ANZEIGE

Reisen nach Ebenrode, Schloßberg, Gumbinnen, Königsberg, Heilsberg, Allenstein, Lyck, Sensburg
SCHEER-REISEN.de
Tel. 0202 500077 · info@scheer-reisen.de

ZUM 96. GEBURTSTAG

Breitbarth, **Eva**, geb. **Jung**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. Januar
Schneider, **Johanna**, geb. **Ulrich**, aus Wehlau, am 6. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Baus, Liesbeth, aus Lissau, Kreis Lyck, am 3. Januar
Gründler, Edith, geb. **Scherello,** aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 5. Januar
Malunat, **Hannelore**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 8. Januar
Schimanski, **Herbert**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 5. Januar
Schönlein, **Herta**, geb. **Hornberger**, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 1. Januar
Tulowitzki, **Waltraut**, geb. **Radeck**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 9. Januar
Watzkat, **Heinz**, aus Rossitten, Kreis Fischhausen, am 5. Januar
Weber, **Otto**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 9. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brodowski, **Herta**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 3. Januar
Czarnetzki, **Erich**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 4. Januar
Dolassek, **Helga**, geb. **Hendriog**, aus Lötzen, am 3. Januar
Hinz, **Dora**, geb. **Hebmüller**, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 4. Januar
Klimach, **Ulrich**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 7. Januar
Klotz, **Elisabeth**, geb. **Schimanski**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 6. Januar
Luthi, **Vera**, geb. **Tramowsky**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 7. Januar
Pitschke, **Elisabeth**, aus Königsberg, am 8. Januar
Rossa, **Erna**, geb. **Kensy**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 2. Januar
Stegebert, **Christel**, geb. **Vogel**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 5. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Cordes, **Martha**, geb. **Klecz**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar
Dubberstein, Hildegard, geb. Schetzko, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 4. Januar
Gollnow, **Eleonore**, geb. **Machnik**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 3. Januar
Leferink, **Herta**, geb. **Mann**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 5. Januar
Orlowski, **Helmut**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 8. Januar
Rottmann, **Liesbeth**, geb. **Wolff**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 5. Januar
Schrick, **Elisabeth**, geb. **Bahlo**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 9. Januar
Thierbach, **Claus**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 3. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gothan, **Eva-Charlotte**, geb. **Matheuszik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Januar
Kaden, **Erika**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 8. Januar
Kiel, **Otto**, aus Lyck, am 7. Januar
Krüger, Helmut, aus Gollen, Kreis Lyck, am 5. Januar
Nurnus, **Werner**, aus Vielbrücken, Kreis Elchniederung, am 9. Januar
Rundt, **Hanne-Lore**, geb. **Radzio**, aus Lyck, Danziger Straße 31, am 8. Januar
Storch, **Detlev**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 5. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bartholdt, **Ruth**, geb. **Wonitzki**, aus Ortelsburg, am 9. Januar

Fleischer, **Ingeborg**, geb. **Marr**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 8. Januar
Glitza, **Ewald**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 3. Januar
Godzieba, **Erna**, geb. **Bendel**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 4. Januar
Gruler, **Hildegard**, geb. **Balzereit**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 6. Januar
Hüttmann, **Christel**, geb. **Malso**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 9. Januar
Malkus, **Siegfried**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 4. Januar
Merzenich, **Gretel**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 9. Januar
Nickel, **Dagmar**, aus Lyck, Lycker Garten 3, am 3. Januar
Piasta, **Eva**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 6. Januar
Pock, **Ruth**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 8. Januar
Stiegele, **Inge**, geb. **Sack**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar
Wascheszio, **Werner**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Januar
Witt, **Helmut**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 7. Januar
Wüstholz, **Christel**, geb. **Balzereit**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 6. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bolscho, **Willi**, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Januar
Frank, **Lydia**, geb. **Rostek**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 7. Januar
Hentschel, **Christel**, geb. **Peter**, aus Wehlau, am 9. Januar
Hergoss, **Irmgard**, geb. **Klaaß**, aus Fischhausen, am 5. Januar
Hipler, **Bruno**, aus Klinken, Kreis Treuburg, am 3. Januar
Jubelt, **Ruth**, geb. **Krüger**, aus Schuchten, Kreis Treuburg, am 5. Januar
Jung, **Eva**, geb. **Jelling**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 7. Januar
Reeve, **Robert**, aus Bristol, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 8. Januar
Trost, **Heinrich**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 4. Januar
Weber, **Heinz**, aus Treuburg, am 7. Januar
Weichert, **Ruth**, geb. **Scharfschwerdt**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 9. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Andersen, **Hannelore**, geb. **Köllner**, aus Wehlau, am 4. Januar
Besken, **Ruth**, geb. **Seelow**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar
Bieder, **Horst**, aus **Trammen**, Kreis Elchniederung, am 9. Januar
Fiks, Gerhard, aus Neidenburg, am 5. Januar
Fricke, **Brunhild**, geb. **Mazannek**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 7. Januar
Gerdey, **Doris**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 7. Januar
Harwardt, **Herta**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 7. Januar
Hilbrig, **Gertrud**, geb. **Kuschewitz**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 4. Januar
Kenzler, **Sieglinde**, geb. **Liedke**, aus Wehlau, am 7. Januar
Klein, **Ingrid**, geb. **Pretorius**, aus Antonsdorf, Kreis Lötzen, am 4. Januar
Kubitz, **Gisela**, geb. **Worgull**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Januar
Lenski, **Dietrich**, Vorf. aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar
Nikulski, Wally, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 4. Januar
Oberpichler, **Erhard**, aus Schurfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 7. Januar
Osygus, **Margarete**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 6. Januar
Pareigat, **Dieter**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 7. Januar
Paukstat, **Helmut**, aus Klein Warnau, Kreis Lötzen, am 4. Januar
Schulz, **Waltraut**, geb. **Chmielewski**, aus Gingen, Kreis Lyck, am 5. Januar
Tiburski, **Hildegard**, geb. **Bertsch**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 8. Januar
Wedler, **Harry**, aus Gilgenfeld, Kreis Elchniederung, am 7. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Battermann, **Brigitta**, geb. **Schemionek**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 5. Januar
Bednarski, **Werner**, aus Neidenburg, am 9. Januar
Breuer, **Hannelore**, geb. **Gieseck**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Januar
Dudek, **Gretel**, geb. **Preuss**, aus Laptau, Kreis Fischhausen, am 4. Januar
Enke, **Christa**, geb. **Pettkus**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 3. Januar
Fuchs, **Renate**, geb. **Glang**, aus Pa-terswalde, Kreis Wehlau, am 6. Januar
Heims, **Fritz**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 8. Januar
Jurklies, **Lothar**, aus Allgau, Kreis Elchniederung, am 8. Januar
Kelch, **Helmut**, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 4. Januar
Knitschke, **Christel**, geb. **Lindthaler**, aus Ebenrode, am 5. Januar
Lemke, **Siegmar**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 4. Januar
Luig, **Christel**, geb. **Marquardt**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 9. Januar
Mehl, **Inge**, geb. **Bufe**, aus Treuburg, am 9. Januar
Meschkat, **Dieter**, aus Kleinheidenstein, Kreis Elchniederung, am 9. Januar
Seggebruch, **Dorothea**, geb. Neumann, aus Nautzken, Kreis Labiau, am 6. Januar
Taday, **Irmgard**, geb. **Korinth**, aus Waplitz, Kreis Ortelsburg, am 4. Januar
Timpe, **Rosemarie**, geb. **Wisboreit**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 9. Januar
Wolter, **Ingrid**, geb. Myska, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Lasarzik, **Wolfgang**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 8. Januar
Puhlmann, **Rena**, geb. **Szengel**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 7. Januar
Riek, **Regine**, geb. **Remmers**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 7. Januar
Thomasser, **Ingrid**, geb. Hagmüller, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 5. Januar

Hinweis

Alle auf den „Heimat"-Seiten abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch auf der Internet-Seite der PAZ veröffentlicht: www.preussische-allgemeine.de.

ANZEIGE

PARTNER-REISEN
Grund-Touristik GmbH & Co. KG

Fährverbindungen Kiel – Klaipeda
Flugreisen nach Königsberg ab vielen deutschen Flughäfen mit Umstieg in Warschau
Zusammenstellung individueller Flug-, oder Schiffsreisen nach Ostpreußen für Einzelpersonen und Kleingruppen nach Ihren Wünschen!

Gruppenreisen nach Osten 2020
- 20.05.-28.05.: Flugreise nach Ostpreußen mit Dieter Wenskat
- 27.05.-03.06.: Busreise nach Königsberg
- 26.05.-05.06.: Heiligenbeiler Busreise mit Dietrich Mattern
- 27.05.-03.06.: Busreise nach Gumbinnen – Gumbinner zeigen Gumbinnen (Stadtfest)
- 19.06.-28.06.: Bus- und Schiffsreise Gumbinnen und Riga
- 19.06.-28.06.: Bus- und Schiffsreise Königsberg und Riga
- 19.06.-28.06.: Bus- und Schiffsreise Elchniederung, Kurische Nehrung und Mittsommernacht in Riga mit Peter Westphal
- 31.07.-09.08: Sommerreise Gumbinnen und Königsberg
- 31.07.-09.08.: Landschafts- und Naturexkursion nach Ostpreußen mit Hubert Geiger und Peter Westphal
- 18.08.-29.08.: Bus- und Schiffsreise nach Ostpreußen mit Dieter Wenskat

Flugreisen – Ostpreußen in kleiner Gruppe erleben (mind. 4 – max. 16 Personen)
Termine: 24.04. / 12.06. / 10.07. / 14.08. / 04.09.
- Flugreisen nach Königsberg – 5 Tage
- Flugreisen nach Königsberg und Danzig – 8 Tage
- Flugreisen nach Königsberg und Nidden – Kurische Nehrung – 11 Tage

Gruppenreisen 2020 – jetzt planen
Sie möchten mit Ihrer Kreisgemeinschaft, Ihrem Kirchspiel, Ihrer Schulklasse oder dem Freundeskreis reisen? Gerne unterbreiten wir Ihnen ein maßgeschneidertes Angebot nach Ihren Wünschen. Preiswert und kompetent. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.
– Fordern Sie bitte unseren ausführlichen kostenlosen Prospekt an. –

Everner Str. 41, 31275 Lehrte, Tel. 05132/588940, Fax 05132/825585, E-Mail: Info@Partner-Reisen.com

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel. (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de
Geschäftsstelle: Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, Tel. (089) 517826, Fax (0821) 3451425, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Hof traf sich zum monatlichen Beisammensein im Restaurant „Altdeutsche Bierstube."

Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Mitglieder und Gäste und freute sich über die voll besetzten Tische. Nach dem geistlichen Wort von Bernd Hüttner, der sich der Geschichte des Nikolaus' von Myra widmete, gestaltete die ostpreußische Volkstanzgruppe den Nachmittag mit einem bunten Programm. Zum Thema „Nikolaus" waren Gedichte und Geschichten zu hören. Ein Lied und eine Reihe von Tänzen rundeten das Programm ab. Besonders beeindruckte die Gäste der Lichtertanz zu der bekannten Melodie „Lasst uns froh und munter sein".

In seiner Ansprache führte Christian Joachim seine Zuhörer zurück in die Weihnachtszeit vor 75 Jahren. Der Krieg war in vollem Gange. Während im Westen erbittert gekämpft wurde, herrschte im Osten Weihnachtsruhe. Die Bauern waren auf ihre Höfe zurückgekehrt, nachdem die Rote Armee zurückgedrängt worden war. Schlittschuhläufer glitten über das Frische Haff, über das sich wenige Wochen später die Flüchtlingstrecks schleppen sollten. Jedoch ließ sich der Gedanke, dass dies alles ein letztes Mal sein könnte, nicht verdrängen.

Als Fazit zog der Vorsitzende folgenden Schluss: Weihnachten 1944 stand unter dem Motto „Innehalten und Abschied", Weihnachten 1945 bedeutete „Innehalten und Ankommen".

In diesem Sinne wünschte er allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2020. Zum Schluss verteilte Hannelore Morgner kleine Präsente an die Mitglieder und der Nachmittag klang mit einem gemütlichen Austausch der eigenen Erinnerungen aus.

Weiden – Die vor 70 Jahren aus der Not geborene Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen feiert Jubiläum. Die Gründung erfolgte als Schicksalsgemeinschaft im Jahr 1949.

Seit sieben Jahrzehnten besteht die örtliche Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Bei der Jubiläumsfeier im Café Mitte erinnerte Vorsitzender Norbert Uschald mit Blick auf die angestammte Heimat der Vorfahren an die Historie.

In der nordöstlichsten Provinz Deutschlands lag Ostpreußen mit der Hauptstadt Königsberg und rund drei Millionen Einwohnern. Zu den von dort stammenden Persönlichkeiten zählten der Philosoph Immanuel Kant, der Tierfilmer Heinz Sielmann und der Astronom Nikolaus Kopernikus. Bei Westpreußen komme einem die Hauptstadt Danzig mit ihrem internationalen Flair in den Sinn sowie der Deutsche Orden mit der Marienburg.

Als historischen Ausgangspunkt für die Gründung der Kreisgruppe Weiden der Landsmannschaft nannte Uschald im Rückblick die Flucht und Vertreibung der Landsleute aus ihrer Heimat. Die Gründungsversammlung fand am 22. Januar 1949 mit 42 zahlenden Mitgliedern und deren Angehörigen in der Gaststätte „Zur Heimat" statt. Als erster Vorsitzender fungierte Handelslehrer Zietz, ihm folgten 1951 Studienrat Herbert Weiß, 1952 Schneidermeister Josef Bikowski und dann weitere Vorsitzende, bis 1988 der Ofen- und Kaminmaurermeister Hans Poweleit dieses Amt übernahm. Seit März 2012 leitet nun Norbert Uschald die Landsmannschaft. In der Anfangszeit existierten ein Sängerchor, eine Musikgruppe, ein Mandolinenclub sowie eine Jugendgruppe.

Die Bildung der Kreisgruppe Weiden sei aus der Not heraus erfolgt. Die meisten Landsleute seien damals davon ausgegangen, dass sie bald wieder in ihre Heimat zurückkehren könnten. Zu den Aufgaben der Organisation gehörten Kontakte zu Einheimischen, Vereinen sowie Behörden und die Arbeitsplatz- und Wohnungssuche. Natürlich legte die Gemeinschaft Wert auf die Pflege der ost- und westpreußischen Kultur. Durch Fleiß und handwerkliches Geschick erlangten die Landsleute Ansehen in der einheimischen Bevölkerung.

Den Nachmittag umrahmten Norbert und Anita Uschald mit dem Gesang des Ost- und Westpreußenliedes sowie „Ännchen von Tharau". Gedichte trugen Ingrid Uschald und die Jugendlichen Andreas, Katharina und Barbara Uschald vor. Urkunden und Präsente erhielten für 70 Jahre Mitgliedschaft Hans und Edith Poweleit sowie Ingrid Uschald.

„Die jüngere Generation denkt im gemeinsamen Europa", sagte der stellvertretende Landesvorsitzende Rainer Claaßen. Er dankte für die aktive Arbeit der Kreisgruppe Weiden. Die Erlebnisgeneration sterbe aus, die Bekenntnisgeneration bleibe. Drei Mal im Jahr gibt Claaßen die Zeitschrift „Preußenkurier" mit Informationen aus der ehemaligen Heimat heraus. Vorsitzender Norbert Uschald kann sich eine positive Entwicklung in der Zukunft vorstellen. Mit dem Erhalt von Kultur, Brauchtum und Dialekt wolle die Landsmannschaft beitragen zur Völkerverständigung, und dazu, Brücken zu schlagen in die angestammte Heimat.

Jubiläum der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Weiden: Ingrid Uschald, Norbert Uschald, Hans und Edith Poweleit, Dr. Rainer Wagner (Kreisobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft) sowie Rainer Claaßen (v.l.)

Vorweihnachtsfeier

Weiden – Der 1. Vorsitzende Norbert Uschald begrüßte zahlreiche Landsleute und Gäste im Café Mitte, besonders den 1. Vorsitzenden des Heimatrings Weiden, Heinrich Vierling.

Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder" und „Westpreußen mein lieb Heimatland" gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald den Geburtstagskindern des Monats Dezember und Januar. Der Vorsitzende hielt danach einen Rückblick auf das 70. Gründungsjubiläum der Kreisgruppe und auf das Totengedenken im Stadtfriedhof.

Danach bedankte sich Heinrich Vierling im Namen des Heimatrings Weiden für die jahrzehntelange Mitwirkung der Kreisgruppe beim Heimatring, gratulierte nachträglich zum Jubiläum und überreichte Uschald ein Jubiläumsgeschenk.

Mit dem Lied „Macht hoch die Tür" wurde die adventliche Feier eingeleitet. Der Vorsitzende erinnerte an den Sinn des Advents.

Andreas, Katharina, Barbara und Anita Uschald entzündeten die Kerzen am Adventskranz und trugen dabei besinnliche Gedanken vor. Danach gedachten die Anwesenden aller verstorbenen Landsleute, besonders derer, die bei der Flucht und Vertreibung ums Leben kamen.

Norbert Uschald sorgte zusammen mit seiner Frau Anita für die musikalische Umrahmung.

Verschiedene Advents- und Weihnachtsgedichte wurden von Frau Ilse Stark, Frau Ingrid Uschald und vom Vorsitzenden vorgetragen.

Während des Liedes „Lasst uns froh und munter sein" verteilte Ingrid Uschald weihnachtliche Gaben an alle Mitglieder und Gäste. Mit dem Volkslied „Kein schöner Land", sowie guten Wünschen für Weihnachten und das neue Jahr 2020 verabschiedete man sich.

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Telefon (040)34 63 59, Mobiltelefon (0170)3102815.

Hamburg-Harburg – Sonntag, 19. Januar, 11 Uhr, St.-Johannes-Kirche (erreichbar mit den S-Bahn-Linien S3 und S31, Station Harburg-Rathaus): Ostpreußischer Gottesdienst. Die Predigt hält Pastorin Sabine Kaiser-Reis. Im Anschluss lädt die Gemeinde zum Gespräch bei Kaffee, Tee und Gebäck in den Gemeindesaal.

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender:: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151)148788.

Dillenburg – Bei der Monatsversammlung am 11. Dezember waren recht viele Gruppenmitglieder erschienen, auch Lothar Hoffmann, obwohl er an diesem Tag Geburtstag hatte. An jedem Platz stand ein Tütchen mit Süßigkeiten, und Gundborg Hoffmann brachte für jeden selbstgebackene Katharinchen mit. Vom Vorsitzenden Dietmar Balschun gab es Walnüsse, gefüllt mit einem Spruch, versehen mit einem Bändchen, sodass man die Nuss an den Weihnachtsbaum hängen konnte. Außerdem bekam jeder, der da war, einen Kalender 2020, den Gundborg Hoffmann je-

ANZEIGE

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

des Jahr besorgt. Alle, die nicht da sein konnten, bekommen diesen Kalender zugeschickt.

Nach Begrüßung und Kaffeetrinken sprach Dietmar Balschun zum 3. Advent ein paar Worte, zunächst das Bibelwort „Steht auf, erhebt euch Häupter, weil sich eure Erlösung naht.“ Advent bedeutet ja „Ankunft“. Wir alle freuen uns auf Weihnachten, denn da ist der Geburtstag Jesu. Und an einem Geburtstag bekommt man Geschenke, oder wenn man eingeladen ist, bringt man Geschenke mit. Dietmar Balschun erzählte von seiner kleinen Enkeltochter, die so gerne Geburtstag feiert, eben, weil es da Geschenke gibt. Aber was schenken wir Jesus zum Geburtstag? Ein Beispiel wäre, Zeit zu schenken, sich Zeit für den Anderen zu nehmen, ihm zuzuhören, oder etwas mit ihm gemeinsam zu unternehmen. Oder indem wir jemandem helfen, wie z.B. bei der Ukrainehilfe, die Dietmar Balschun mit seiner Gruppe organisiert.

Jedes Jahr wird zweimal in die Ukraine gefahren, um Dinge hinzubringen, die gebraucht werden. Im Oktober werden Weihnachtspäckchen mitgenommen, für die Kinder, die nie etwas zu Weihnachten bekommen.

Dann las Dietmar Balschun aus dem Buch von Ruth Geede „Die Weihnachtsfamilie“ die Geschichte vor „Die wundersame Wandlung des Herrn Naujokat“, in der der alte Herr Naujokat sich zuerst über den Lärm, den die Kinder der zugezogenen Familie machen, ärgert. Schließlich spielt er sogar den Weihnachtsmann, und an Weihnachten hat er sogar Kerzen angezündet. Dann las Ingrid Nowakiewitsch das Gedicht „Wunschzettel an den lieben Weihnachtsmann“. Weihnachtslieder wurden auch gesungen, zuerst, vom Geburtstagskind Lothar Hoffmann gewünscht, „Es kommt ein Schiff geladen“, später noch, ganz spontan „Kling, Glöckchen, klingelingeling“. Dann las Dietmar Balschun noch das Gedicht „Christkinds getreuer Knecht“, das auch in dem Buch von Ruth Geede steht.

Zum Schluss sangen noch alle gemeinsam „O du fröhliche“ bevor sie sich fröhliche Weinachten und ein gesegnetes Neues Jahr wünschten.

Die nächste Versammlung (nur für den Vorstand und wenige andere), findet am Mittwoch, dem 8. Januar statt. Dann wird das Programm für das ganze Jahr festgelegt und wer welches Referat hält. Die nächste Monatsversammlung ist dann wie gewohnt am letzten Mittwoch des Monats, am Mittwoch, dem 29. Januar 2020 um 15 Uhr im Café Eckstein in Dillenburg, Königsberger Straße. Dann wird wahrscheinlich Herr Schneider über seine Flucht aus Königsberg berichten.
Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Der Bund der Vertriebenen in Vorpommern und die Landsmannschaft Ostpreußen in M-V starteten zum 1. Advent 2019 das zehnte Mal die jährliche gemeinsame Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen“. Mitglieder und Freunde der beiden gemeinnützigen Verbände hatten 80 liebevoll gepackte Päckchen und dazu noch über 5000 Euro gespendet – mehr als in den Vorjahren. Selbst der Landkreis Vorpommern-Greifswald vermittelte eine größere Firmenspende. Davon wurden guter Kaffee, palettenweise Wurst, Schokolade und Stollen gekauft. Von der Anklamer Fleisch- und Wurstwaren GmbH Relzow kamen 250 Würste hinzu, sodass 420 Weihnachtstüten gepackt werden konnten – insgesamt 500 Sendungen!

Manfred Schukat und Friedhelm Schülke als Vertreter beider Vereine hatten ihren Transporter fast bis unter’s Dach beladen und mussten diesmal von der Firma BOELS in Kiel noch einen Anhänger leihen, um alles mitzubekommen und die Geschenke rechtzeitig zum 2. Advent mit der Fähre Kiel-Klaipėda ins Memelland zu bringen. Große Hilfe leistete während der ganzen Aktion das Ehepaar Gunter und Ute Hartter aus Berlin. In Memel angekommen, hieß es mit vollem Anhänger rückwärts von der Fähre zu fahren. Das war nicht leicht, noch dazu unter dem Gebrüll der Hafenarbeiter. Und weil der sprichwörtliche ostpreußische Winter mit Eis und Schnee noch auf sich warten ließ, fuhr sich der schwerbeladene Weihnachtstransport auf der Suche nach einem Parkplatz im aufgeweichten Rasen fest.

Wildfremde, freundliche Litauer kamen als Weihnachtsmänner gerade zur rechten Zeit und zogen den Transporter am Abschleppseil aus dem Schlamm So konnten die Präsente wie immer an die Diakonie-Stationen „Sandora“ in Memel, Heydekrug und Pogegen, an die deutsch-litauischen Vereine in Memel und Heydekrug sowie die Pfarrersfamilie Feting in Plicken übergeben werden. Zur Adventsfeier im deutsch-litauischen Hermann-Sudermann-Gymnasium Memel fand die erste große Bescherung statt. In Heydekrug gab es ein frohes Wiedersehen mit dem Kant-Chor aus Gumbinnen, der eigens zum 2.Advent aus dem Königsberger Gebiet mit einem Kulturprogramm anreiste. Das russische Ensemble hat sich bei den Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Heydekrüger Chor angefreundet, sodass diese Adventsfeier in drei Sprachen als fröhliches deutsch-litauisch-russisches Zusammensein verlief! Auch dort wurden alle Besucher und Gäste mit Weihnachtspräsenten aus Anklam beschenkt. Stippvisiten und persönliche Bescherungen, verbunden mit einem Weihnachtsständchen, machten die Anklamer „Weihnachtsmänner“ noch in Tilsit, Schillgallen, Jugnaten, Russ und auf der Kurischen Nehrung, wo sich sogar ein Elch zeigte.

Nach fünf Tagen voller Eindrücke traten sie rechtschaffen müde die Heimreise an. Wie schon die Hinfahrt, so verlief auch die Rückfahrt mit der Fähre Klaipėda-Kiel ausgesprochen ruhig. Transporter und Anhänger waren nun leer und doch gefüllt vom Dank der Empfänger an die vielen Spender, ohne die diese Aktion nicht möglich gewesen wäre.

Auch 2019 stand das Unternehmen vom ersten bis zum letzten Tag unter einem Weihnachtssegen. Für die freundliche Aufnahme, Versorgung und akkurate Buchführung ist besonders Magdalena Piklaps in Memel, Gerlinde Stungurienė in Heydekrug und dem Ehepaar Erna und Peter Vaišvilis in Pogegen zu danken.

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Telefon (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg trifft sich im neuen Jahr am 08. Januar 2020 um 15.00 Uhr im Stadthotel Eversten, Hauptstraße 38, Oldenburg. Wir sehen den Videofilm „Unsere Geschichte – Ostpreußens vergessene Schlösser“. Außerdem verlesen wir den Jahresbericht 2019. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Wuppertal – Adventsfeier der Landsmannschaft Ostpreußen Kreisgruppe Wuppertal

Die Feier fand im weihnachtlich geschmückten Gemeindezentrum der Rotter Kirche statt. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Hartmut Pfecht begann das Rahmenprogramm mit Liedern der jüngsten Gruppe „Ritas Rasselbande“. Danach sangen die Chorfreunde Wuppertal gut einstudierte Weihnachtslieder und der Pfarrer der hiesigen Gemeinde sprach über die Entstehung des Adventliedes „Macht hoch die Tür“. Gemeinsam wurden einige Strophen des Liedes, das der Königsberger Pfarrer Georg Weissel gedichtet hatte, gesungen. Vor der Kaffeepause trug Edeltraut Innhofen eine Geschichte aus der Zeit der Hungersnot vor, in der es um Überwindung der Versuchung ging, den Kuchen nicht zu teilen. Den Hauptteil der Veranstaltung gestaltete die Mezzosopranistin Isabelle Kusari mit den bekanntesten und beliebtesten Weihnachtsliedern, vorzüglich von ihrem Pianisten begleitet. Die Zuhörer fühlten sich in ihre Kindheit oder Jugendzeit versetzt, als in den Familien noch viel gesungen wurde, und sangen begeistert mit. Im zweiten Teil ihres Auftrittes rezitierte die Künstlerin u.a. Gedichte von Ernst Moritz Arndt und sang gefühlvoll das vertonte Gedicht „Der Advent“ von Agnes Miegel. Es folgten noch viele schöne Lieder, sodass die Besucher ein wunderbares Konzert erlebt haben.

Jeder Besucher erhielt einen Weihnachtsmann und einen kunstvoll von der Handarbeitsgruppe gebastelten Stern. Dank Frau Kusari und ihren wunderbar vorgetragenen Advents- und Weihnachtsliedern erlebten die Ostpreußen einen stimmungsvollen Heimatnachmittag, der noch lange in Erinnerung bleiben wird.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel. (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info.

Elmshorn – „Russische Weihnacht“ an der Dittchenbühne (Elmshorn/21.12.2019) Am Sonnabend, den 4. Januar 2019, heißt es am Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ ab 18 Uhr wieder: „Russische Weihnacht“. Traditionell feiert das Mehrgenerationenhaus zu Jahresbeginn die russisch-orthodoxe Weihnacht – mit einem bunten, mitreißenden Fest und einem kulinarischen Event.

Zur „Russischen Weihnacht“ kommt „Väterchen Frost“, der russische Weihnachtsmann, mit seinem „Schneemädchen“ an die Hermann-Sudermann-Allee 50. Daneben auf dem Programm: ein farbenfroher Reigen von Tanz- und Singgruppen auf der Bühne sowie anschließend ein reichhaltiges russisches Buffet.

Die Leitung des Festes haben Frida Büchner und Valentina Holzinne, der Eintritt beträgt 25 Euro pro Person. Ein dringender Tipp von Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Aufgrund der großen Nachfrage sollte man sich ganz schnell Eintrittskarten sichern!“

Nähere Informationen und Anmeldung beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Neumünster – Im neuen Jahr 2020 findet die erste Veranstaltung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gruppe Neumünster, am Mittwoch, den 08. Januar 2020 um 15.00 Uhr in der Stadthalle am Kleinflecken statt.

Thema: Fortsetzung der Bildreihe: „Was gibt es Neues über die Provinzen im schönen Ostpreußen.“ Anschließend werden Bilder vom großen Ostpreußentreffen 2019 in Neubrandenburg gezeigt. Gäste sind willkommen.

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen

14./15. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)
17. bis 19. April: Kulturseminar in Helmstedt
18./19. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
26. bis 28. Juni: 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
11. Juli: Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein
12. Juli: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen
18. bis 20. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Hinweis

Alle auf den „Heimat“-Seiten abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch im Internet veröffentlicht: www.preussische-allgemeine.de. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft Ostpreußen widersprechen.

ANZEIGEN

Wenn ihr an mich denkt, seid nicht traurig.
Erzählt lieber von mir und traut euch ruhig zu lachen.
Lasst mir einen Platz zwischen euch,
so wie ich ihn im Leben hatte.

Rektor i. R.

Klaus-Jürgen Stritzel

* 11. 12. 1931 † 12. 12. 2019

Wir sind alle sehr traurig:
Frank und Hilli
Sebastian
Marina und Jens
Julia und Marcel
Heike und André
Alexander und Carina
Marvin und Marius

Traueranschrift: Heike Menzel, 32469 Petershagen, Starenweg 12

Die Beerdigung fand am Freitag, dem 20. Dezember 2019 auf dem Friedhof in Minden-Leteln statt.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer treusorgenden Mutter, Schwiegermutter, Oma, Uroma und Tante

Anna Korneffel

geb. Kowahl
* 13. 12. 1918 Trempen Kreis Angerapp/Darkehmen Ostpreußen
† 3. 12. 2019 Kassel

In stiller Trauer
Olaf und Renate Korneffel
Dr. Torsten Korneffel
Astrid Korneffel und Christian Rauch
mit Anna Klara
Christel Brust
Regina Domeier

Traueranschrift: Olaf Korneffel, Krauthöfe 14, 34225 Baunatal, Tel. 0561-493117

Die Trauerfeier fand am Freitag, den 20. Dezember 2019 auf dem Hauptfriedhof Kassel statt.
Die Urnenbeisetzung findet später im engsten Familienkreis statt.

Heimatkreisgemeinschaften

Heiligenbeil

Kreisvertreter: Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin:** Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. **Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Einladung zum 32. Sondertreffen Zinten-Land und Stadt

Auf Wunsch mehrerer Teilnehmer aus unserer Gemeinschaft möchten wir uns wieder in Altenau/Harz zu einem gemütlichen Wochenende treffen.

Termin: Freitag, 20.03. – Sonntag, 22.03.2020

Sie alle, ob jung oder etwas älter, sind in unserer Runde herzlich willkommen. Nur so können wir uns näher kennenlernen. Sollten Sie Bedenken haben, niemanden zu kennen, so vergessen Sie bitte nicht, dass unsere gemeinsame Heimat uns alle verbindet. Über Beiträge zur Gestaltung unseres Programms, Geschichten, Gedichte, Spiele oder Filme usw, würde ich mich sehr freuen.

Nähere Informationen

Treffpunkt: Pension Quellenhof Altenau, An der Schwefelquelle 18, 38707 Altenau, Telefon (05328) 202 999 3, E-Mail: info@quellenhof.altenau.de

Die Pension bittet um direkte Anmeldung bis zum 15.01.2020 unter „Gruppe Lenz“. Dankbar wäre ich, wenn auch ich über Ihre Anmeldung kurz informiert würde. Der Preis für diese 2 Tage mit Halbpension beträgt € 82,-- pro Person. Rücktrittsversicherung und Trinkgeld sind nicht im Preis enthalten. Ich freue mich auf Eure/Ihre Zusagen und verbleibe mit herzlichen Grüßen, *Irmgard Lenz*

Johannisburg

Kreisvertreter (komm.): Klaus Dowanr, An der Grubenbahn 21, 01665 Meißen, Telefon (03521) 4592901, Internet**:** www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; E-Mail: kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

Wir trauern um Mira Kreska, Ehrenvorsitzende, Kreistagsmitglied, Gründerin des Deutschen Vereins ROSCH in Johannisburg. Mira Kreska war eine Persönlichkeit, die mit viel Elan und Geschick für die deutsche Minderheit Möglichkeiten schaffte, im Rahmen der Völkerverständigung die Grundlagen einer Lebensbasis zu schaffen. Sozial, kulturell, humanitär, lebensnah und liebevoll sind Begriffe, die für Mira Kreska Lebensinhalt waren, und diese Lebensinhalte machten ihre Willenskraft aus, mit der sie Hilfe ermöglichte, wo Hilfe gebraucht wurde. Sie war uns Beraterin, Vermittlerin und Freundin, aber auch Kritikerin, wenn es darum ging, Menschen mit Bedürftigkeit in den Mittelpunkt zu stellen. Mira Kreska wird uns fehlen, sie hinterlässt nachhaltig die Ergebnisse ihrer Arbeit, die es für uns gilt fortzusetzen. *KD*

Mohrungen

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Es liegt ein gutes Angebot einer Busreise mit Scheer-Reisen in die Heimat mit einem guten Programm vom 11.06.–19.06.2020 vor. Nähere Informationen hierzu erhalten Sie von Scheer-Reisen, Wuppertal, Telefon (0202) 500077 oder per E-Mail: info@scheer-reisen.de.

Wir würden uns über Ihre/Eure Anmeldung für die Reise und Teilnahme an den genannten Feierlichkeiten sehr freuen und laden Sie dazu herzlich ein. *Ingrid Tkacz*

Preußisch Eylau

Kreisvertreter: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de.

Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries.

Liebe Kreis-Preußisch-Eylauer, die Herbstausgabe unseres Kreisblatts ist erschienen. Wer es nicht bekommen hat, kann es unter der obigen Anschrift anfordern. Frank Steinau hat wieder einen bunten Strauß wichtiger Informationen zusammengestellt, so über das Schicksal der deutschen Flüchtlinge in Dänemark, über die Geschichte der Güter Perscheln und Tharau und – wieder neue Fluchtberichte. Wir müssen diese auch deshalb lesen, weil aus ihnen nicht nur die wundersame Rettung der Berichterstatter hervorgeht, sondern auch das Schicksal derer, die es, überwältigt von Waffengewalt, Frost, Hunger und Typhus, nicht geschafft haben und somit nicht mehr berichten können. Sie sind zu Opfern geworden, und wir sind es schuldig, ihrer zu gedenken, damit sie nicht vergessen werden.

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel Ihrer Kreisgemeinschaft. Geben Sie bitte bei allen Schreiben stets auch den letzten Heimatort an.

ANZEIGE

Befiehl dem Herrn deine Wege und hoffe auf ihn; er wird's wohl machen

Mira Kreska

** 17. 10. 1926 in Ruhden Ostpreußen* *† 11. 12. 2019 in Johannisburg/Pisz*

Tief betroffen sind wir vom Tode der Ehrenvorsitzenden und Kreistagsmitglied der Kreisgemeinschaft Johannisburg und des Deutschen Vereins ROSCH

Wir verneigen uns in Respekt und Anerkennung vor einer Persönlichkeit, die mit all ihrer Kraft und Willensstärke ihren Lebensweg in den Dienst am Nächsten gestellt hat. Mit der Kraft der ostpreußischen Heimat hat Mira Kreska persönliche Schicksalsschläge verarbeitet und sich den wichtigen Aufgaben für die deutsche Minderheit, den sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Menschen und der so wichtigen Völkerverständigung gewidmet. Durch Stärkung der Deutschen Minderheit konnte Mira Kreska mit Fleiß und Durchsetzungskraft in hohem Maße zur Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen beitragen.

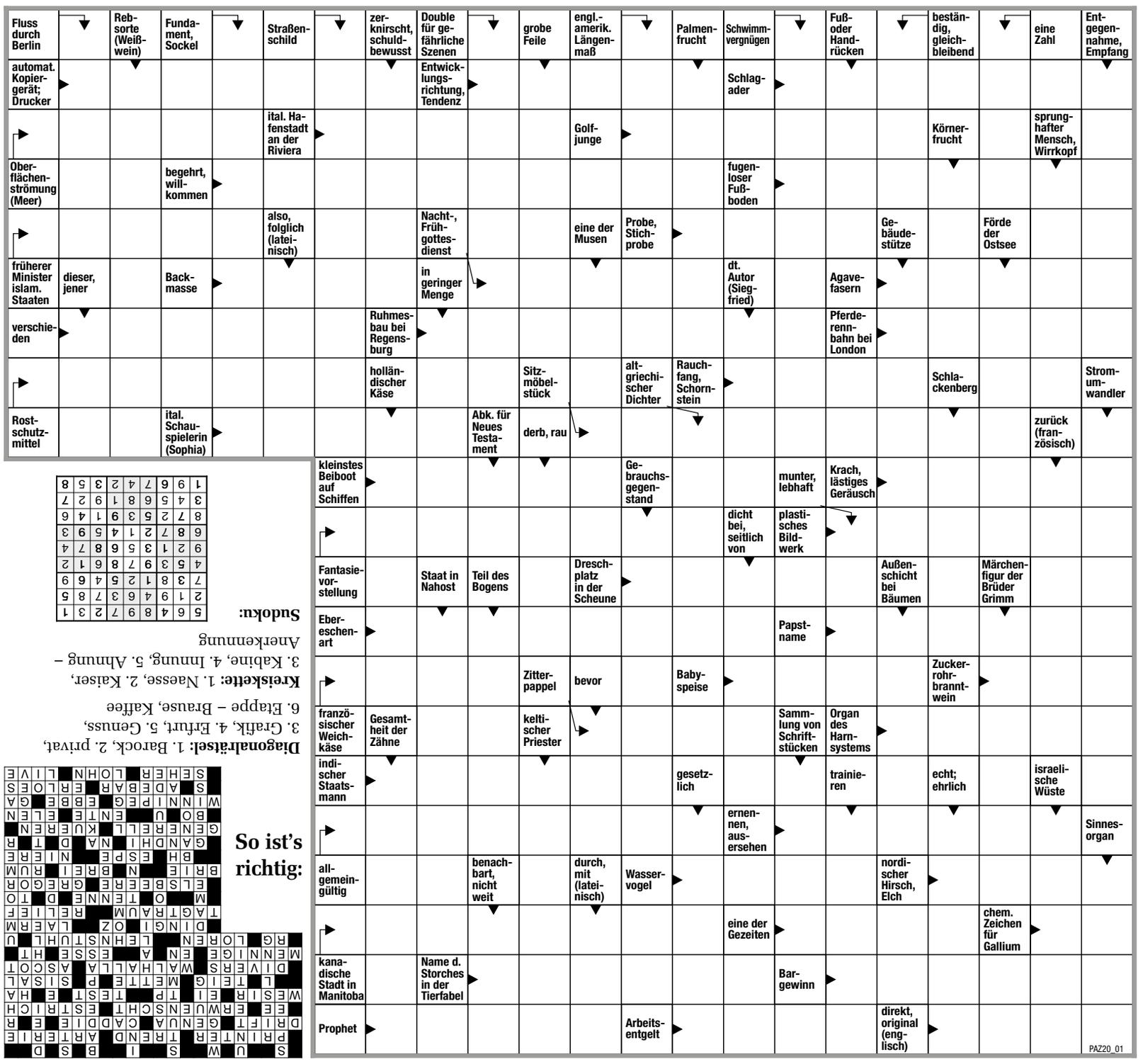
Hohe Ehrungen und Auszeichnungen wurden Mira Kreska für ihre langjährige, unermüdliche Arbeit zu Teil. Bis ins hohe Alter blieb sie ihrem Lebenswerk treu und trat noch vor wenigen Wochen, anlässlich ihres 93. Geburtstages für die bessere Versorgung alter und kranker Menschen ein. Wir verlieren eine treue Weggefährtin, verlässliche Vermittlerin und Beraterin, eine starke Vertreterin unserer ostpreußischen Heimat und deren Menschen. Wir sagen Danke und halten ihr Andenken in Ehren.

Kreisgemeinschaft Johannisburg e.V.

im Namen aller Mitglieder
Klaus Downar Winfried Downar Dr. Benedikt Downar
Günter Woyzechowski
Vorstand/Kreisvertreter/ Kreistag

PAZ wirkt!

Rätsel



Sudoku:

8	5	3	2	4	7	6	9	1
7	2	9	1	8	6	5	4	3
4	6	1	9	5	3	2	7	8
3	9	5	4	1	2	7	8	6
2	4	7	8	6	5	1	3	9
1	8	6	7	9	3	5	2	4
9	7	8	6	3	1	4	5	2
6	3	4	5	2	9	8	1	7
5	1	2	3	7	8	9	6	4

Kreiskette: 1. Naesse, 2. Kaiser, 3. Kabine, 4. Innung, 5. Ahnung – Anerkennung

Diagonalrätsel: 1. Barock, 2. privat, 3. Grafik, 4. Erfurt, 5. Genuss, 6. Etappe – Brause, Kaffee

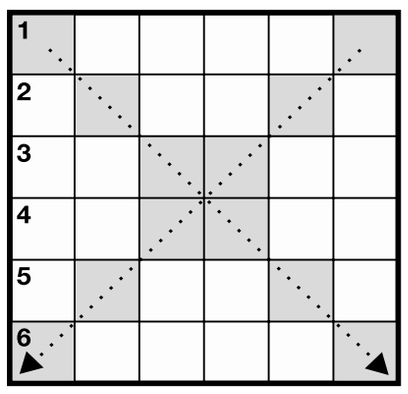
So ist's richtig:

Sudoku

5		4				2		1
2								5
	3		1		5		6	
	5		9		8		1	
		1	3		6	8		
	8		2		4		9	
	7		5		9		4	
3								7
1		6				3		8

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



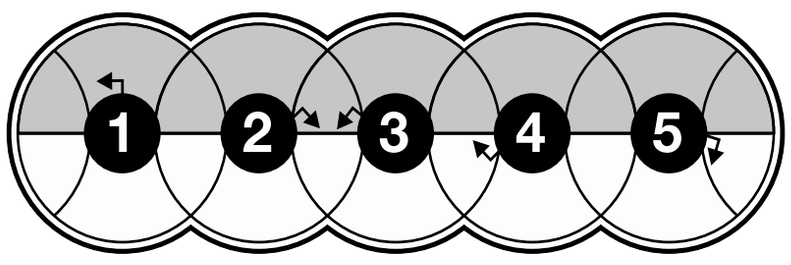
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei alkoholfreie Getränke.

1 Kunststil
2 nicht öffentlich
3 Zeichenkunst
4 Stadt an der Gera
5 inneres Behagen, Vergnügen
6 Teilstrecke

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Lob, Würdigung.

1 Feuchtigkeit, **2** Herrschertitel, **3** Schiffsraum, **4** Handwerkervereinigung, **5** Vorgefühl, Vermutung



HILFE FÜR OSTPREUSSEN

Advent in drei Sprachen

Mitglieder der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern reisten zum zehnten Mal ins Memelland

VON FRIEDHELM SCHÜLKE

Der Bund der Vertriebenen in Vorpommern und die Landsmannschaft Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern starteten zum ersten Advent 2019 zum zehnten Mal die jährliche gemeinsame Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen“.

Mitglieder und Freunde der beiden gemeinnützigen Verbände hatten 80 liebevoll gepackte Päckchen und dazu noch über 5000 Euro gespendet – mehr als in den Vorjahren. Selbst der Landkreis Vorpommern-Greifswald vermittelte eine größere Firmenspende. Davon wurden guter Kaffee bei Penny im Angebot sowie bei Aldi-Nord in Kiel palettenweise Wurst, Schokolade und Stollen gekauft. Von der Anklamer Fleisch- und Wurstwaren GmbH Relzow kamen 250 Würste hinzu, sodass 420 Weihnachtstüten gepackt werden konnten – insgesamt 500 Sendungen.

420 Weihnachtstüten gepackt

Manfred Schukat und ich als Vertreter beider Vereine hatten unseren Transporter fast bis unters Dach beladen und mussten diesmal von der Firma Boels in Kiel noch einen Anhänger leihen, um alles mitzubekommen und die Geschenke rechtzeitig zum zweiten Advent mit der Fähre Kiel–Memel ins Memelland zu bringen. Große Hilfe leistete während der ganzen Aktion das Ehepaar Gunter und Ute Hartter aus Berlin.

In Memel angekommen, hieß es mit vollem Anhänger rückwärts von der Fähre zu fahren. Das war nicht leicht, noch dazu unter dem Gebrüll der Hafenarbeiter. Und weil der sprichwörtliche ostpreußische Winter mit Eis und Schnee noch auf sich warten ließ, fuhr sich der schwerbeladene Weihnachtstransport auf der Suche nach einem Parkplatz im aufgeweichten Rasen fest. Wildfremde, freundliche Litauer kamen als Weihnachtsmänner gerade zur rechten Zeit und zogen den Transporter am Abschleppseil aus dem Schlamm. So konnten die Präsente wie immer an die Diakonie-Stationen „Sandora“ in Memel, Heydekrug und Pogegen, an die deutsch-litauischen Vereine in Memel und Heydekrug sowie an die Pfarrersfamilie Feting in Plicken übergeben werden.

Nach der Ankunft in Memel: Die liebevollgepackten Pakete werden in der Diakonie Sandora unter tatkräftigem Einsatz der mitgereisten Helfer aus den Transportern ausgeladen *Foto: Hartter*

Zur Adventsfeier im deutsch-litauischen Hermann-Sudermann-Gymnasium Memel fand die erste große Bescherung statt. In Heydekrug gab es ein frohes Wiedersehen mit dem Kant-Chor aus Gumbinnen, der eigens zum zweiten Advent aus dem Königsberger Gebiet mit einem Kulturprogramm anreiste. Das russische Ensemble hat sich bei den Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Heydekrüger Chor angefreundet, sodass diese Adventsfeier in drei Sprachen als fröhliches deutsch-litauisch-russisches Zusammensein verlief.

Auch dort wurden alle Besucher und Gäste mit Weihnachtspräsenten aus Anklam beschenkt. Stippvisiten und persönliche Bescherungen, verbunden mit einem Weihnachtsständchen, machten die Anklamer „Weihnachtsmänner“ noch in Tilsit, Schillgallen, Jugnaten, Russ und auf der Kurischen Nehrung, wo sich sogar ein Elch zeigte.

Erfüllte Tage gingen zu Ende

Nach fünf Tagen voller Eindrücke traten sie rechtschaffen müde die Heimreise an. Wie schon die Hinfahrt, so verlief auch die Rückfahrt mit der Fähre Memel [Klaipėda]–Kiel ausgesprochen ruhig. Transporter und Anhänger waren nun leer und doch gefüllt vom Dank der Empfänger an die vielen Spender, ohne die diese Aktion nicht möglich gewesen wäre. Auch 2019 stand das Unternehmen vom ersten bis zum letzten Tag unter einem Weihnachtssegen.

Für die freundliche Aufnahme, Versorgung und akkurate Buchführung ist besonders Magdalena Piklaps in Memel, Gerlinde Stungurienė in Heydekrug und dem Ehepaar Erna und Peter Vaišvilis in Pogegen sehr zu danken.

HEIMATSTUBEN UND -SAMMLUNGEN

Kultur der Heimatvertriebenen soll erhalten bleiben

Landesbeauftragte eröffnete Fachtagung zur Zukunftssicherung ostdeutscher Museen – Das Land Hessen sagt Hilfe zu

Die kürzlich durchgeführte Fachtagung „Zukunftssicherung der ostdeutschen Heimatmuseen und Heimatstuben in Hessen“ des Bundes der Vertriebenen – Landesverband Hessen e.V. in Wiesbaden widmete sich in besonderer Weise den hessischen Heimatstuben und Heimat-sammlungen. In ihrem Eröffnungsvortrag wies die Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf darauf hin, dass Heimatstuben und Heimatsammlungen einen sehr wichtigen Zweck erfüllen. „Durch den Erhalt und die Dokumentation der von den Heimatvertriebenen mitgebrachten Gegenstände und Traditionen leisten sie einen wesentlichen Beitrag zu der durch Paragraf 96 Bundesvertriebe-nengesetz Bund und Ländern auferlegten Verpflichtung, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete zu erhalten und zu pflegen.“ Daher müsse gewährleistet werden, dass das wertvolle Kulturgut den Heimatgemeinschaften und darüber hinaus der gesamten Kulturgemeinschaft bewahrt und auch zugänglich bleibe.

Die Landesbeauftragte führte aus, dass Heimatstuben ursprünglich nicht als Museen für Nicht-Vertriebene entstanden seien, sondern dass sie seit jeher als gesellschaftliche Treffpunkte der mit der jeweiligen „Heimatregion“ in der Vergangenheit verbundenen Menschen dienten. „Die Objekte in den Sammlungen haben für ihre Besitzer und die Betreiber der Heimstuben einen hohen emotionalen Wert, sind persönliche Erinnerungsstücke oder Symbole für die verlorene Heimat. Über diesen emotionalen und persönlichen Wert hinaus besitzen die Ausstellungsgegenstände und Sammlungsobjekte auch einen außerordentlichen historischen sowie kulturellen Wert. Doch in den wenigsten Fällen sind sie didaktisch gut präsentiert, ihr Hintergrund verständlich aufbereitet oder für Nicht-Eingeweihte ausreichend beschrieben.“

Vor diesem Hintergrund hatte die Landesbeauftragte bereits im Jahr 2013 alle Betreiber von Heimatsammlungen in Hessen zu einer Fachtagung mit Museumsexperten eingeladen, um die Betreuer der Sammlungen zu beraten und ihnen einen Leitfaden an die Hand zu geben. Mit der Fachtagung des Bundes der Vertriebenen – Landesverband Hessen e.V. folgten nun weitere wertvolle Anregungen und Hinweise zur Inventarisierung, zur Digitalisierung und auch zum Thema „virtuelle Heimatstuben“.

„Bei einer drohenden Auflösung einer Heimstube sollte erste Priorität die Übernahme der Sammlung durch die Kommune und Integration in das örtliche Stadt-/Regionalmuseum oder eine andere kommunale Kultureinrichtung haben“, so Ziegler-Raschdorf. Als Landesbeauftragte konnte sie bereits in in Fulda, Heppenheim und Hünfeld vermittelnd bei der Beratung zwischen Trägerverband und Kommune mitwirken. Dabei habe sie festgestellt, dass die Kommunen an guten Lösungen interessiert seien. Als beispielgebendes Pilotprojekt sei hierbei Fulda zu nennen. Die Zukunft der gefährdeten wertvollen Dokumente aus der Sammlung des aufgelösten Heimatkreises Leitmeritz sei dort dauerhaft gesichert.

Abschließend versicherte die Landes-beauftragte: „Sie können sich mit Ihren Anliegen an mich und meine Stabsstelle wenden. Wir sind gerne dabei, Lösungen zu erarbeiten und den Bund der Vertriebenen in Hessen, die Landsmannschaften sowie die Heimatkreise zu unterstützen – gerade auch die wichtigen Maßnahmen der Vor-Ort-Tätigen, der Ehrenamtli-chen, die so wertvoll sind. Scheuen Sie sich nicht, unsere konkrete Hilfestellung in Anspruch zu nehmen.“ *BdV*

V.l.n.r.: Bettina von Andrian, Agnes Maria Brügging-Lazar, Kulturreferentin des BdV–LV Hessen, Heike Heinzel, Rose-Lore Scholz, Kulturreferentin des BdV-LV Hessen, Regina Löneke, Museumsberaterin, Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Barbara Kämpfert, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und Jolanta Lemm, Geschäftsführerin des BdV–LV Hessen e.V.

Foto: LBHS

STRALSUND

Störtebeker-Intendant Peter Hick erhält hohe Auszeichnung

„Vorpommerscher Ehrengreif “ für einen sudetischen Tausendsassa und sein Lebenswerk

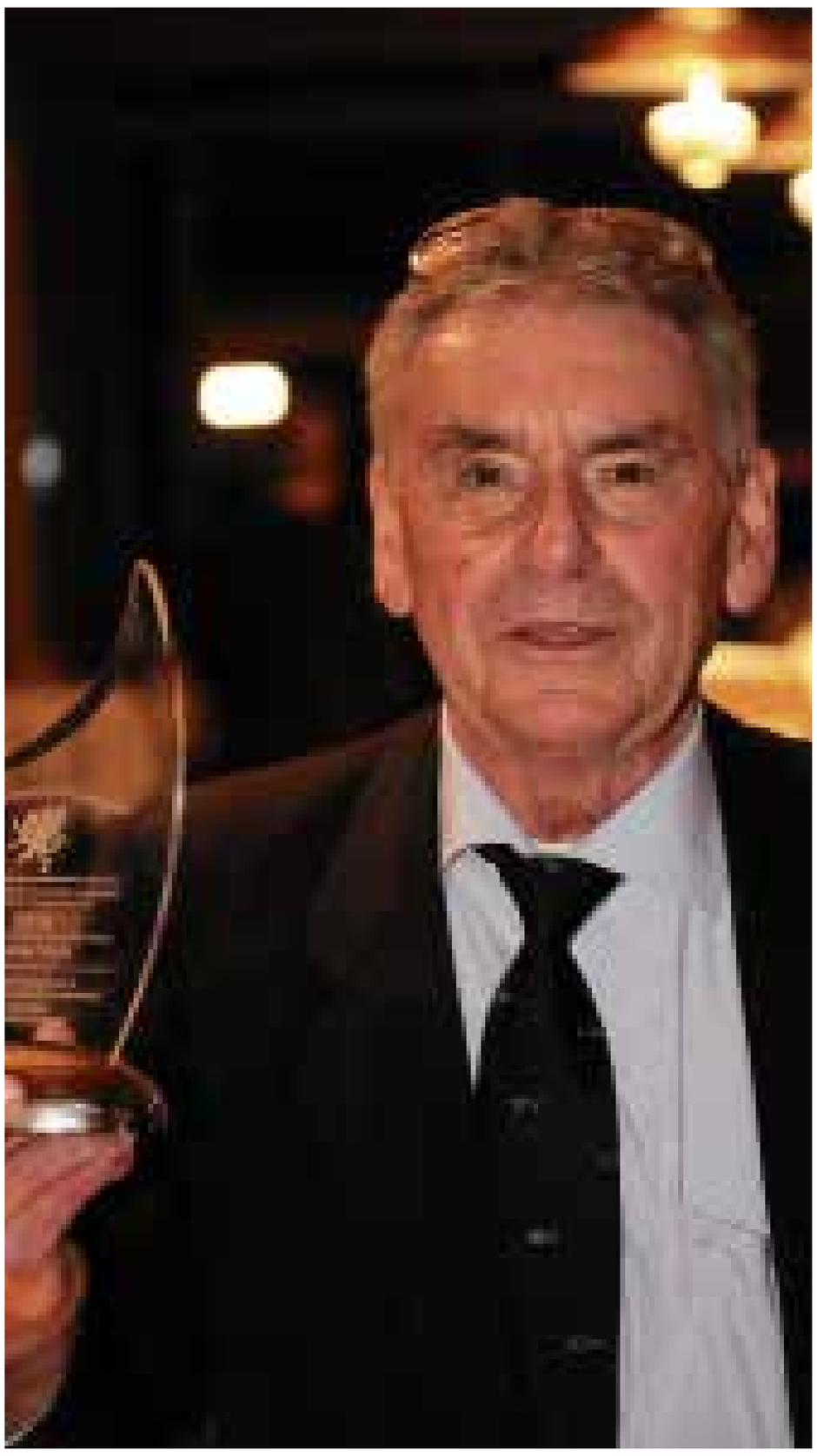
VON CHRISTIAN RÖDEL

Schon so manche Schlacht, nicht nur auf See im Großen Jasmunder Bodden, hat Störtebeker-Intendant Peter Hick bereits in seinem Leben geschlagen, und das zumeist erfolgreich. In Anerkennung seiner außerordentlichen Lebensleistunge, insbesondere auf Rügen in Ralswiek, wo er jährlich mit seinen Open-Air-Aufführungen etwa 350 000 Besucher anlockt, verlieh ihm der Unternehmerverband Vorpommern am Montagabend im Haupthaus der Stralsunder Sparkasse den „Ehrengreif“. Der 1946 im Sudetenland geborene Peter Hick, dessen Schauspielerkarriere zu DDR-Zeiten an der Seite des legendären Rolf Hoppe in dem Film „Die Bösewichter müssen dran“ in den 70-er Jahren an Fahrt aufnahm, war schon als junger Mann ein unangepasster Freigeist und war damit geradezu prädestiniert, den Freibeuter der Meere, Klaus Störtebeker, auf der Ralswieker Naturbühne wieder Leben einzuhauchen.

Eine Idee aus den 50ern

Seit 1993 leitet Hick die Störtebeker-Festspiele allsommerlich in Ralswiek auf Rügen und nahm damit eine Tradition aus dem Jahr 1958 auf, als die SED-Oberen im Putbusser Rosencafé beschlossen, das Leben des Volkshelden Klaus Störtebeker auf die Bühne zu bringen. Der Schriftsteller Kurt Barthel erhielt den Parteiauftrag, ein Drama über den „hier an der Küste tief verwurzelten Volkshelden“ zu verfassen. Von dem berühmten Theatermann Erwin Piscator, der 1927 an der Berliner Volksbühne den sagenumwobenen Klaus Störtebeker zum Robin Hood der Meere stilisierte, ließ Barthel sich inspirieren. Die Vitalienbrüder und ihre Verbündeten feierten große Erfolge auf der Naturbühne, wo bereits damals bis zu 1000 Laiendarsteller zum Einsatz kamen.

Doch die Theateraufführungen im Rahmen der sozialistischen Arbeiterfestspiele konnten aus den unterschiedlichsten Gründen nicht lange aufrecht erhalten werden, und erst im Jahre 1980 wurden die Aufführungen der beliebten Störtebeker-Saga in Ralswiek fortgeführt. Zu dieser Zeit arbeitetet Peter Hick schon im Westen Deutschlands, denn er hatte sich wegen einer versuchten Republikflucht zum Staatsfeind der DDR gemacht. Die daraufhin erfolgte Haftstrafe von anderthalb Jahren musste Hick von 1975 bis 1976 in mehreren DDR-Gefängnissen absitzen, bis ihn die Bundesrepu–blik Deutschland schließlich freikaufte.



Der Unternehmerverband Vorpommern vergibt die „Auszeichnung für besondere Leistungen in unserer Zivilgesellschaft“. *Foto: Christian Rödel*

Sowohl als Stuntmen als auch als Schauspieler stand er von 1978 bis 1985 in den Winnetou-Aufführungen auf der Bühne, und später sammelte er hier als Intendant der Bad Segeberger Karl-May-Festspiele von 1988 bis 1991 ausreichend Open-Air-Theater-Erfahrung, um sich 1993 an das Großprojekt „Ralswieker Naturbühne“ zu wagen. Im französischen Toulouse wurde Hick 1989 sogar noch Stunt-Weltmeister und bewies damit abermals, dass es nur wenige Herausforderungen gibt, vor denen er Angst verspürt. Respekt jedoch hat Hick für seine Mitarbeiter, die ihn stets als harten, aber immer fairen Chef beschreiben. Als Arbeitgeber übernehmen Peter Hick, seine Frau Ruth und Tochter Anna-Theresa als Geschäftsführerinnen, eine große soziale Verantwortung. Etwa 50 ganzjährig Festangestellte und weit über 400 saisonale Kräfte stehen in Ralswiek in Lohn und Brot.

Seitenhiebe auf die Gegenwart

Seit 1993 haben acht Millionen Zuschauer das im besten Sinne volkstümliche Piraten-Spektakel, deren Inhalt jedes Jahr auch Seitenhiebe auf die aktuellen politischen Themen der Jetztzeit bereit hält, gesehen. Vom wirtschaftlichen Mehrwert dieses Tourismusmagneten profitiert eine ganze Region, denn schließlich wurden am Großen Jasmunder Bodden bislang 130 Millionen Euro an Umsatz generiert. Die Erlöse aus Übernachtungen von Störtebeker-Besuchern auf Rügen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. „Er ist aber auch ein guter Handwerker und ein beeindruckender Visionär, der immer wieder neue Ideen im Kopf hat, um die Störtebeker-Festspiele noch attraktiver zu machen“, lobte Gerold Jürgens vom Vorstand des Unternehmerverbandes Vorpommern den Ausgezeichneten. Staatssekretär Dr. Stephan Rudolph aus dem Schweriner Wirtschaftsministerium meinte: „An den sommerlichen Störtebeker-Festspielen in Ralswiek kommt kaum jemand vorbei, ohne zumindest eine Aufführung besucht zu haben“.

Der Geehrte zeigte sich tief gerührt von den vielen Lobpreisungen am Montagabend im Staffelgeschoss des Stralsunder Sparkassengebäudes und genoss mit seiner ebenfalls anwesenden Familie die Feierstunden. Hick ist kein Mann der großen Worte, sondern ein Macher, der nicht viele Worte verliert über seine bisher geleistete Arbeit, sondern sich immer wieder an dem Abend zurück zog, um unter freiem Himmel eine Zigarette zu genießen.

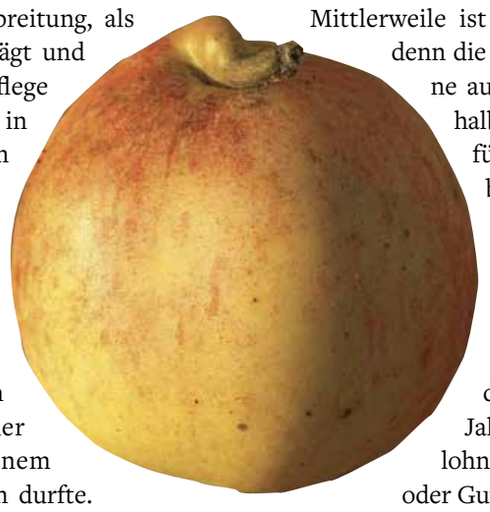
● **Störtebeker Festspiele 2020** vom 20. Juni bis 5. September: „Im Angesicht des Wolfes“ – https://stoertebeker.de/

HEIMATKUNDE

Der Pommersche Krummstiel

Ein aus unseren Gärten fast verschwundener Apfel

Eine alte pommersche Apfelsorte ist der Pommersche Krummstiel, mit dem deutlichen Erkennungsmerkmal der wulstigen Stielgrube und dem schrägen Stengel. Erstmalig 1856 in einer Monatsschrift für praktischen Obstbau von Ferdinand Jühlke, seines Zeichens königlich-preußischer Hofgartendirektor in Potsdam, beschrieben: „Der Krummstiel, auch Römerapfel, welcher in Neuvorpommern und auf Rügen den Garten des ärmsten Kathenmannes ziert und auch wiederum in jenen reichen Gärten mit feineren Obstsorten gehegt und gepflegt wird; er verdient, in Norddeutschland eine um so größere und allgemeinere Verbreitung, als er selten fehlschlägt und die auf seine Pflege verwendete Mühe in sehr reichlichem Maße lohnt“.



Es ist ein mittelgroßer aromatischer, wunderbar duftender Apfel mit süß-säuerlichem, saftigen Fruchtfleisch, der damals in keinem Hausgarten fehlen durfte. Mittlerweile ist er selten geworden, denn die Bäume entwickeln eine ausladende Krone, deshalb eignen sie sich nicht für den Plantagenanbau. Auch in kleinen Hausgärten ist er dank seines üppigen Wachstums nicht überall geeignet. Dabei gibt es Exemplare, die schon über 100 Jahre alt sind und es lohnt sich, in alten Bauern- oder Gutshofgärten danach zu suchen. Die Sorte ist unempfindlich, robust und pflegeleicht, auch für windige Lagen geeignet und gedeiht auch auf Sandboden.

Schön, dass es überall Initiativen gibt, die alten Apfelsorten zu erhalten. In den Baumschulen wird diese Apfelsorte angeboten und es lohnt sich sicher, wenn man den Platz im Garten hat, so ein traditionelles Exemplar zu setzen.

B. Stramm

● **Alte Apfelsorten** in Deutschland findet man auch mit Beschreibung unter: www.gartenlexikon.de

FOTO: WIKIMEDIA

Seelige Kinderzeit

FOTO: PRIVAT

In ihrem Elternhaus auf dem Land, in Schimmerwitz im tiefsten Hinterpommern, liegt am 29. Januar 1949 eine junge Mutter in den Wehen. Sie dauern lange, bis in die Nacht. Erst um 0.15 Uhr des 30. Januar kommt ein Mädchen zur Welt. Ihre Mutter sagt: „Sie wollte ein Sonntagskind werden, deswegen ließ sie sich so viel Zeit.”

Das Marjellchen war gesund und gedieh prächtig. Es bekam den Namen Eleonore. Ein Bübchen war schon da, drei Jahre früher geboren. Die Zeit verging, und für die Kinder rückte wieder eine Adventszeit heran, der Weihnachten folgte. Es war Winter mit viel Frost und Schnee. Die Kachelöfen waren immer gut geheizt, und dadurch war es mollig warm in den Stuben. Für Holz sorgte der Opa.

Am Tag vor dem Heiligen Abend heizte Opa draußen im alten Backhaus den großen Steinofen, und Oma bereitete den Teig für das Brot und den Kuchen zu. Das Heizen dauerte über eine Stunde, bevor die Brotleibe in den Ofen geschoben werden konnten, und erst eine halbe Stunde später kamen die Kuchen hinein.

Heiligabend schmückte die Mutter mit den Kindern den Weihnachtsbaum. Das Warten auf den Weihnachtsmann mit den Geschenken war auch damals groß, obwohl diese noch sehr, sehr bescheiden waren.

Auf einmal hörten die Kinder ein Klingeln vor der Haustür und der erwartete Weihnachtsmann kam. Er trug einen Sack und eine Rute, doch er drohte nicht so sehr, weil das Mädchen und der Junge noch klein waren. Freundlich unterhielt er sich mit ihnen und überreichte die Geschenke.

Das Marjellchen erhielt eine Tüte voller Kekse, Pfeffernüssen mit Zuckerguß und Haselnüssen. Und dann kam zum Vorschein – eine Stoffpuppe mit einem hübschen Gesicht. Der Kopf bestand aus Gips und sie trug ein bunt kariertes Kleidchen. Die Kleine nahm die Puppe an sich, betrachtete sie kurz und legte sie zur Seite, auf einen Stuhl.

Das Mädchen drehte sich dem Weihnachtsmann zu, nahm allen Mut eines kleinen Kindes zusammen und sagte laut: „Lieber Weihnachtsmann, schenk mir doch ein Pferdchen.” Er sah sie verduzt an, die Großeltern und die Eltern ebenso, denn ein Pferdchen hatte er nicht im Sack.

Nun ja, bis zum Geburtstag von Klein-Eleonore dauerte es nicht mehr lange, an dem sie drei Jahre alt sein würde. Opa machte sich im kalten Winter in seiner Werkstatt an die Arbeit, denn ein Pferchen mußte her. Pünktlich am 30. Januar standen zwei braune Pferde da, eins für die Marjell, das andere für den Lorbas. Sie waren aus Holz, braun gestrichen, mit einer dunklen Mähne aus dunklem Fell, einem Schweif aus echtem Pferdehaar und auf Rädern.

Das war das schönste Geschenk, das Eleonore je bekommen konnte. Sie war überglücklich. Mit diesem Pferdchen hat sie viele Jahre gespielt und es gibt es auch heute noch.

Lydia Zander, Schimmerwitz-Wald im „Blauen Ländchen“

„Bitte sorgen Sie dafür, dass die *PAZ* klasse bleibt“

Leserstimmen zu den letzten Ausgaben und zum neuen Erscheinungsbild der Zeitung

„Herzlichen Glückwunsch zum neuen und sehr gelungenen Layout der Preußischen Allgemeinen Zeitung. Die PAZ ist unverzichtbar!“

Ludger Konopka, Eisenach

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

KEINE KLASSISCHE ZEITUNG

Mit dem neuen Layout kann ich mich auch nach mehreren Ausgaben nicht anfreunden. „Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit“, ließ die neue Chefredaktion ihre Leser als Begründung des modernen Formats wissen. Eine Anbiederung an den Zeitgeist ist aber das Letzte, was eine wertkonservative Klientel von „ihrer“ Zeitung erwartet. Ist es nur dem Layout geschuldet, dass im Titel das Wort „Zeitung“ gestrichen wurde, oder will die *PAZ* keine klassische Zeitung mehr sein, ein Format, dass ohne reißerische Aufmachung übersichtlich und klar strukturiert ist, ohne großflächige Farbfotos, die mehr als Deko dienen statt Inhalte zu illustrieren? Die lockere, bunte Aufmachung soll junge Leser als Zielgruppe anlocken. Die Absicht ist wohl löblich, allein mir fehlt der Glaube, dass die Smartphone-Generation bedrucktes Papier, auch wenn es locker und bunt daherkommt, als geldwertes Medium für sich entdeckt.

E. A. Boese, Cottbus

TEXTE ERLÄUTERN BILDER

Die Zeitung mag ja moderner erscheinen, Tatsache ist aber: Schöne Bilder können gute Berichte nicht ersetzen. Ok, Ihre Berichte sind immer noch gut, nur durch die Vielzahl der Bilder fehlt nun „gefühlt“ ein Viertel Text. *Frank Hoffmann, Ennepetal*

FROH, DASS ES DIE PAZ GIBT

Auch ich gehöre zu denen, die meinetwegen das ganze Leben Ihr altes Layout gut gefunden hätten. Es ist wie mit Deo-Rollern: Hat man sich eine Sorte ausgesucht, wird sie auch schon wieder geändert. Das Entscheidende aber: Man sollte froh sein, dass es Ihre Zeitung überhaupt gibt!

Jens Pauly, Düsseldorf

SEHR ENTTÄUSCHT

Eine Umgewöhnung fällt oftmals schwer, aber im Allgemeinen normalisiert es sich und auch entstandene Vorteile werden sichtbar. Jeden Donnerstag habe ich mich auf die *PAZ* gefreut, aber meine Enttäuschung will ich nicht verhehlen, die mir vergangene Woche im Urlaub widerfuhr.

Sehr enttäuscht bin ich über die Aufmachung, denn ich habe eine politische Wochenzeitung abonniert und kein Bilderbuch. Hier habe ich den Eindruck, dass wegen ihrer überdimensionalen Größe nicht die Bilder den Text untermalen, sondern der Text die Bilder erläutern soll. Das stimmt natürlich nicht, aber das ist für mich der erste Eindruck.

Manfred Weinhold, Hamburg

EINE KLASSE ZEITUNG

Wenn Sie Probleme haben, die *PAZ* mit wirklichen textlichen Inhalten zu füllen, warum sagen Sie es Ihren Lesern nicht offen und ehrlich? Ich bin sicher, dass Ihre Leser dafür Verständnis aufbringen würden. Es ist mir schon klar, dass durch das Wegsterben der älteren Abonnenten und das fehlende Nachwachsen der jüngeren wirtschaftliche Probleme entstehen. Aber weniger Inhalt zum gleichen Preis ist doch sicher nicht der Weg zu Wachstum.

Ansonsten finde ich die *PAZ* eine klasse Zeitung. Bitte sorgen Sie dafür, dass es auch so bleibt beziehungsweise wieder wird! *Arno Fröba, Königsfeld*

BITTE WEITER SO!

Die allerbesten Wünsche an alle *PAZ*-Mitarbeiter für das Neue Jahr und bitte weiter so! Die neue Zeit braucht Ihre Aufklärungsarbeit! *Chris Benthe, Dresden*

ZANK UMS GAS

ZU: ÖSTLICHE PERSPEKTIVEN (NR. 51/52)

Es ist schon erstaunlich mit welcher Energie und Hartnäckigkeit die USA und andere Staaten gegen das russisch-deutsche Vorhaben Sturm laufen. Man sorgt sich angeblich um die Abhängigkeit Deutschlands von Russland, das ist leider so, aber das würde auch bei Lieferungen aus anderen Ländern so sein. Ganz merkwürdig ist außerdem, dass wenn das Gas aus Russland über die Röhren durch andere Länder Osteuropas zu uns käme, dann wären wir nicht abhängig.

Alle Wege aus den anderen Erdöl-Ländern nach Deutschland sind ungleich länger und anfälliger, rein gar nicht zu reden von dem Angebot der USA, die unter extrem fragwürdigen, extrem teuren und schädlichen Methoden Erdgas fördern und an uns liefern würden. Außerdem ist das ein vages Versprechen der USA, was man von Zusagen der USA halten kann, weiß man ja.

Hat sich der USA-Präsident überhaupt schon einmal die Mühe gemacht, sich das Erdgas/Erdöl-Netz, das von Russland nach Europa reicht, genau anzusehen? Ich meine nicht. Oder werden alle Staaten der EU mit Sanktionen belegt, die Erdgas/Erdöl aus Russland beziehen?

Sollten die USA und ihre Freunde sich dennoch zu Sanktionen gegen Deutschland wegen der Nordröhre entscheiden, dann sollte Deutschland die Projektierung und den Bau der Nordröhren 3 und 4 noch schneller voranbringen. Selbst das Königsberger Gebiet hat sich eine direkte Verbindung zum Erdgas geschaffen, sollte es zu einem Problem mit dem baltischen Nachbarn kommen. In Cranz wurde eine künstliche Insel für große Tankschiffe geschaffen und erfolgreich getestet.

Werner Pfennig, Neubrandenburg

KLATSCHKULISSE EINER PARTEI

ZU: IM OSTEN HUI, IM WESTEN PFUI (NR. 37)

Die AfD wurde 2013, rechtzeitig vor der „Flüchtlingskrise“ 2015, unter anderem von den langjährigen CDU-Mitgliedern Gauland und Lucke gegründet. Offenbar diente die AfD-Gründung eher dem Zweck, unter dem Vorwand der Euro-Kritik, Merkels Politik abzusichern. Die politisch Unzufriedenen konnten so persönlich identifiziert und zugeordnet werden.

Bereits im Januar 1979 profilierte sich Gauland in Frankfurt am Main als Türöffner für Flüchtlinge, obwohl bereits 1973 ein Zuzugsstopp für Ausländer verfügt worden war. Grund: Die Zahl der Ausländer in Deutschland war von 80000 (1955) auf 2,6 Millionen (1973) gestiegen, darunter 800000 Türken. Mit Gaulands Flüchtlingsaufnahme hat sich 1979 in der Welt der Eindruck durchgesetzt, Frankfurt sei eine extrem aufnahmefreudige Kommune für Flüchtlinge und Asylanten. Seitdem kursierte im Ausland der Spruch: „Asylanten aller Länder, zieht nach Frankfurt“, kritisierte einst der Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt die Profilierungsaktionen von Alexander Gauland.

Die Saat ist aufgegangen. Heute ist Frankfurt die erste deutsche Großstadt mit deutscher Minderheit. Es kommt hinzu, dass die gesamte Führungsspitze der AfD mangels eigener persönlicher Wahlerfolge nur Listenmandate besetzen konnte. Meuthen, der sich im Frühjahr 2016 selbst als „afrikaphil“ bezeichnet hatte, besetzte zum Nachteil anderer AfD-Kandidaten gleich zwei baden-württembergische Wahlkreise für sich.

In der Partei herrscht ein regelrechtes Informations- und Diskussionsverbot. Dies liegt daran, dass die Kreisvorstände der AfD als Zensurbehörden fungieren. Der Informationsfluss in der AfD funktioniert nur von oben nach unten. Der Bundesvorstand hat das Informationsmonopol. Solange die Mitglieder lediglich als Klatschkulisse und Finanziers der Führung dienen sollen, werden die inneren Zustände in der AfD auch keine wirklichen politischen Erfolge zeitigen.

Die bisherigen Zustände dienen lediglich der materiellen Bestversorgung der Mandatsträger in den Landtagen, Bundestag und Europaparlament.

Dr. Roland Mackert, Böblingen

GRÖLENDER GRÖNEMEYER

ZU: SICH SELBST ENTLARVT (NR. 38)

Herbert Grölemeier, Herbert Grölemeier ... Wer ist denn das schnell wieder? Ist das das Individuum, das glaubt, einmal (im positiven Sinn) in die Musikgeschichte einzugehen? *Roland Polleschner, Bierstadt Radeberg*

ANZEIGE

WINTERWANDERN IM OBERALLGÄU

Pack die Schneeschuhe ein

Gerade ging die Vierschanzentournee zu Ende, jetzt ist Oberstdorfs Bergwelt wieder ein Idyll für Wanderer

VON ANDREAS GUBALLA

Man hört das Knarzen unter den Füßen: Der Schneeschuhwanderweg auf dem Nebelhorn *Foto: Oberstdorf Tourismus*

Wenn im Winter ein scharfer Ostwind weht, wissen die Oberallgäuer, dass schönes Wetter kommt. Tagelang funkeln die Hänge dann in der Sonne, der Himmel leuchtet klar und blau, und die Gipfel locken in kalter Pracht. An solchen Tagen auf einem der Allgäuer Gipfel zu stehen und die weiße Wunderwelt von höherer Warte zu betrachten ist ein Traum. Das Schöne an ihm: Er lässt sich auch für jene wahr machen, die nicht mit Skiern klarkommen.

Das Wundermittel: Schneeschuhe. Nicht umsonst erleben sie zurzeit einen Boom, denn die unkomplizierten Treter verlängern die Wandersaison um volle drei Monate. Geschätzte Einlernzeit: eine Viertelstunde, dann hat man sich an den breitbeinigen Gang gewöhnt und kann ins Gelände ziehen. In den Oberallgäuer Bergen kommen Schneeschuhgeher zudem in den Genuss eines sehr guten Sicherheitsservices: In der Alpinen Beratungsstelle Oberstdorf erhalten sie für ihr Tourenvorhaben eine fundierte telefonische Auskunft, ob Lawinengefahr besteht.

Am besten beginnen Einsteiger ihr Abenteuer mit einer Schnupperrunde am Nebelhorn, wo es für Liebhaber dieses Wintervergnügens eine eigene Strecke gibt. Hier genießen sie Schritt für Schritt unberührten Schnee, ein atemberaubendes Panorama, frische Bergluft und Sonnenschein. Der neue Schneeschuhwanderweg bietet im Bereich des gesicherten Skigebietes auf einer Länge von rund drei Kilometern Schneespaß pur.

Kasknödel zur Belohnung

Nächste Etappe: Kleinwalsertal. Das landschaftliche Kleinod gehört politisch zu Österreich, ist aber, abgeschirmt von Bergen, nur von Deutschland aus zugänglich. Von Oberstdorf liegt es nur ein paar Kilometer entfernt in Richtung Südwesten. Schnell glaubt man, ans Ende der Welt gelangt zu sein, gerade im Winter, wenn der Schnee alle Geräusche dämpft und nur das Knarzen unter den Schneeschuhen ans Ohr dringt.

Durch das stille Hochtal zieht man hinauf zur 1620 Meter gelegenen Schwarzwasserhütte, während im Nordwesten der Hohe Ifen (2229 Meter) das Blickfeld dominiert, der das Tal wie ein Schiffsbug überragt. 600 Höhenmeter sind es hinauf zur Schwarzwasserhütte – für eine Wanderung im Sommer wäre das nicht viel. Aber auf Schneeschuhen wird man sie in den Beinen spüren, wenn man nach zweieinhalb Stunden oben an der Hütte ankommt. Dafür kann man sich dort mit Kaiserschmarrn oder Kasknödel mit Sauerkraut für die Strapazen belohnen.

Es gibt aber noch weitere schöne Touren für Schneeschuhgeher im Oberallgäu, alle ohne technisch schwierige Passagen und mit etwas Ausdauer gut machbar. Zu den schönsten zählt zweifellos die sechsstündige Route über die traumhaft an einem zugefrorenen See gelegene Hörmoosalpe und hinauf zur Falkenhütte. Sie beginnt nur ein paar Kilometer nordwestlich von Balderschwang bei Steibis und bietet echte Postkartenmotive, unter anderem das friedliche Ehernschwanger Tal.

Auch die berühmte Dreiländersicht erhält man auf dem Weg. Der Säntis in der Schweiz beeindruckt durch seine exponierte Lage. Doch zuerst schweift der Blick durch Vorarlberg in Österreich, um über das Rheintal hinwegzuschauen. Kitsch? Ja, aber ganz real und zum Niederknien schön. Hält das Wetter noch? Dann am besten gleich frühmorgens ab nach Osten, in das malerisch im Ostrachtal gelegene Bad Hindelang. Von der Talstation der Hornbahn geht es los in einen neuen Tag im Schneeschuhparadies Oberallgäu. Steil windet sich der Weg hinauf zum Burgschrofen (1355 Meter) und dem Restaurant Gletscherspalte, bei guten Bedingungen ist sogar noch eine Besteigung des Imberger Horns (1655 Meter) drin.

Der Atem geht schwer, Schweißtropfen bleiben nicht aus. Doch es tut gut, Wärme zu spüren, denn der Ostwind kann schon sehr unangenehm werden. Andererseits gäbe es ohne ihn das gute Wetter nicht, und die Aussicht auf die Nagelfluhkette, die sich auf der Burgschrofen-Runde ab Hindelang bald auftut, würde viel von ihrem strahlenden Glanz verlieren.

Wer also den vollen Schneeschuhgenuss im Allgäu will, der sollte vorher genau den Wetterbericht verfolgen. Im letzten Winter gab es Schönwetterperioden von bis zu fünf Tagen am Stück, und wer sagt, dass es in dieser Saison nicht wieder genauso lange gut werden soll?

● **Informationen:** Die Oberstdorf Tourismus GmbH veranstaltet jeden Mittwoch Schneeschuh-Schnupperkurse mit geprüften Bergführern. Preis: 36 Euro. Anmeldung: bis spätestens 15 Uhr des Vortages bei der Tourist-Information im Oberstdorf Haus, Telefon (08322) 700200, oder per E-Mail: alpinberatung@oberstdorf.de.

● MELDUNGEN

Sternenküche am Gletscher

Neustift – Das höchste Drei-Hauben-Restaurant der Welt befindet sich auf 3000 Metern Höhe am Stubaier Gletscher in Tirol. Für seine exzellente Küche im Gourmetrestaurant Schaufelspitz hat Küchenchef David Kostner vom Restaurantführer Gault-Millau seine dritte (Küchen-)Haube bekommen. In Österreich hat ein Haubenrestaurant denselben Stellenwert wie ein vom Michelin ausgezeichnetes Sterne-Restaurant in Deutschland. Kostners Restaurant ist nur über die Seilbahn erreichbar und befindet sich an dessen Bergstation mitten im Skigebiet des Stubaier Gletschers. Da die Bergbahn in der Skisaison vor Einbruch der Dunkelheit abgeschaltet wird, ist das Restaurant bis Mai von 9 bis 15.30 Uhr geöffnet. Tischreservierungen unter Telefon: 0043/52268141. *tws*

„Grüne“ Ferien im Schnee

Trient – Als erstes Skigebiet der Welt wird Pejo 3000 im Val di Sole westlich von Bozen sämtliche Kunststoffprodukte verbieten. Ab dieser Wintersaison verzichten alle Berghütten in dem familienfreundlichen Skigebiet auf Besteck, Gläser, Einwegstrohhalme und Flaschen aus Plastik. Ausschlaggebend für das Projekt waren wissenschaftliche Untersuchungen des Forni-Gletschers, welche ergaben, dass der Gletscher zwischen 131 und 162 Millionen Kunststoffteilchen enthält. So finden Gäste ab dieser Wintersaison in keiner Berghütte mehr Wasser oder Erfrischungsgetränke in Plastikflaschen, Einwegbesteck oder Plastikstrohhalme. Päckchen mit Ketchup und Mayonnaise werden ebenfalls nicht verwendet. Für die Energieversorgung nutzt das Tal seit geraumer Zeit Erneuerbare Energien in Form von drei kleinen Wasserkraftwerken. Wer hier im Skiurlaub ist, darf sich dessen gewiss sein, dass er auch im schneereichen Winter „grüne“ Ferien macht. Internet: www.visittrentino.info *tws*

HEISSE UND LUKRATIVE QUELLE

Österreichs Auenland

Weltwunder der Kunst und der vulkanischen Heilkraft des Wassers – Die Thermalbadregion in der Steiermark

Es ist kalt draußen. Die Temperatur liegt im Januar auch tagsüber unter null Grad. Und dennoch ist das Wasser im Außenbecken der Hotelanlage weit davon entfernt zu gefrieren. Stattdessen steigt Wasserdampf auf, während sich die Badegäste im Becken vor sprudelnden Massagedüsen entspannt ausstrecken.

36 Grad warm ist das Wasser, egal wie kalt es draußen ist. In der östlichen Steiermark kommt es aus den Tiefen der Erde und wird durch vulkanische Aktivität erhitzt. Seitdem man dieses heiße Wasser an die Erdoberfläche gefördert hat und eine Reihe von Thermalbädern entstanden sind, hat die Steiermark über die Wasser- auch eine Einnahmequelle erschlossen: Touristen kommen eigens deswegen von weither angereist, um es sich im kalten Winter gut gehen zu lassen. Draußen im warmen Wasser zu baden, während von oben die Schneeflocken fallen, ist ein genussvolles Kontrastprogramm.

Eigentlich sollte Öl das Wundermittel sein, das die strukturschwache Region auf die Beine bringen sollte. In den 1970er Jahren unternahm man dafür eine Reihe von Ölbohrungen. Doch statt Erdöl schoss kochend heißes Wasser aus bis zu 3000 Metern Tiefe herauf. Östlich von Graz zog man daraus Nutzen, indem man an sechs Orten Thermalbäder anlegte, das Wasser auf angenehme Temperaturen herunterkühlte und dessen Heilkraft hervorhob, die gut gegen Gelenkkrankheiten ist und den Stoffwechsel anregt.

In manchen Orten sind ganze Thermallandschaften entstanden. So verfügt die Heiltherme Bad Waltersdorf über ein gutes Dutzend von Außen- und Innenbecken, die von zwei Quellen gespeist werden. Man kann hier vom Gymnastik- in das Massage-, Sprudel- oder Kaltwasser-Durchschreitebecken wechseln. 27,50 Euro kostet der ganze Tagesspaß, abends ist es etwas günstiger. Für Gäste des angeschlossenen Vier-Sterne-Quellenhotels gibt es sogar einen separaten Thermalbereich. Tages- wie auch Hotelgästen steht ein modern eingerichteter Wellnessbereich zur Verfügung, in dem man sich mit Traditionell Steirischer Medizin, kurz: TSM, behandeln lassen kann. Sie besteht aus hausgemachten Ölen, die man aus Naturprodukten der Region gewinnt.

Angenehm warm mit 37 Grad – im Wasser: Heiltherme Bad Waltersdorf *Foto: tws*

Nur etwa sechs Kilometer weiter südlich aber liegt der Clou des steirischen Thermen- und Vulkanlands: die Hundertwasser-Therme von Bad Blumau. Hier hat der österreichische Bauunternehmer Robert Rogner gemeinsam mit dem Künstler Friedensreich Hundertwasser eine spektakuläre Bade- und Kunstlandschaft geschaffen. Auf einem 40 Hektar großen Gelände befinden sich nicht nur mehrere Thermalbecken mit einer Wassertemperatur von 27 bis 37 Grad, sondern auch eine Reihe bunter Gebäude, die sich mit ihren hügeligen Formen in die Natur einfügen. Diese Bauten, für die eigens künstliche Hügel erschaffen wurden, erinnern an das grüne Auenland der Hobbits aus Tolkiens „Herr der Ringe“.

Auch nach Hundertwassers Tod auf der „Queen Elizabeth 2“ im Jahr 2000 sind weitere Gebäude in diesem organischen Architekturstil entstanden – und ein Ende ist noch nicht in Sicht. Die Therme Rogner Bad Blumau mit ihren krummen Fassaden, bewaldeten Dächern, bunten Kuppeln und individuell gestalteten Zimmern wächst weiter. Gäbe es Weltwunder der Kunst, so würde dieses dazu zählen. *Harald Tews*

● **Internet** Heiltherme Quellenhof Bad Waltersdorf: www.heiltherme.at; Hundertwassertherme Rogner Bad Blumau: www.blumau.com

FÜR SIE GELESEN

Sehr einseitige Studie

Systematische Vertreibungen bestimmter Volksgruppen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten habe es nicht nur zum Ende des Zweiten Weltkrieges oder später auf dem Balkan gegeben, sondern auch im „Heiligen Land“ vor und nach der Gründung des Staates Israel. Diese These vertritt der israelische Historiker Ilan Pappe in seiner Studie „Die ethnische Säuberung Palästinas“.

Allerdings tut er dies auf einseitige Weise, indem er das angeblich planvolle Vorgehen der jüdischen Seite in den schwärzesten Farben zeichnet und die parallelen Gewalttaten der oftmals freiwillig in die Länder ihrer arabisch-muslimischen Gesinnungsgenossen übergewechselten und eben nicht „vertriebenen“ Palästinenser verharmlost. Darüber hinaus stützt Pappe seine Vorwürfe auf Quellen, die er keineswegs so exakt angibt, wie es angesichts des hochbrisanten Themas angebracht wäre – manche Kritiker wie sein Landsmann Benny Morris bezeichnen ihn deshalb als Lügner. Aufgrund dieser inhaltlichen „Schlagseite“ des Buches in Verbindung mit methodischen Mängeln verwundert es wenig, dass das für antiisraelische Propaganda bekannte Palästinakomitee Stuttgart Mitinhaber der Rechte an der deutschen Ausgabe ist. *W.K.*

Ilan Pappe: „Die ethnische Säuberung Palästinas“, Westend 2019, broschiert, 416 Seiten, 20 Euro

Neues von Dr. Who

Die beliebte Science-Fiction-Reihe Doctor Who hat ein weiteres Abenteuer vorzuweisen. Der 11. Doctor, ein Außerirdischer (Timelord), der zusammen mit seinen menschlichen Begleitern die Erde rettet, findet eine neue Aufgabe auf dem Erdtrabanten. In dem Hörbuch, gelesen von der deutschen Synchronstimme des Doctors, gibt es Längen und Widersprüche, beispielsweise haben die außerirdischen Invasoren nur ein Auge, rollen aber an einer Stelle der Geschichte „die“ Augen.

Das stört die sonst spannende Geschichte, die zwischen Mond und Erde spielt. Es geht um wissenschaftliche Experimente, Verbindungen zwischen dem blauen Planeten und seinem Trabanten, um die Übernahme der gesamten Menschheit durch Außerirdische und um Ethik. Die amüsanten Neckereien zwischen dem Doctor und seiner Begleiterin Amy lockern die Spannung auf, ohne die Dramatik zu nehmen. Leider schlägt dieses Zwischenspiel auch an manch einer Stelle auch in Länge um. Die einzelnen CDs klingen mit einer Abblendmusik aus, sodass der Hörer weiß: Ein CD-Wechsel steht an.
Auch wenn es sich nicht um das eleganteste Abenteuer des Timelords handelt, ist es für Doctor Who-Fans ein Muss und für alle anderen im Jubiläumsjahr der Mondlandung eine unterhaltsame Geschichte. *CRS*

Justin Richards: „Dr. Who. Apollo 23“, Lübbe audio 2019, Hörbuch vier CDs, 278 Minuten, 12 Euro

KOCHEN WIE DIE PROFIS

FOTO: COLOURBOX

Nudeln in vielen Variationen

Verführerische Gnocchi, Fettuccine, Lasagne oder Tortellini von Hand gemacht, mit Anleitungen von Claudio Del Principe

Handgemacht Der Teig für Cavatelli ist nicht gleich dem für Cappeletti. Pasta ist also nicht gleich Pasta, und das beste italienische Rezept dazu gibt es auch nicht. Denn es kommt immer darauf an, welche Nudelsorte man zubereiten möchte und mit welchen Saucen und Beilagen man sie zu kombinieren beabsichtigt.

Weil selbst in Italien, dem Herkunftsland des Nudelteigs, das Wissen um die Zubereitung mehr und mehr verloren geht, hat Claudio Del Principe, Koch aus Leidenschaft, mit seinem Buch „a mano“ eine Hommage an die Nudel verfasst. Es sind im Prinzip die Rezepte seiner Mutter, die der Autor einem breiteren Publikum vorstellen möchte. Garniert ist das Buch mit ganzseitigen Bildern, die Lust aufs Nachkochen machen. *MRK*

Claudio Del Principe: „a mano. Verführerische Pasta. Von Hand gemacht. Sinnlich und schön“, at Verlag 2019, gebunden, 256 Seiten, 34 Euro

KOSTBARE KUNST

Faszinierend und beeindruckend

Der Kunsthistoriker Norbert Wolf hat einen umfangreichen Bildband „Das Goldene Zeitalter der niederländischen Malerei“ herausgegeben

VON SILVIA FRIEDRICH

Wer ein exquisites Geschenk für Kunstliebhaber sucht, ist mit Norbert Wolfs „Das Goldene Zeitalter der niederländischen Malerei im 17. Jahrhundert“ bestens bedient. Der imposante Bildband besticht bereits durch sein aufwendiges Äußeres und ist schon von der Größe her fast so etwas wie eine Anschaffung fürs Leben. Die Ausdruckskraft der Abbildungen gleicht einem Besuch im Museum niederländischer Malerei, und der Leser kann sich dem habilitierten Kunsthistoriker und Autor Wolf, der bereits mehrere Bücher zum Thema Kunst herausgegeben hat, vertrauensvoll anschließen und sich von ihm durch diese „Ausstellung“ führen lassen. Dabei sind die gezeigten Bilder großer Künstler wie Rembrandt, Vermeer, Rubens, Van Dyck, Jan Brueghel d. Ä. oder Frans Hals, von solch beeindruckender Qualität, dass man sie im gezeigten Format sogar gut rahmen und aufhängen könnte.

Wenn der Betrachter das Werk seiner kostbaren Hülle entledigt hat, schaut er zunächst das spätere Ehepaar Rubens an. Peter Paul Rubens sitzt mit seiner damaligen Verlobten Isabella Brant in der Geißblattlaube. Dieses weltberühmte Gemälde hält den Leser fest, obwohl es erst im Inneren genau und ausführlich beschrieben wird. Zu faszinierend ist der Ausdruck beider Gesichter, die den Betrachter anschauen und fixieren. Selten war man dem Gemälde so nah und kann es bereits hier studieren.

„Die vorliegende Publikation ist auch und nicht zuletzt eine Liebeserklärung an die niederländische Malerei des 17. Jahrhunderts“, so der Autor. Seine ersten beiden Kapitel wollen die komplexen politischen, sozialen, konfessionellen und ökonomischen Entwicklungen zusammenfassen und den daraus resultierenden Einfluss auf die Kunst aufzeigen. Es folgt das dritte und umfangreichste Kapitel mit zahlreichen Werkanalysen und der vierte Abschnitt, in dem Wolf essenzielle Gemeinsamkeiten zwischen der flämischen und der holländischen Malerei herausarbeitet. Im Schlusskapitel zeigt der Autor anhand einiger Fallstudien Zusammenhänge zwischen niederländischen Gemälden und ihrer Rezeption vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart.

Immer wieder besticht das Werk durch die sachkundigen Texte. Die Ära, in der sich die dereinst vereinigten Niederlande in einen unabhängigen nördlichen Teil und einen immer noch unter spanischer Herrschaft bleibenden südlichen Part spalteten, war für die Kunst ungeheuer befruchtend. Der außerordentliche Reichtum an meisterhaften Kunstwerken dieser Zeit wurde später als „Goldenes Zeitalter“ betitelt.

Norbert Wolf: „Das Goldene Zeitalter der niederländischen Malerei im 17. Jahrhundert“, Prestel 2019, gebunden, 272 Seiten, 99 Euro

AHNENFORSCHUNG

Wer war Rosa Puppke?

Wolf Wiechert hat einen außergewöhnlichen biografischen Roman über das Leben seiner ehemaligen Kinderfrau geschrieben

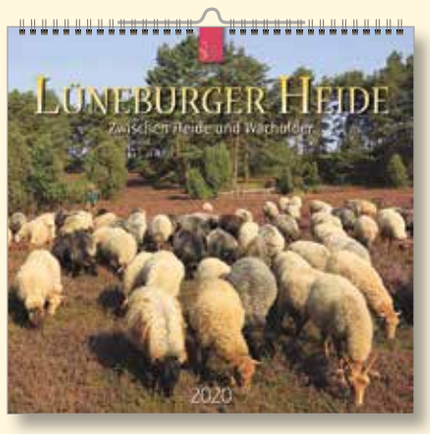
VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Wer waren die Ahnen von Rosa Puppke? Diese Frage stellte sich Wolf Wiechert, weil Rosa ihm einst nahestand. Über Rosa und seine Forschungen zu ihrer Herkunft hat er einen vergnüglichen und zugleich nachdenklichen Roman geschrieben, der den Titel trägt: „Rosa. Eine kontrollierte Spekulation“. Der Autor, ein pensionierter Gymnasiallehrer, lebt in Wertheim am Main. Geboren wurde er 1937 in Skandau/Ostpreußen. Rosa Puppke war seine Kinderfrau. Geboren 1898, war sie in einem Waisenhaus aufgewachsen, in dem eine Tante sie untergebracht hatte. Mit dem Autor und seinen Eltern kam Rosa 1947 in die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands, nachdem sie zwei Jahre in einem pommerschen Dorf unter den Russen gelebt hatten. Jahrzehntelang wohnte sie dann in Neuwald in der damaligen DDR, zog später in ein Altersheim, das in einem ehemaligen Schloss eingerichtet war.

Wiechert ist im Roman der Ich-Erzähler Veit Sommerfeld. Seine Überlegungen zu Rosas Herkunft beruhen auf einem Erlebnis kurz nach ihrem Tod im Jahr 1990. Als er sie im offenen Sarg liegen sieht, ist er überrascht über ihre Ähnlichkeit mit der Totenmaske einer berühmten Person in der Geschichte Preußens. Neben ihm erscheint ein Unbekannter, den Rosas Anblick offensichtlich ebenso frappiert. Wie sich herausstellt, ist es Malte Kenan von Rauttin, ein Geschäftsmann aus Frankfurt, der zufällig von Rosas Tod erfahren hatte. Sommerfeld erfährt, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit ein verwandtschaftliches Verhältnis zwischen Rauttins Vater und der Verstorbenen bestand. Was die beiden Männer verbindet, ist ihr Interesse an der Abstammung von Rosa, der armen, einfachen Frau. Alle standen früher viele Stufen höher als Rosa Puppke. Die beiden Männer vermuten in Rosas Ahnenreihe Personen aus höchsten Adelskreisen. Bei dem Versuch, Ahnenforschung zu betreiben, stoßen sie bald an Grenzen. Jedoch geben sie nicht auf. Die Sache ist längst eine fixe Idee.

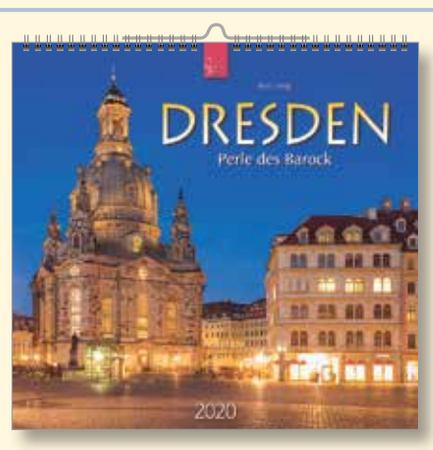
Erzählfreudig plaudert der Autor über die Fortsetzung ihres Vorhabens in Form einer „Konjektoralbiografie“ . Unter Zuhilfenahme von Literaturstellen, die sie in den Werken Fontanes und Gustav Freytags finden, gelingt es ihnen, mittels einer „kontrollierten Spekulation“ ein halbes Dutzend Generationen ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu rekonstruieren, besser gesagt: in den Bereich der Möglichkeit zu rücken. Damit ist es Wiechert gelungen, ein außergewöhnliches, zu Herzen gehendes Werk der Unterhaltungsliteratur mit historischen, biografischen und literarischen Bezügen zu schaffen.

Wolf Wiechert: „Rosa. Eine kontrollierte Spekulation“, Königshausen & Numann 2019 , broschiert, 240 Seiten, 19,80 Euro



Kalender Lüneburger Heide 2020
Mit 12 brillanten Motiven aus der Lüneburger Heide. Spiralbindung. Wandkalender. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536106 **Kalender** **9,95 €**

Kalender Mecklenburgische Seenplatte in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven dieser beliebten Ferienregion. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536108 **Kalender** **9,95 €**

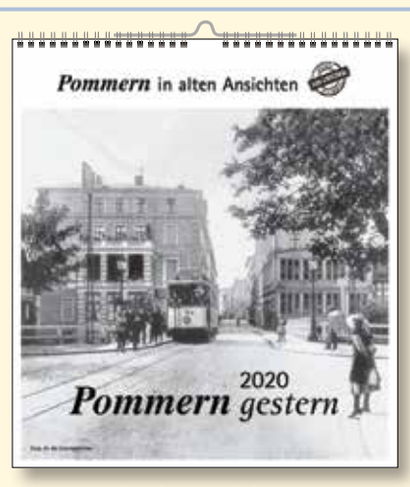


Kalender Dresden in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven von Dresden, dem Florenz des Nordens. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536120 **Kalender** **9,95 €**

Kalender Trakehner in Farbe 2020
Mit 12 farbigen Motiven dieser für Ostpreußen so typischen Pferderasse. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536187 **Kalender** **9,95 €**

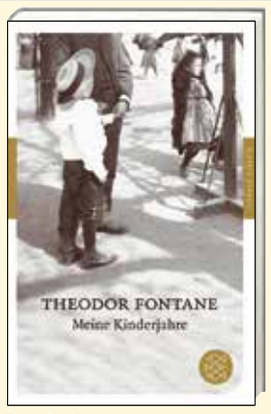
Theodor Fontane
Die schönsten Wanderungen durch die Mark Brandenburg
Ausgewählt und mit einem Nachwort von Günter de Bruyn
Günter de Bruyns hochgelobte Auswahl der „Wanderungen durch die Mark Brandenburg" in einer überarbeiteten Neuauflage: auf der Grundlage der Erstdrucke und ausführlich kommentiert. Wer sich im Kulturraum der Mark Brandenburg bewegt, kommt an Theodor Fontane ebensowenig vorbei wie an Günter de Bruyn. Kein anderer Autor der Gegenwart kennt sich besser aus in Preußens vielgestaltiger Kulturgeschichte, keiner liebt die Landschaft der Mark Brandenburg so wie Günter de Bruyn. Für diese Zusammenstellung hat er die fünf Bände von Fontanes „Wanderungen" nach den schönsten Stellen durchsucht. Die ausgewählten Texte folgen dabei den Erstdrucken, die Fontanes Reiseeindrücke oft farbiger und unmittelbarer festgehalten haben als die überarbeiteten späteren Fassungen. Die Auswahl erschien erstmals im Rahmen der gemeinsam mit Gerhard Wolf herausgegebenen Reihe „Märkischer Dichtergarten". Für die Neuausgabe hat Günter de Bruyn den Band noch einmal durchgesehen und den umfangreichen Anhang aktualisiert. 384 Seiten
Nr. P A1424 **Taschenbuch** **12,00 €**

Kalender Ostpreußen in alten Ansichten 2020
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A1416 **Kalender** **14,90 €**



Kalender Pommern in alten Ansichten 2020
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A1419 **Kalender** **14,90 €**

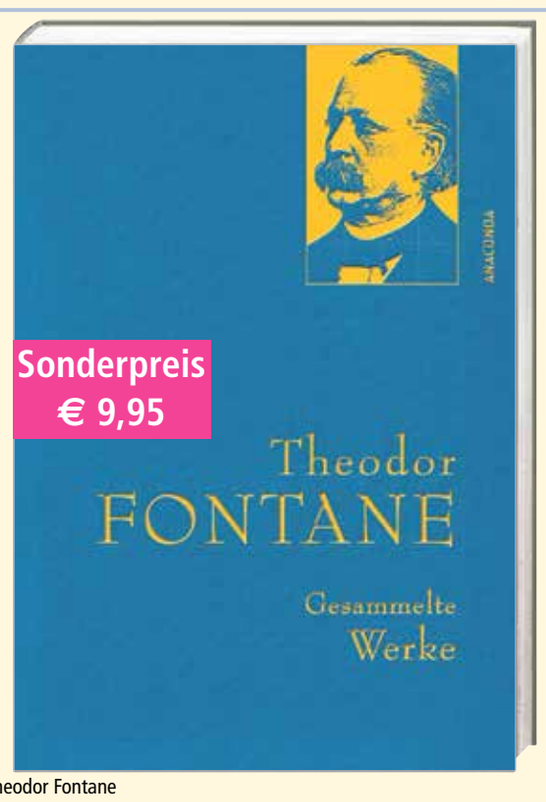
Charlotte Roth
Wenn wir wieder leben
Roman
Eine tragische Familiengeschichte und die Geschichte einer großen Liebe, die ins Nazideutschland zurückführt. Der neue große historische Roman von der Bestseller-Autorin Charlotte Roth. Das vornehme Ostseebad Zoppot bei Danzig in den 1920er-Jahren. Hier herrschen überschäumende Lebenslust und unbeschwerte Sommerfrische. Die vier Freunde Lore, Gundi, Julius und Erik erfreuen die Kurgäste mit flotten Rhythmen und eingängigen Melodien und träumen vom Durchbruch als Musiker. Bald ist ihnen tatsächlich Erfolg beschieden, auf dem Luxusschiff Wilhelm Gustloff befahren sie die Meere – und ignorieren, dass sich die Zeiten schon lange geändert haben. Gundi verliebt sich in den Sänger Tadek, aber dann überfällt Hitler Polen, und Tadek schließt sich dem Widerstand gegen die Nazi-Besatzer an: Das Ende einer großen Liebe? 608 Seiten
Nr. P A1328 **Taschenbuch** **10,99 €**



Theodor Fontane
Meine Kinderjahre
Autobiografischer Roman
208 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1427 **12,00 €**

„Damals aber, als ich in Haus und Hof umherspielte und draußen meine Schlachten schlug, damals war ich unschuldigen Herzens und geweckten Geistes gewesen, voll Anlauf und Aufschwung, ein richtiger Junge, guter Leute Kind. Alles war Poesie." – Wer erinnert sich nicht gern an seine Freude beim Klettern und Versteckspiel? An sommerliche Streifzüge, an die Geborgenheit des Elternhauses? An Sehnsüchte, Feste und Düfte der Kinderjahre? – Wer sich auf die Suche nach Zauber und Poesie der Kindheit begibt, wird fündig in Theodor Fontanes wunderbarem autobiographischen Roman. Mit Daten zu Leben und Werk, exklusiv verfasst von der Redaktion der Zeitschrift für Literatur TEXT + KRITIK.

Theodor Fontane & Jürgen Gaudeck
Ein weites Land
Theodor Fontanes Reiseschilderungen machen selig gleich, ob grüngemusterte Gärten oder Havelforsten beschrieben werden, neue Orangeriehäuser oder Schilfgürtel, fester Lehm und weißes Gewölk. Vielleicht ist es die ihnen innewohnende Behaglichkeit, vielleicht ist es diese nicht bemüht wirkende Leichtigkeit? Zuneigung zu Land und Menschen ist es auf jeden Fall, und Zuneigung birgt Licht. Dieses Licht ist den Aquarellen Hans-Jürgen Gaudecks eingefangen. 84 Seiten
Nr. P A1398 **Gebunden** **19,95 €**



Theodor Fontane
Gesammelte Werke
Irrungen, Wirrungen; Frau Jenny Treibel; Effi Briest; Die Poggenpuhls; Der Stechlin
Die Lebenswelt des deutschen Adels und Bürgertums im 19. Jahrhundert ist bei Fontane gleichsam mit Händen zu greifen. In seinen Romanen wird geredet und gestritten, geliebt und verzweifelt ganz gegenwärtig und anschaulich, so als wäre der Leser live dabei. Theodor Fontane ist der wohl bedeutendste deutsche Schriftsteller seiner Epoche und ganz sicher der Schöpfer ihrer faszinierendsten Frauenfiguren. Das belegt die in diesem Band versammelte Auswahl einiger seiner besten Romane: Irrungen, Wirrungen, Frau Jenny Treibel, Effi Briest, Die Poggenpuhls und Der Stechlin. 1.008 Seiten
Nr. P A1425 **Gebunden mit Leineneinband** **9,95 €**

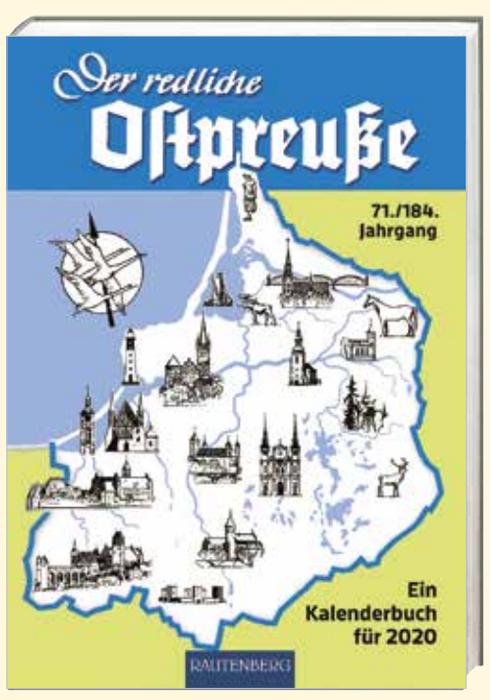
Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
256 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0091 **8,95 €**

Als Frauen, Kinder und Greise im Jahr 1944 vor der heranstürmenden Roten Armee fliehen, die mordend und plündernd in Ostpreußen einfällt, befindet sich in einem der Flüchtlingstrecks ein dreizehn Jahre alter Junge, Heinz Buchholz. Zusammen mit seinem Panjepferd Iwan meistert er die chaotischen Ereignisse. Dabei erweist sich der Vierbeiner nicht nur als Lebensretter in tödlichen Gefahren, sondern ist zugleich ein treuer Gefährte, dem das verstörte Kind seine Erinnerungen an eine heile Welt – eine Kindheit in Ostpreußen, als noch Frieden herrschte – anvertrauen kann. Die große Flucht aus Ostpreußen – eine geschichtliche Katastrophe.

Lo Warnecke
Auf der Flucht
Die Geschichte einer Gutsfamilie aus Mecklenburg 1945–1949
392 Seiten/Gebunden
Nr. P 533116 **16,95 €**

Dies ist der Bericht über die Erlebnisse von ein paar Frauen und Kindern. Und gleichzeitig über die Angst, die Verzweiflung, den Mut und die Zähigkeit vieler Tausender von ihnen. Am 28. April 1945 standen Russen vor Neubrandenburg, etwa 40 Kilometer vom Gut von Lo Warnecke entfernt. Alles war schon für die Flucht vorbereitet, obwohl noch das strikte Verbot für die Zivilbevölkerung bestand, sich in den Westen abzusetzen. Es war nicht einfach, 26 Wagen und 34 Familien ungesehen über die Straßen und durch die Dörfer zu führen. Als es endlich losging, war es fast schon zu spät ...

Sophia von Dahlwitz
Das Licht zwischen den Zeiten
Der große, epische Roman von Sophie von Dahlwitz über eine zerbrechende Familie und ein grandioses Sittengemälde der Zwanziger Jahre. Eine Familien-Saga, die auf der Familiengeschichte der Autorin beruht Westpreußen 1918. Der Erste Weltkrieg ist praktisch verloren, das Deutsche Reich verarmt in rasender Geschwindigkeit, Revolten traumatisierter Kriegsheimkehrer brechen aus, nur auf dem Gut Frommberg bei der Familie von Dahlwitz scheint die Welt noch in Ordnung. Bis sich der junge Adoptivsohn Georg in seine Stiefschwester Helen verliebt - ohne zu ahnen, welche Ängste und Geheimnisse er damit zum Leben erweckt. Diese von den Eltern strikt verbotene Liebe führt zu einer zweiten, nicht weniger verhängnisvollen Verbindung: Helens Schwester Rudela wird von Justus, einem entfernten Cousin, der sich anfangs für Helen interessierte, umworben. Der freundliche Justus von Dahlwitz stammt aus einer renommierten Offiziersfamilie und war stets ein gern gesehener Gast auf Frommberg - bis sich herausstellt, dass er aktiver Nationalsozialist der allerersten Stunde ist... 448 Seiten
Nr. P A1327 **Gebunden** **22,00 €**



Silke Osman (Hrsg.)
Der Redliche Ostpreuße 2020
Ein Kalenderbuch für 2020
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2020, mit 160 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure, Architekten und Wissenschaftler wie Rudolf Borchardt, Horst Skodlerrak, Charles Girod, Ruth Faltin, Julius Schmischke, Martin A. Borrmann, Hans Josephsohn, Alfred Partikel, Leopold Jeßner u.v.m. sowie Erzählungen und Gedichten von: Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Ernst Wiechert, Ruth Geede, Hermann Sudermann, Eva Maria Sirowatka, Hildegard Rauschenbach, Hans Ulrich Stamm, Frieda Jung, Ruth Maria Wagner, Lars Loppenthien, Felix Dahn, Robert Johannes, Annemarie in der Au, Lovis Corinth, Karl Rosenkranz, Ursula Enseleit, Agnes Harder, Anni Piorreck, Alfred Brust u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten
Nr. P 533202 **Gebunden** **9,95 €**

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ..... Name .....
Straße/Nr. ..... Telefon .....
PLZ/Ort .....
Datum ..... Unterschrift .....

AUFGESCHNAPPT

Ein als Satire verpacktes Schmählied mit dem Titel „Meine Oma ist 'ne alte Umweltsau“, das der WDR seinen Kinderchor auf die Melodie von „Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad“ singen ließ, schlug um die Jahreswende hohe Wellen. Nach einem Proteststurm ließ der Sender das Lied im Netz schnell wieder löschen. „Dass ein Kinderchor missbraucht wird, um zu denunzieren und Umerziehung zu betreiben“, erinnere ihn „fatal an die untergegangene DDR“, sagte der FDP-Politiker Wolfgang Kubicki der „Bild“-Zeitung. Mehrere hundert Menschen demonstrierten vor dem WDR-Funkhaus in Köln.

Der Sender fand jedoch auch Unterstützung für das Schmählied. Der Geschäftsführer des Abmahnvereins „Deutsche Umwelthilfe“, Jürgen Resch, warnte davor, die Aktion „überzuinterpretieren“. Uwe Kamp, Sprecher des Deutschen Kinderhilfswerks, kritisierte sogar die Löschung des „Umweltsau“-Videos. Ganz wichtig sei es nun, dass man „den Kindern sagt, dass sie keinen Fehler gemacht haben“, so Kamp. *H.H.*

STIMMEN ZUR ZEIT

Hamburgs früherer Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi stellt in „Welt-Online“ (19. Dezember) fest, dass sich die SPD immer weiter von der Lebensrealität entfernt hat und dass Politiker zu Unrecht in die rechte Ecke gestellt werden, wenn sie die Sorgen der Bürger ernst nehmen:

„Die Frage ist, was heißt rechts? Wenn die Menschen das Gefühl haben, dass die Migration ein Problem geworden ist, dann muss man sich dem stellen. Man kann kein Demokrat sein, ohne auf die Menschen zu hören. Politik ist immer beides: Führung nach eigener Überzeugung und Berücksichtigung dessen, was die Menschen bewegt.“

Im ARD-Jahresrückblick von Dieter Nuhr (19. Dezember) witzelte der Kabarettist über die Klimaaktivistin Greta Thunberg:

„Mir tut Greta leid, und ich habe mich teilweise auch gefragt, wie Eltern es zulassen können, dass ihr Kind derartig in die Mühlen der Zeitgeschichte gerät. Aber die Eltern haben wahrscheinlich Besseres zu tun: Sie sonnen sich in ihrer Rolle als Maria und Josef ... Ich habe nichts gegen Greta, aber: Sie ist nicht der Messias. Das ist Jürgen Klopp. Ich bin der festen Überzeugung, dieser Mann könnte auch den Klimawandel aufhalten, aber er hat noch Vertrag in Liverpool ... ‚How dare you?‘, hatte sie gefragt, ‚wie könnt ihr mich um meine Kindheit betrügen?‘ Ich hätte es besser gefunden, wenn diese Frage ein Neunjähriger gestellt hätte, der in Bolivien in einer Wolframmine arbeitet.“

Der Kritik an der „Spaltung der Gesellschaft“ kann Stefan Schubert nichts abgewinnen. Ganz im Gegenteil begrüßt er diese Spaltung sogar, wie er bei „Kopp Report“ (23. Dezember) schreibt:

„Die deutsche Gesellschaft ist gespalten. Endlich, möchte der Autor an dieser Stelle zufügen. Endlich sind Millionen Menschen dieses Landes aufgestanden und sagen Nein zu einer Politik gegen die eigene Bevölkerung. Sie sagen Nein zu einer unkontrollierten Masseneinwanderung, sie sagen Nein zu der geschürten Klimahysterie, sie sagen Nein zur Zensur im Namen der politischen Korrektheit, und im Besonderen sagen sie Nein zu einer weiteren Zerstörung Deutschlands.“

Harald Martenstein fürchtet, im „Tagesspiegel“ (28. Dezember), dass Kinder 2020 noch skrupelloser politisch missbraucht werden als bislang schon:

„Die Indoktrination und die politische Indienstnahme von Kindern gilt als Kennzeichen von autoritären Regimen. Die Familie ist der natürliche Feind jeder Politik, die ‚den ganzen Menschen‘ will. Kinderchöre, die der Regierungspolitik huldigen und deren Gegner schmähen, gab es in jeder Diktatur.“

WORT DER WOCHE

„Wir debattieren nicht, wir fragen Standpunkte ab. Wir streiten nicht, wir zeigen uns unsere weltanschaulichen Vereinsabzeichen. Wir widersprechen nicht, wir verdammen.“

Alexander Kissler deckt im „Cicero“ (27. Dezember) auf, wie wir die Meinungsfreiheit selbst ersticken

DIE RÜCKBLICKENDE JAHRESVORSCHAU

Noch eine Runde auf der Geisterbahn

Von der Unschuld der Parteien, dem Friedrich aus der Besenkammer und einer errötenden Greta

VON KLAUS J. GROTH

Nun glauben Sie nur nicht, ab jetzt werde alles anders. Mit einer gewissen Lebenserfahrung verabschiedet man sich von dem Kinderglauben. Aber Hand aufs Herz, ist ein Jahreswechsel nicht doch immer mit ein ganz klein wenig Hoffnung auf Veränderung verbunden? Mit Veränderung zum Besseren, selbstverständlich? Alle Kraft kommt aus der Hoffnung. Und die werden wir brauchen. Weil nämlich alles bleibt, wie es ist. Es ist wie auf der Geisterbahn, in der zweiten Runde kennt man jedes Gespenst.

Na ja, vielleicht nicht jedes. Weil einige dann doch mal ausgewechselt werden. Manche, weil sie die Nase voll haben von Stänkereien und Intrigen. So wie die Andrea Nahles von der SPD. Die war von jetzt auf gleich weg. Und hat sich seitdem nicht mehr gemuckst. Möglicherweise, weil sie sich ganz gut auskennt mit eigenen Stänkereien und Intrigen.

Was die Genossen nun davon haben, steht auf einem anderen Blatt, darauf kommen wir später. Oder der Heinz-Christian Strache, Großtöner der FPÖ und in Sissis Heimatland Vizekanzler. Jedenfalls bis zur Ibiza-Affäre. Danach war er nicht mehr Vizekanzler, nur noch Großtöner. Aber immer noch in der FPÖ. Bis die Partei ihn kurz vor dem Jahreswechsel rausgeschmissen hat. „Für uns ist das eine Befreiung“, sagte sein Erbe im Parteiamt, der neue FPÖ-Chef und Ex-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer. Und dann listete er Straches Sündenliste auf: Ibiza, Spesenbetrug, Casino und noch etliches mehr aus der Latrine. Wie eben eine Partei ihre Hände in Unschuld wäscht. Einer war der Täter, alle anderen nicht. Daran wird sich auch im neuen Jahr nichts ändern.

Na schön, die sind jetzt erstmal weg vom Fenster. Das heißt allerdings nicht, dass die Abgänge nicht irgendwann mal wieder Neuzugänge sein können. Da gab es im abgelaufenen Jahr ein ganz erstaunliches Beispiel. Auf einmal stand Friedrich Merz in der Tür. Kam aus der Besenkammer und wollte stracks ins Kanzleramt. Mit einem kleinen Umweg über den CDU-Vorsitz. Beinahe hätte das sogar geklappt, aber auch nur beinahe. Immerhin hat er die Parteijugend hinter sich.

Die ist bei der CDU zwar nicht ganz so rebellisch wie bei der SPD, aber auch nicht zu unterschätzen. Die Jusos haben ihre Kandidaten durchgeboxt, die, na, Sie wissen schon und den, na Sie wissen schon. Diese Namen sollte man sich merken, zumindest für den Anfang des nun beginnenden Jahres.

Auch Klima werden wir wieder haben, doch, ganz bestimmt. Davon kann man gar nicht genug bekommen, jetzt, wo wir doch alle endlich Klimaretter werden dürfen. Über kein Weihnachtsgeschenk haben wir uns so freuen dürfen wie über die erhöhte Kohlenstoffdioxyd-Abgabe. Da kam Jubel auf, weil wir mehr berappen dürfen, als man uns zutrauen wollte. Sehen Sie, so funktioniert Volkserziehung. Das Volk wird zur Kasse gebeten und das Volk jubelte, als es das Klimapaket auspacken durfte. Da können die Chinesen mit ihren Umerziehungslagern und permanenten Gesichtskontrollen noch eine Menge lernen.

Es ist ja nicht so, dass bei uns überall die Daumenschrauben angelegt werden. Wenn bei uns auch nur der Ansatz eines leichten Drucks erkennbar wird, dann gehört der abgeschafft. So wie jetzt bei Hartz IV. Das wollen die Frau Sowieso und der Herr Sowieso von der SPD (deren Namen sollten Sie sich nun doch mal wirklich merken) nicht mehr. Das ist vorausschauend, denn wenn wir alle erst unser Grundeinkommen haben, benötigt kein Mensch länger das Folterwerkzeug namens Hartz IV.

Wie beruhigend, dass immer jemand aufpasst, dass ein anderer nicht überfordert wird. Beispielsweise durch Integrationskurse, zu denen die bayrische Landesregierung verpflichten wollte. Gewissermaßen als Gegenleistung für eine umfassende Grundversorgung. Das, so hat das Verfassungsgericht des Landes entschieden, sei dem grundversorgten Immigranten nicht zuzumuten. Denn so ein Integrationskurs greife „in innerpsychische Vorgänge der Meinungsbildung ein“. Mit anderen Worten: Wer mit einem archaischen Weltbild kommt, hat ein Recht darauf, es auch künftig zu pflegen.

Um noch einmal auf das Klima zu kommen – von dem sollten wir uns von Nebensächlichkeiten wie Hartz IV und Integration nicht abbringen lassen – es besteht eine geringe Hoffnung auf Veränderung. Nicht weil das Klima sich verändert, nach dem Gipfel von Madrid besteht da eher wenig Hoffnung. Aber vielleicht ändern sich die Akteure. Greta hat nun ein Alter erreicht, da werden auch andere Dinge interessant, nicht nur das Klima, Besuche beim Papst, Ehrungen wie der Alternative Nobelpreis, als „Person des Jahres“, die Goldene Kamera oder ein Sit-in im Intercity. Zum Beispiel Jungs könnten interessanter werden, wäre ja möglich.

> In der zweiten Runde kennt man jedes Gespenst

Aber vermutlich wird Greta ein leichtes Erröten auch für eine Folge des Klimawandels halten und verlangen, dass dieses Phänomen auf die Tagesordnung der nächsten Weltklimakonferenz gesetzt wird. Wir hören schon ihre Anklage: „Wie könnt ihr es wagen, mich so in Hitze geraten zu lassen ...?“ Wer würde es da wagen, auf eine ganz natürliche Erwärmung des Herzens hinzuweisen? Bestimmt keiner von den 20 000 Klimafunktionären des Klimazirkus.

Bei den Vertretern der weltumspannenden Firma „Heiße Luft“ ist noch kein nachlassendes Interesse an ihrer aufreibenden Reisetätigkeit zu vermerken. Bei „Fridays for Future“ allerdings scheint so langsam die Luft raus zu sein. Die jüngsten Aufmärsche glichen mehr Gruppenspaziergängen.

Vermutlich wird man 2020 auf diversen Schmutzkübeln den Deckel lassen. Schließlich steht nur eine Landtagswahl an, die zur Hamburger Bürgerschaft. Die Kommunalwahlen in Bayern und Nordrhein-Westfalen zählen nicht. Und Hamburg entscheidet lediglich zwischen Rot oder Grün, da kommt man ohne die Schmutzkübel aus, die vor den Wahlen in Mitteldeutschland im vergangenen Jahr fleißig geleert wurden.

Nach den Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen drängte sich allerdings der Eindruck auf, als habe die reichlich ausgeschüttete Gülle düngend gewirkt. So hatte man sich das nicht gedacht, als man der „Aktion Zeckenbiss“ Glaubwürdigkeit bescheinigte und die Links-Rocker von „Feine Sahne Fischfilet“ zum deutschen Kulturgut erklärte. Das ging gründlich daneben.

So, wenn Sie sich nun das verflossene Jahr ansehen, dann wissen Sie, wie das neue Jahr aussehen wird. Dazu benötigen Sie keine Kristallkugel und dafür müssen Sie auch keine Zeichen im Kuhdung deuten. Es bleibt, wie es ist. Selbst wenn, wie diesmal, ein neues Jahrzehnt anbricht. Etwas Besseres wird nicht geboten. Leider.

Alle Beiträge dieser Rubrik finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.preussische-allgemeine.de**